WELT-POLITISCHE BÜCHEREI

Band 11

HERAUSGEGEBEN VON Dr. ADOLF GRABOWSKY

Walther Vogel

Die Entstehung

rnen Weltstaatensystems

ERLAG · G · M · B · H · BERLIN · W · 35

DZIAŁOWA BIBLIOTEKA WYDZ. PRAWNICZY U.J.
VII - 1929 - Vol



VII · 1929 · Vol

WPS–1.399

Meinem Bruder Gerhard
30/10 1930 Heinrich Zimmer

Weltpolitische Bücherei
Herausgegeben von Dr. Adolf Grabowsky
Band 11

Grundlegende Reihe

Die Entstehung des modernen Weltstaatensystems

Mit 12 Karten

Von
Dr. Walther Vogel
o. Professor an der Universität Berlin.

Wydz. Bibl. Prawnicza
1806121699

1929

Zentral-Verlag G.m.b.H., Berlin W 35

ZAKŁAD PRAWA KARNEGO
UNIWERSYTETU JAGIELLOŃSKIEGO
2147

Die „Weltpolitische Bücherei" erscheint in Einzelbänden (fortlaufende Nummern). Die 1. Reihe ist betitelt: „Grundlegende Reihe". (Braune Bände). Die 2. Reihe ist betitelt: „Länderkundliche Reihe". (Blaue Bände). Die Zeichnungen, teils nach Entwürfen der Verfasser, wurden ausgeführt im Zeichenatelier des Deutschen Lichtbild-Dienstes G. m. b. H., Berlin W 35
Reproduktion in jeder Form verboten
Copyright by Zentralverlag G. m. b. H. Berlin 1929
Druck: Saladruck Zieger & Steinkopf, Berlin SO 16

Inhaltsverzeichnis

Seite

I Die Frage und die Aufgabe 5

II Wie die überseeischen Länder von Europa entdeckt wurden 9

III Wie es um 1600 außerhalb Europas in der Welt aussah 14

IV Amerika wird von Europa kolonisiert und macht sich unabhängig (1519–1825) 25

V In Indien, Australien und Südafrika werden die Grundsteine zum Britischen Weltreich gelegt. Die Europäer beginnen in Massen über See zu wandern 37

VI Frankreich und Rußland gründen große Kolonialreiche. Japan regt sich und die Vereinigten Staaten von Amerika werden eine Weltmacht 49

VII Das Deutsche Reich tritt in den Wettbewerb um den überseeischen Raum ein 62

VIII Der Kampf um das Welt-Gleichgewicht beginnt 72

IX Der Weltkrieg vollendet das Weltstaatensystem 86

Literaturverzeichnis 99

I

Die Frage und die Aufgabe

Vor zwei, drei Menschenaltern, zu der Zeit, als unsere Großväter und Väter um das Ziel der deutschen Einheit rangen, war die außereuropäische Welt den meisten Binnendeutschen, ja man kann ruhig sagen, den meisten Kontinentaleuropäern kaum mehr als eine Kuriosität, und wenn mehr, dann das gelobte „Land der Freiheit", in das sich dieser und jener aus unerträglichen Verhältnissen politischer oder sozialer Gebundenheit zu retten hoffte, von dem er aber meist nur ganz nebelhafte Vorstellungen hatte. Im Grunde galt für den Durchschnitts-Zeitungsleser noch immer das, was Goethe seinen Philister beim Osterspaziergang sagen läßt:

Nichts Bessers weiß ich mir an Sonn- und Feiertagen
Als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei,
Wenn hinten, weit, in der Türkei
Die Völker aufeinanderschlagen,

nur daß freilich die Zone des bloß Romantisch-Interessanten sich doch etwas weiter hinausgeschoben hatte, seit die Türkei, oder, wie man jetzt sagte, „der Balkan", mit seinen unruhigen Verhältnissen Jahr für Jahr die Gefahr eines europäischen Krieges heraufzubeschwören drohte. Die europäische Staatenwelt war die Staatenwelt schlechthin, und das von Bismarck mit solcher Geschicklichkeit gewahrte europäische Gleichgewicht schien das Gleichgewicht der

Welt zu sein. In den Händen der europäischen „Pentarchie" (die sich seit 1860/70 in eine „Hexarchie" verwandelt hatte) lag der Weltfrieden. Zwar hatten die meisten europäischen Staaten Kolonien, und auch wir selbst waren seit den 1880er Jahren in den Wettbewerb um solche eingetreten. Aber das waren oder schienen doch nur Annexe, die den Kern der großen Politik kaum berührten.

Welche Wandlung hat sich darin in den letzten Jahren vollzogen! Schon die ganze Regierungszeit Kaiser Wilhelms II., die fünfundzwanzig noch friedlichen Jahre 1888—1913, waren von der Unruhe des Kommenden erfüllt. Der Weltkrieg hat das alte europäische Gleichgewichtsystem umgestürzt, mehr als das, er hat es vollkommen zerschlagen. Europa hatte bis dahin trotz aller inneren Gegensätze doch eine Art Einheit nach außen gebildet. Es schien selbstverständlich, daß die Welt von Europa beherrscht werde, und viele, selbst hervorragende Geister wie Heinrich v. Treitschke haben geglaubt, daß gegen diese Oberherrschaft der Europäer kein ernstlicher Widerstand möglich sei. Das europäische Gleichgewicht ist unwiederbringlich zerstört (was freilich die meisten noch nicht in seiner vollen Tragweite erfaßt haben), und zwar deswegen, weil schon v o r dem Weltkrieg seine wirtschaftliche Voraussetzung geschwunden war. Diese Voraussetzung war die wirtschaftliche Selbstgenügsamkeit (Autarkie) in dem Sinne, daß ein Krieg auf beliebig lange Zeit (solange nur die Menschen- und Finanzkräfte reichten) aus den Mitteln des eigenen Landes geführt werden konnte. Deutschland hat durch eine enorme Anspannung diese Leistung vier Jahre hindurch vollbracht, an der Unmöglichkeit sie fortzusetzen, ist es zusammengebrochen, und heute wäre kein einziger europäischer Staat imstande, ihm diese Leistung nachzumachen. Infolge ihrer wirtschaftlich-technischen Unselbständigkeit (soweit sie sich auf europäischen Raum beschränken) sind

die Staaten auch politisch nicht im vollen Sinne unabhängig und selbständig, und damit ist auch ein wahres Gleichgewicht, wie früher, nicht mehr möglich. Unsere Gegner, die Mächte der Entente, haben nur durch eine gewaltige Heranziehung außereuropäischer Hilfsmittel, und namentlich durch das Bündnis mit den Vereinigten Staaten von Amerika, den Sieg erringen können. Und dieses Außer-Europa hat nicht verfehlt, zum Schluß seine Rechnung zu präsentieren. Wenn heute etwa ein Vertreter von Uruguay der Völkerbundversammlung in Genf präsidiert, so ist das nur der symbolische Ausdruck dafür, daß es mit der alten europäischen Exklusivität vorbei ist, und zwar endgültig. Denn nicht nur der Weltkrieg und seine Schlußrechnung haben das bewirkt, nicht nur die längst im Gange befindlichen Wandlungen in der Weltwirtschaft, sondern auch die noch ständig im Fluß befindlichen Fortschritte des Verkehrs. Seitdem man drahtlos um die ganze Erde funkt, seitdem man von Berlin nach Buenos Aires telefoniert, seitdem man von Friedrichshafen nach New York und zurück mit dem Luftschiff fährt, ist uns das Außer-Europa in einem Maße nahe gerückt, ist die Welt so viel kleiner geworden, daß wir uns des neuen Zustandes noch gar nicht im vollen Maße bewußt geworden sind. Wir leben in einer ganz und gar veränderten Welt, und wenn die Jüngeren unter uns schon ganz von selbst in das neue Weltgefühl hineinwachsen, so ist es den Aelteren doch noch keineswegs in Fleisch und Blut übergegangen. Gute Voraussetzungen dazu brachten bei uns eigentlich nur die Hamburger und Bremer mit, denen man schon um die Mitte des vorigen Jahrhunderts nachsagte, daß sie in Amerika oder Ostasien fast besser zu Hause seien als in Deutschland. Als der Schöpfer des Deutschen Reiches, Fürst Bismarck, nun schon ein alter Mann, im Jahre 1892 auf Einladung der Hamburg-Amerika-Linie einen ihrer neuen Uebersee-Dampfer besuchte, ging

ihm beim Betreten des Riesenschiffes und beim Anblick des Lebens und Treibens im Hafen eine Ahnung des Kommenden auf. Er nahm das ungewohnte Bild schweigend in sich auf und sagte dann zu seiner Umgebung: „Sie sehen mich ergriffen und bewegt. Ja, das ist eine neue Zeit — eine ganz neue Welt." Es war ein dramatischer Moment! Der Mann, der das Sehnen vieler vergangener Geschlechter, die deutsche Einheit, erfüllt, der das europäische Staatensystem auf einen Gipfel geführt hatte, sah blitzartig mit dem Blick des Genius eine vollkommen andere Zukunftswelt vor sich aufleuchten.

Doch kehren wir zum politischen Bereich zurück. Was wir sehen, ist dies: Das europäische Staatensystem als ein in sich im Gleichgewicht befindliches und zugleich die Welt beherrschendes System ist zerbrochen und an seiner Stelle sehen wir uns in ein Staatensystem einbezogen, in dem außereuropäische Mächte neben europäischen eine maßgebende Rolle spielen, in ein Weltstaatensystem. Auch dieses wieder ist ein System des Gleichgewichts, nur daß eben die wagehaltenden Kräfte sich nicht mehr auf den europäischen Raum beschränken, sondern sich auf die ganze Erde verteilen. Gewiß ist dieses Gleichgewichtsystem noch nicht vollständig ausgebildet, und es wird auf alle absehbare Zeit hinaus, richtiger gesagt: für immer, ein labiles Gleichgewicht bleiben, genau so wie das europäische Staatensystem immer nur scheinbar und auf kurze Zeit Stabilität erlangte. Aber in der Anlage ist es jedenfalls da. Uns nun verständlich zu machen, wie die Wandlung von dem abgeschlossenen und zugleich dominierenden europäischen Staatensystem zum Weltstaatensystem vor sich gegangen ist, das soll die Aufgabe dieser kleinen Schrift sein.

Jede Zeit hat das Recht und die Pflicht, die Vergangenheit aus dem Gesichtspunkt und aus den Bedürfnissen der Gegenwart neu zu überprüfen. Eine objektive oder klassische Geschichte im Sinne

einer für alle Zeiten gültigen, gibt es nicht. Jede Zeit muß die Geschichte neu sehen und neu schreiben.

Wir müssen dabei ziemlich weit zurückgreifen, nicht weniger als ein halbes Jahrtausend. Denn der Keim zu dem heutigen Weltstaatensystem ist natürlich in dem Augenblick gelegt worden, als auch die entlegensten Länder der Erde durch die Initiative der Europäer in Beziehung zu Europa und in Beziehung zueinander gebracht zu werden begannen. Das geschah im sogenannten Zeitalter der Entdeckungen, mit welchem Namen wir aus unserem Gesichtspunkt heraus das 15. und 16. Jahrhundert bezeichnen können. Erst seitdem die Europäer auf ihren Seefahrten wirklich die ganze Erde mit ihrem Blick umspannen lernten, ist eine „Weltgeschichte" im vollen Sinne des Wortes möglich.

II

Wie die überseeischen Länder von Europa entdeckt wurden und warum sie entdeckt wurden

Man hat früher gern die Ursache der Entdeckungsfahrten der Portugiesen und Spanier in technischen und wissenschaftlichen Umständen gesucht. Weil Schiffbau und Nautik sich soweit entwickelt hatten, daß solche Fahrten möglich waren, und weil die Erkenntnis von der Kugelgestalt der Erde sich wissenschaftlich durchgesetzt habe, deshalb sei es zu den Entdeckungsfahrten gekommen. Diese Anschauung ist heute nicht mehr haltbar. Das Motiv zu den Entdeckungsfahrten liegt vielmehr auf dem politischen Gebiete. In den Jahrhunderten der Renaissance waren die westeuropäischen Staaten zu stärkerer innerer Festigung, zu größerer politischer Macht und Selbständigkeit nach außen gelangt. Die alte römische Idee von dem christlichen Einheitsstaate war in vollem Verfall, da seit dem Zusammenbruch der Hohenstaufen kein Staat und keine Dynastie ein sichtliches Uebergewicht über die anderen hatte erlangen können. Noch aber wirkten die Verhältnisse des Kreuzzug-Zeitalters in anderer Weise nach. Die iberischen Staaten kämpften an ihrer Süd-

grenze gegen den maurisch-mohammedanischen Erbfeind. Bis 1492 hat sich das maurische Königreich Granada in Südspanien gehalten. Den Portugiesen war es schon um 1260 gelungen, den südlichsten Teil von Portugal, das bis dahin maurische Königreich Algarve, zu erobern. Nun wurde der Krieg nach Afrika, nach Marokko, getragen, denn von dort befürchtete man immer wieder eine Gegeninvasion. 1415 setzten sich die Portugiesen in Ceuta fest. Um den marokkanischen Gegner im Rücken zu fassen, waren sie bedacht, auch im Süden einen Stützpunkt zu gewinnen. Das war der Grund, der Kg. João I., seinen Nachfolger Alfons V. und den Infanten Heinrich veranlaßte, Erkundungsfahrten längs der afrikanischen Küste immer weiter nach Süden auszusenden. Zugleich wurden die schon früher bekannten ostatlantischen Inselgruppen, Madeira, die Azoren, die Kanarischen Inseln besetzt, wobei auf den Kanaren die Spanier den Portugiesen zuvorkamen. Ferner tauchte die Idee auf, unter Umgehung der mohammedanischen Reiche einen direkten Handelsverkehr mit Indien auf dem Seewege anknüpfen zu können, eine Hoffnung, die sich nach Umschiffung des Sierra-Leone-Gebirges (1462) und der Entdeckung der Ostrichtung der Guinea-Küste zu fieberhafter Erwartung steigerte, aber zunächst enttäuscht wurde, als man feststellen mußte, daß die Küste von Kamerun an wieder südwärts umbog. Neu belebt wurde sie erst wieder, als Bartolomeo Diaz 1486 das Kap der Guten Hoffnung erreichte.

Bekanntlich sind dann die Spanier insofern den Portugiesen zuvorgekommen, als in ihren Diensten der Italiener Kolumbus, den Ideen Tosranellis folgend, eine kürzere Route nach Indien suchte und dabei die ersten Inseln im Bereiche Amerikas entdeckte. Das geschah im Oktober 1492, wenige Monate nach dem Fall Granadas, der das spanische Königspaar veranlaßte, die bisher geübte Rücksicht auf das benachbarte Portugal fallen zu lassen. Erst im Mai 1498 erreichte die erste portugiesische Flotte unter Vasco da Gama die ostindische Küste bei Kalikut, und damit brach die machtvollste Zeit Portugals an. Denn ein volles Jahrhundert blieb der ungemein gewinnbringende Gewürzhandel mit Ostindien ein Monopol in den Händen der portugiesischen Krone. Lissabon wuchs zu einer der glänzendsten Großstädte Europas heran. — Um so mehr blieben die Spanier bedacht, auf dem von Kolumbus gewiesenen westlichen Wege dasselbe Ziel zu erreichen. Die beiden iberischen Königreiche sahen sich genötigt, aufeinander Rücksicht zu nehmen, die Portugiesen, weil ein spanischer Angriff auf ihre Landgrenze, dem sie kaum gewachsen gewesen wären, unmittelbar das Zentrum ihrer Macht bedrohte, die Spanier, weil sie bei der sich entwickelnden Rivalität mit Frankreich keinen Gegner im Rücken haben wollten. So suchte man einen modus vivendi. — Schon v o r

den entscheidenden Entdeckungen, im Jahre 1479, hatte man im Vertrag von Alcaçovas ein Abkommen dahin getroffen, daß den Spaniern zwar die Herrschaft auf den Kanarischen Inseln und der Zugang dorthin, den Portugiesen aber allein die Schiffahrt nach Guinea und jenseits desselben zustehen sollte. Es war das erstemal, daß der Begriff der „Interessensphäre" in überseeisch-kolonialem Bereiche auftauchte. Dieses Abkommen wurde nun dahin erweitert und verändert, daß man eine meridionale Teilungslinie zwischen

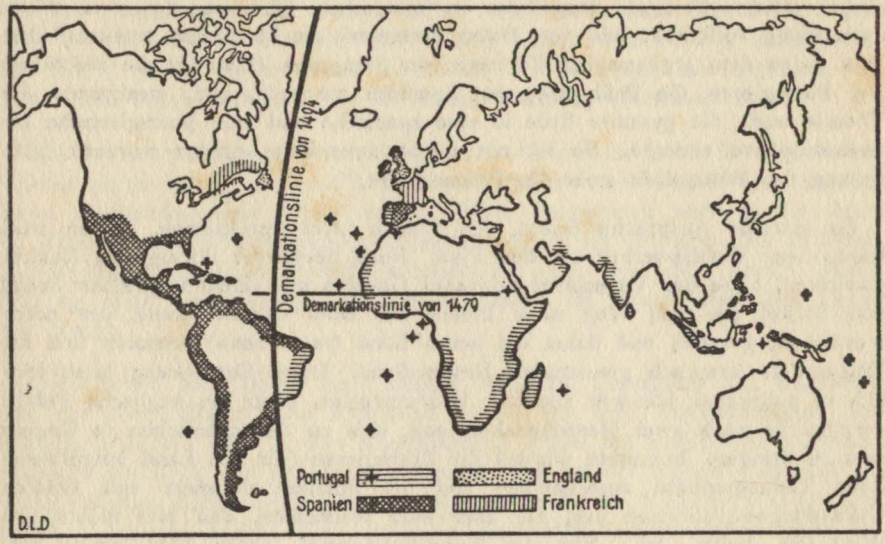


Abb. 1. Demarkationslinien und Interessensphären um 1500

die portugiesische und spanische Interessensphäre legte. Westlich einer Linie, die 370 Leguas (d. h. rund 2000 km) westlich der Kapverdischen Inseln von Norden nach Süden gezogen wurde, sollte es dem spanischen König ausschließlich freistehen, Schiffahrt zu betreiben und Länder zu okkupieren, östlich der Linie ebenso den Portugiesen (Abb. 1). Daß man eine meridionale Linie wählte, an Stelle der 1479 anzunehmenden Breitengradlinie, hatte darin seinen Grund, daß der spanische König gerade auch auf den Zugang zum südlichen

Ozean Gewicht legte; denn dort, im Südwesten, vermutete man Indien. So erklärt sich auch der an sich widersinnige Ausdruck in dem Abkommen, daß dem Spanier alle zu entdeckenden Länder „gegen Westen und Süden" jenseits der Demarkationslinie zugesprochen wurden. Das ist der berühmte Teilungsvertrag von Tordesillas vom 7. Juni 1494; denn auf diesen, nicht auf die vorbereitenden Bullen der Päpste, die abwechselnd die portugiesischen und spanischen Ansprüche bestätigt hatten, kam es entscheidend an. Die Grenzen der Interessensphären nach Westen und Osten blieben zunächst offen. Erst als Magalhães in spanischen Diensten die erste Weltumsegelung vollbracht und von Osten kommend die Molukken entdeckt hatte, kam es zu dem ergänzenden Vertrage von Saragossa 1529, der die Molukken den Portugiesen, die Philippinen den Spaniern zusprach, und, wenigstens der Theorie nach, die gesamte Erde in eine spanische und eine portugiesische Interessensphäre zerlegte. So ist mit Recht neuerdings gesagt worden: „Am Anfang der Weltpolitik steht die Demarkation."

So extreme Ansprüche ließen sich freilich nicht durchsetzen. Schon bald traten neue Wettbewerber auf den Plan. Noch bevor die Portugiesen Kalikut erreichten, hatte der Venezianer Giovanni Gabotto mit einem englischen Schiff von Bristol aus den Weg nach Indien auf einer dritten Route, der nordwestlichen, gesucht, und dabei ein neues Land (terra nova) entdeckt und für England in Anspruch genommen: Neufundland. Diese Entdeckung blieb freilich in politischer Hinsicht zunächst bedeutungslos, denn die englische Politik vermied es noch zwei Menschenalter lang, sich zu der spanischen in Gegensatz zu bringen. Immerhin wurden die Portugiesen (die das Land irrigerweise ihrer Teilungssphäre zurechneten) und die Spanier alarmiert und sandten Erkundungsexpeditionen aus, die aber bald feststellten, daß hier nichts von Wert zu holen sei. Nur die Kabeljaufischerei lockte bald ganze Geschwader von Hochseefischern in diesen unwirtlichen Nordwesten, und zwar beteiligten sich an diesem Betrieb außer Portugiesen, Spaniern (Basken) und Engländern vor allem auch Franzosen (Bretonen). König Franz I. von Frankreich hat denn auch 1541—1542 einmal ernsthaft den Versuch gemacht, durch die Expedition des Jaques Cartier und des Sieur de Roberval, an den Ufern des St. Lorenzstromes eine französische Kolonie zu gründen. Ihn trieb dabei die Hoffnung, ein Goldland wie Peru zu finden und außerdem doch vielleicht eine brauchbare Durchfahrt nach Indien. Diese Hoffnungen haben getrogen, und die französische Unternehmung blieb damals ohne Ergebnis. Aber in anderer Hinsicht ist sie bedeutungsvoll. Denn im Verlaufe der Auseinander-

setzungen Frankreichs mit Spanien und Portugal ist gegenüber den Ansprüchen dieser beiden Mächte auf monopolistische Interessensphären zum erstenmal von den Franzosen der Grundsatz der Freiheit der Meere ausdrücklich proklamiert worden. „Die Sonne leuchtet für mich wie für die anderen" hat einmal Franz I. gesagt; „ich würde gern die Klausel in dem Testament Adams sehen, nach der ich von der Teilung der Welt ausgeschlossen bin". Es ist interessant zu sehen, wie demgegenüber von spanischer Seite geltend gemacht wird, die Spanier hätten mit vieler Mühe und schweren Kosten die Aufgabe übernommen, die wilden Völker zum Christentum (heute sagt man: „zur Zivilisation") zu erziehen, und andere Völker und Fürsten hätten nicht das Recht, sie in dieser Arbeit zu stören. Es ist genau das Argument von „the white man's burden", wie es Rudyard Kipling formuliert hat!

Die Franzosen haben also damals weder in Kanada noch auf ihren Korsarenfahrten gegen die Spanier und ihren Handelsfahrten nach Guinea und Brasilien einen durchschlagenden Erfolg erzielt. Wenn Portugiesen und Spanier ihnen im Nordwesten nicht energischer entgegentraten, so lag das zum Teil an Rücksichten der europäischen Politik, hauptsächlich aber, wie schon gesagt, daran, daß sie diese Länderstriche für wertlos hielten, im Sinne jener Zeit gewiß mit Recht.

Gefährlicher sind ihnen zwei andere Nationen geworden, die Engländer und die Niederländer. Die Engländer waren seit der Thronbesteigung der Königin Elisabeth 1558 in eine Kampfstellung gegen die katholische Vormacht Spaniens gedrängt, und nahmen den Kampf bald auf der ganzen Linie auf mit wikingerhaften Korsarenzügen, die den Namen der Drake, Hawkins, Raleigh u. a. berühmt gemacht haben. Eine dauernde territoriale Festsetzung ist ihnen damals noch nicht gelungen und lag auch zunächst nicht in ihrer Absicht. Die Niederländer sind im Verlaufe ihres Aufstandes und Unabhängigkeitskrieges gegen Spanien dazu gekommen, die direkte Fahrt nach Indien aufzunehmen, um die portugiesische Krone, die seit 1580 mit der spanischen vereinigt war, zu schädigen und sich selbst für die Verluste zahlreicher in den iberischen Häfen beschlagnahmter Schiffe und Waren schadlos zu halten. Im Jahre 1596 ist Cornelius Houtman im Auftrage der „Compagnie van Verre" nach Bantam an der Küste Javas gelangt. 1602 wurde die niederländische Ostindische Kompagnie begründet. Damals hat dann Hugo Grotius den 70 Jahre zuvor von den Franzosen aufgebrachten Grundsatz von der Freiheit der Meere und

der Schiffahrt aufs neue proklamiert, freilich nur für die Indienfahrt und für den Heringsfang in der Nordsee, wo er den Niederländern zunächst bequem war; später ist es ihm nicht darauf angekommen, ihn bei anderer Gelegenheit zu verleugnen und sich mit juristischer Gewandtheit zum Gegenteil zu bekennen.

So sehen wir, wie bis 1600 alle Nationen, die in den maritimen und kolonialen Kämpfen der nächsten Jahrhunderte eine wesentliche Rolle spielen sollten, auf dem Schauplatz auftreten. Vergegenwärtigen wir uns noch einmal, welche Motive für die überseeische Ausbreitung und Kolonisation maßgebend waren, so sind es, abgesehen von dem ersten politischen Einkreisungsstreben gegen Marokko, im wesentlichen drei: 1. der Wunsch, durch Teilnahme am indischen Gewürzhandel und womöglich durch seine monopolistische Beherrschung die Finanzkräfte und die Macht des eigenen Staatswesens zu stärken; 2. das Verlangen, durch Auffindung und Ausbeutung von Gold- und Silberminen dasselbe Ziel zu erreichen; 3. die Hoffnung, die Mission des Christentums zu fördern. Dieses letztere Motiv wurde, obwohl es nicht wenige ehrlich bewegte, vielfach nur als Vorwand benutzt. Die beiden ersten Motive aber hatten zwei ganz verschiedene Arten der Kolonisation zur Folge. Zum Betreiben des Handels genügten wenige Handelsstützpunkte an der Küste, für die Auffindung und Ausbeutung der Edelmetallminen war dagegen eine Durchdringung und territoriale Beherrschung der entdeckten Länder nötig womit die Spanier in Amerika den Anfang machten. Wie sich auf dieser Grundlage die späteren Kolonialreiche entwickelten, ist später zu erörtern. Zuvor aber werden wir uns deutlich machen müssen, wie diese außereuropäische Welt, in die der europäische Macht- und Abenteuerdrang einbrach, denn eigentlich aussah.

III

Wie es um 1600 außerhalb Europas in der Welt aussah

Wir unterscheiden noch jetzt zwischen den beiden großen Festlandmassen der „Alten" und der „Neuen Welt". Die Dinge lagen hier völlig verschieden. Die „Neue Welt", zu der die Fahrt des

Kolumbus den Zugang erschloß, war nur sehr schwach bevölkert und zählte nur zwei etwas stärker bevölkerte und höher organisierte Großreiche, das der Azteken und das der Inkas (Abb. 2), die zwar eine eigenartige und nicht geringzuachtende Kulturbesaßen, aber ihre politische Schwäche dadurch verrieten, daß sie fast auf den ersten Stoß einer lächerlich geringen Zahl europäischer Abenteurer zusammenbrachen. Die übrigen Indianerstämme, als Kleinstaaten

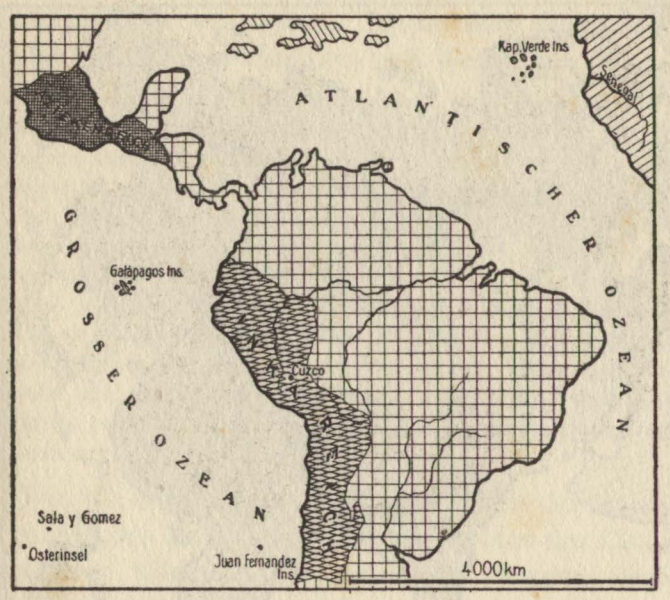


Abb. 2. Die beiden altamerikanischen Großreiche

organisiert, waren vollends zu einer Abwehr und zum Zurückschlagen der europäischen Invasion unfähig, wenn sie auch stellenweise ihrem Vordringen zähen Widerstand geleistet haben. Doch davon später noch einiges. Ganz anders in der Alten Welt, so genannt, weil sie, wenn auch keineswegs im Ganzen überschaut, doch den Europäern durch mehr oder minder märchendurchsetzte, zum Teil aber schon ziemlich zuverlässige Berichte bekannt war. Hier gliederte sich das europäische Staatensystem in einen großen,

längst bestehenden geschichtlich-geographischen Zusammenhang ein, hier war es nur eines unter mehreren. Am längsten seiner inneren Beschaffenheit nach den Europäern unbekannt geblieben

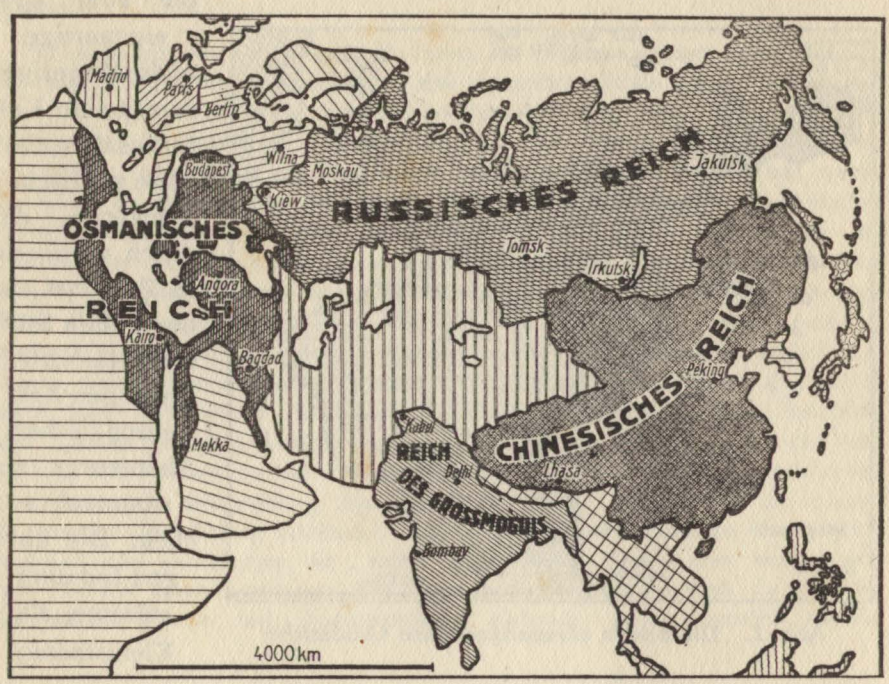


Abb. 3. Die großen Reiche Asiens und Osteuropas Ende des 17. Jahrhunderts

ist Afrika südlich der Sahara. Es war nur Objekt eines Küstenhandels der Europäer und blieb politisch ziemlich bedeutungslos bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Afrika nördlich der Sahara dagegen war seit Jahrtausenden mit Europa kulturell und politisch eng verbunden. Es gehörte mit

zu dem Gebiet der antiken Zivilisation, das sich rings um die Gestade des Mittelmeeres erstreckte und zuletzt im Römischen Weltreich auch politisch zusammengefaßt worden war. Dieses Reich war infolge seiner sozialen, technischen und politischen Unzulänglichkeit seit dem 5. Jahrhundert der christlichen Aera zerfallen, zunächst in eine Ost- und Westhälfte.

Die Osthälfte hat sich, immer mehr verengert, auf die Schwelle zwischen Balkanhalbinsel und Kleinasien, zuletzt fast nur auf die Hauptstadt Konstantinopel am Bosporus beschränkt, behauptet bis 1453. Der nächste Haupterbe waren der Islam und seine Träger, die Araber, deren Kalifenreich, wenn auch vielfach gespalten, vom vorderen Orient her ganz Nordafrika umfaßte und bis nach Westeuropa hineinreichte. Der Westen des Römerreiches war eine Beute der Germanen geworden, und es konnte eine Zeitlang scheinen, als ob hier die Franken die Erneuerer eines Einheitsreiches werden würden. Aber vielleicht gerade weil sich neben den Frankenkönigen als Erben der Imperatoren noch eine zweite Hüterin des römischen Einheitsgedankens, die Kirche mit dem Papsttum, zunächst rein geistig, dann aber doch auch mit deutlich hervortretenden weltlichen Ansprüchen behauptete, war die Reichserneuerung hier nicht von Dauer.

Wie ich schon oben ausführte, trat seit der Renaissance an Stelle der Idee des Einheitsreiches hier die Idee des Gleichgewichts rivalisierender Mächte. Namentlich das Ringen der habsburgischen Dynastie mit dem französischen Hause Valois und Bourbon hat, ganz entgegen ihren Wünschen — denn beide erstrebten die Vorherrschaft in Europa —, das System des Gleichgewichts zur völligen Ausbildung gebracht. Es erscheint auf den ersten Blick rätselhaft, daß dieses in Mittel- und Kleinstaaten aufgespaltene Europa (Frankreich zählte um 1500 etwa 16 Mill., Deutschland vielleicht ebensoviel, Spanien 7, England 4 Mill. Einwohner), das sich in ständigen Kriegen zerfleischte, diese ungeheure Expansionskraft entfaltete. Aber, so wunderbar es klingen mag, wie wir später noch genauer sehen werden, gerade in der Spaltung und

der Rivalität lag die Gewähr für die Kraft der Expansion. Ein staatlich geeintes Europa hätte wahrscheinlich Amerika nicht entdeckt und den Weg nach Indien nicht erschlossen.

Wieviel imposanter wirkte da, äußerlich gesehen, gegenüber dieser europäischen Vielstaaterei das weite östliche Nachbargebiet (Abb. 3)! Im 13. Jahrhundert war hier das territorial größte Reich entstanden, das die Welt je gesehen hat, das große Mongolenreich.

Mitte des 13. Jahrhunderts war Europa in Gefahr gewesen, von diesem Reich verschlungen zu werden, und die osteuropäische Tiefebene, das heutige Rußland, war dieser Gefahr nicht entgangen. Ueber das Mongolenreich sind wir verhältnismäßig sehr gut unterrichtet, ist es doch noch zur Zeit seines höchsten Glanzes unter dem Großkhan Kublai von dem Venezianer Marco Polo (etwa in den Jahren 1255—1295) durchreist und in ungemein fesselnder Weise beschrieben worden. Im Zeitalter der Entdeckungen gehörte freilich auch das Mongolenreich der Vergangenheit an.

An seiner Stelle sehen wir in Südwestasien ein anderes Reich, das sich einen nicht minder gefürchteten Namen machte, das der osmanischen Türken. Vom Zentrum ihrer Macht, Kleinasien, waren sie erobernd über die ganze Balkanhalbinsel und bis tief nach Ungarn gedrungen. Auf der anderen Seite gehorchte seit Selim I. und Soliman II. auch Armenien, der Irak, Syrien, Aegypten und halb Nordafrika dem türkischen Gebot.

Diese Länder, oasendurchsetzte Steppengebiete, die im Irak (Mesopotamien) ihren verkehrsgeographisch begründeten natürlichen Mittelpunkt finden, waren schon seit den Zeiten des alten Babylon die Stätte eines großen, von Assyrern, Persern, Makedoniern und Arabern immer wieder erneuerten Imperiums gewesen. Weil aber das Osmanische Reich nicht hier, etwa in Bagdad, sondern in Konstantinopel seinen staatlichen Mittelpunkt fand, betrachtet man es besser als eine Fortsetzung des Oströmisch-Byzantinischen Reiches. Durch seine geopolitisch ungemein bedeutungsvolle Lage hat das Türkenreich aufs stärkste eingewirkt auf die politischen Verhältnisse Europas. Zunächst

freilich im mehr negativen Sinne, insofern gerade seine Existenz ein Hauptantrieb war, die Verbindung nach Indien auf einem anderen, dem Seewege, zu suchen.

Oestlich schloß sich zunächst das Persische Reich an, das nach dem Ende der Mongolenherrschaft seit 1502 wieder unter einer nationalen Dynastie, den Sefewiden, stand. Dann Indien. Indien mit seiner verwirrenden Vielheit an Rassen, Sprachen, Völkern und Konfessionen darf man nicht mit einem europäischen Staate vergleichen. Es ist ein Erdteil für sich, der, wie Europa, fast immer staatlich zersplittert war.

Seit dem 10. Jahrhundert waren vielfach mohammedanische Dynastien zur Herrschaft gekommen. Aber erst im Jahre 1526 ist durch den Türken Babar, der Delhi eroberte, der Keim zu einem mohammedanischen Einheitsreich gelegt worden, und Babars Enkel Akbar (1556—1605) hat dann ganz Nordindien erobert und damit erst dieses Reich des indischen Großmoguls von Delhi zur vollen Wirklichkeit gemacht. Wir werden auf die Bedeutung dieser Staatsbildung später, bei der Entstehung des britisch-indischen Reiches, noch näher einzugehen haben. — Auch weiter im Südosten, im malayischen Inselindien, sind zum Teil fremdstämmige, mohammedanische Elemente zur Herrschaft gekommen, wie denn sogar die Maori, die Bewohner Neuseelands, ihren Namen (= Mauren) wahrscheinlich einem solchen Element verdanken.

Wenden wir uns von Südasien nach Norden, so tritt gerade auch im Entdeckungszeitalter Rußland nach jahrhundertelanger Pause wieder in den Gesichtskreis des europäischen Abendlandes. Der größte Teil Rußlands, und zwar sowohl der Steppe im Süden wie des Waldlandes im Norden, hatte fast 300 Jahre unter dem Joch der Mongolen geschmachtet. Erst gegen Ende des 15. Jahrhunderts war die Macht des Großfürsten von Moskau, Iwans III., soweit erstarkt und die der Mongolen oder Tataren soweit geschwächt, daß er es wagen konnte, der „Goldenen Horde" den Gehorsam zu versagen. Er und seine Nachfolger haben auch die übrigen russischen Teilfürstentümer und die mächtige Handels-

republik Nowgorod im Norden unterworfen. Der begabte, aber entartete Iwan IV. („Der Grausame"), der letzte aus dem Stamme Ruriks und der erste Großfürst, der sich den Titel „Zar" beilegte, hat dann engeren Anschluß an das Abendland gesucht, indem er europäische, besonders deutsche Gelehrte und Handwerker nach Rußland zog, sein Heer verbesserte und sich eine mächtige Artillerie anschaffte. Mit deren Hilfe gelang es ihm dann, die Reste des Mongolenreiches an der Wolga, 1552 das Khanat Kasan und 1554 das Khanat Astrachan zu erobern. Diese Erfolge haben ihm weithin einen Namen gemacht. Man begann in Europa auf die neue Macht im Nordosten aufmerksam zu werden.

Die Berichte, die der Freiherr Siegmund v. Herberstein als österreichischer Gesandter in Moskau (1517 und 1526/27) erstattet hat, sind die erste genauere Beschreibung, die wir über das neue moskowitische Rußland haben. Man ahnte damals schon in Europa, daß hier eine neue und bedrohliche Macht heranwüchse, man machte den Hansestädten schwere Vorwürfe (inwieweit mit Recht, ist nicht sicher zu erweisen), daß sie den Russen Geschütze und Munition lieferten, und neigte vielfach schon dazu, die russische Macht ganz erheblich zu überschätzen. Die schlauen Moskowiter wußten sich, genau wie später und wie noch heute, dieser Stimmung zu bedienen, um diplomatische Vorteile herauszuschlagen. Sie liebten es, einen hochmütig-prahlerischen Ton anzuschlagen, der ihnen manchen Erfolg verschaffte. Von Wert war ihnen namentlich die direkte Seeverbindung, die damals England durch die Forschungsfahrt des Richard Chancellor (1553) über Archangel mit ihnen anknüpfte. Am Anfang des weltpolitischen Zeitalters steht also eine nahe, nur zeitweise durch russische Taktlosigkeiten gestörte Freundschaft zwischen England und Rußland. Den Engländern folgten bald die Niederländer auf dem gleichen Wege.

Die Russen ihrerseits machten an der Wolga und am Ural nicht halt. Russische Kaufleute (namentlich die Stroganows) hatten schon lange den Wert Westsibiriens erkundet. 1581 eroberte der Kosakenataman Jermak Timofejewitsch, übrigens ebenfalls mit Hilfe deutscher Abenteurer, die Hauptstadt des Tatarenkhanats Sibir am Irtysch; damit war der Weg nach Sibirien geöffnet. Die Weg-

samkeit der riesigen sibirischen Tiefebene in ihren südlichen Teilen und die Schwäche der sibirischen Jägerstämme ließ die Russen mit unglaublicher Schnelligkeit vordringen: schon nach 68 Jahren (1648) wurde das asiatische Ostkap erreicht und umschifft. Weiter südlich haben die Wüste, die zentralasiatischen Hochgebirge und am Amur die Macht der Mandschu den Russen zunächst Halt geboten. Aber nur auf Zeit. Denn zu Beginn des 18. Jahrhunderts tat Rußland einen weiteren großen Schritt vorwärts und aufwärts. Es gelang der außerordentlichen Persönlichkeit Peters des Großen, seinen Staat nun wirklich ganz in das europäische Staatensystem einzugliedern. Aeußerlich geschah dies, indem er Schweden von seiner Großmachtstellung herabstieß, sich an den Ufern der Ostsee festsetzte, hier die neue Hauptstadt St. Petersburg aus dem Nichts hervorzauberte und so das Fenster nach Europa weit öffnete. Das Geheimnis des fast märchenhaft anmutenden russischen Aufstiegs von Iwan III. bis Katharina II. besteht hauptsächlich darin, daß eine kleine tatkräftige Oberschicht, die in der Schule der Tataren großräumiges Denken gelernt hatte und sich später zu einem sehr großen Teil aus Fremden, vorwiegend Deutschen, zusammensetzte (auch die Zarenfamilie war ja seit Mitte des 18. Jahrhunderts vorwiegend deutschblütig), ein ebenso duldsames wie bildsames Volk den Zwecken und Zielen der Staatsbildung dienstbar machte.

Dieses Volk trug das ihm angelegte europäische Staatskleid nur widerwillig, wie eine Zwangsjacke, aber es war zu eigener Gegeninitiative unfähig, es fügte sich ergeben, wenn auch oft mit verstecktem dumpfen Groll. Abgesehen davon lag das Schicksal des russischen Staates in seiner schier maßlosen Ausdehnungsmöglichkeit begründet, die wieder z. B. darin ihre Ursache hat, daß der ungeheure Raum vom Dnjepr bis zum Stillen Ozean in seiner Zonengliederung (Tundra, Waldland-Taiga, Steppe) eine große durch Bodenerhebungen wenig gestörte Gleichförmigkeit aufweist. Diese Ausdehnungsmöglichkeit im schwachbesiedelten, politisch wenig durchgebildeten Raum

verführte dazu, auch dann noch dem Ausbreitungsdrang zu folgen, als schon längst innere Festigung, gründlichere Durchbildung des Gewonnenen die wichtigere Aufgabe gewesen wäre; freilich war der Ausbreitungsdrang um so eher zu begreifen, als fast jeder Schritt nach Süden, Südosten und Westen in klimatisch begünstigtere Gebiete und an die große Verkehrsstraße der Welt, an das Meer führen mußte — letzteres wieder mit dem eigentümlichen Verhängnis, daß fast überall, abgesehen vom eisgepanzerten Norden, nur Neben- und Mittelmeere erreichbar waren, deren Ausgängen sich andere politische Mächte sperrend vorlegten.

Eine dieser Mächte, die allerdings erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine für Rußland verhängnisvolle Rolle spielen sollte, war der ostasiatische Inselstaat Japan.

Er wurde noch im ersten Jahrhundert der europäischen Entdeckungsfahrten auf dem Seewege von den Portugiesen, dann den Niederländern erreicht. Aber der eigenartige Adelsstaat, der sich früher nur von der chinesischen Kultur hatte befruchten lassen, sich aber seit Jahrhunderten allem äußeren Verkehr streng verschlossen hielt, führte diesen Abschluß nach allerhand Erfahrungen, die ihm bedrohlich erschienen, alsbald auch gegen die Europäer in vollem Maße durch. Nur durch ein winziges Löchlein, durch die Insel Dezima im Hafen von Nagasaki, wo die Portugiesen, dann die Niederländer ihr Domizil hatten, sickerte europäischer Kultureinfluß in das Inselreich — bis im Jahre 1854 die Fregatten des amerikanischen Kommodore Perry Japan zwangen, sich der Gesellschaft der Völker anzuschließen. Man wird aber sagen dürfen, daß die Abschlußpolitik Japan zum Segen gereicht hat, indem sie verhinderte, daß sein Volkstum allzufrüh und ungefestigt zersetzenden europäischen Einwirkungen erlag.

Nicht das Meer, wie bei Japan, sondern der ungeheure Raum und, neben der Entlegenheit von Europa, die Unzugänglichkeit Innerasiens mit seinen Hochgebirgen und Wüsten, haben es auch China ermöglicht, eine Abschlußpolitik zu betreiben.

In China war aus heimischer Wurzel — wenn auch wahrscheinlich nicht ohne europäische Einwirkung in grauer Vorzeit — eine eigenartige Kultur erwachsen, die geistig und technisch der europäischen nicht nachstand, ihr in manchem vielleicht überlegen war. Nicht, wie uns die klassische chinesische Geschichtsschreibung glauben machen will, als ein im Goldenen Zeitalter des

3. vorchristlichen Jahrtausends gewissermaßen vom Himmel gefallener Idealstaat, sondern aus kleinen Anfängen an den Ufern des Hoang-ho und seiner Nebenflüsse Wei-ho und Lo-ho, hat sich das chinesische Staatswesen und mit ihm die chinesische Kultur entwickelt und ausgebreitet bis ans Meer und bis auf die hinterindische Halbinsel. Oft in Teilstaaten und Staatensysteme gespalten wie Europa, hat sich China doch immer wieder staatlich zusammengefunden. Wie in Europa die Germanen und Slaven, so haben in China mongolisch-tungusische Völker die Rolle der Lebenserneuerer gespielt, die in ein von der Zivilisation zersetztes und erschlafftes Volkstum, wieder einen Schuß derbe Kraft und Herrentum brachten. So hatte sich die Mongolenherrschaft unter dem von mir bereits früher erwähnten Kublai-Khan auch über China ausgedehnt. Im 14. Jahrhundert, also schon etwas früher als in Rußland, war es einer einheimischen Dynastie, den Ming, gelungen, China vom Mongolenjoch zu befreien und das nationale Kaisertum zu erneuern. In der Blütezeit (ca. 1405—1460) der Ming-Dynastie hat China sogar eine maritime Expansion betrieben und mit seiner Seemacht Siam, Java und Ceylon unter chinesische Botmäßigkeit gebracht. Chinesische Flotten sind damals bis zum Persischen Golf, Aden, Ostafrika gelangt, aber das blieb eine Episode. Noch waren nicht drei Jahrhunderte verflossen, als die Zustände schon wieder einem nordischen Volke, den Mandschu, den Sieg in die Hand gaben. Die Mandschu haben das Riesenreich beherrscht bis in den Anfang des 20. Jahrhunderts. Sie haben die Westprovinzen, Ostturkestan und Tibet, fest in ihre Hand gebracht, im übrigen aber bis in das 19. Jahrhundert hinein sich fremden Einflüssen gegenüber abgeneigt und verschlossen gehalten — eine Haltung, die hauptsächlich dem traditionellen hochmütigen Stolz der chinesischen Literaten-Oberschicht entsprang. Eine nicht ganz unbedeutende Rolle haben zeitweise die Jesuiten und andere europäische Missionare gespielt. Die europäischen Kriegs- und Handelsflotten haben nur erreichen können, daß an einigen Küstenplätzen, namentlich in Kanton, ein Handelsverkehr in Gang kam; den Portugiesen ist es gelungen, sich einen dauernden Stützpunkt in Macao, an der Mündung des Si-kiang, zu sichern und die Niederländer haben vorübergehend Formosa besetzt.

So sah, in ganz groben Strichen gezeichnet, die außereuropäische Welt aus, als die maritime Ausbreitung Westeuropas mit stärkerer Kraft einzusetzen begann. Wir erblicken in der Alten Welt hauptsächlich vier ausgedehnte Großreiche, die zusammen mindestens zwei Drittel des gesamten eurasiatischen Länderblocks

(einschließlich Afrikas nördlich der Sahara) umfaßten. Aber diese Großreiche standen noch um 1700 ohne eigentlichen Kontakt nebeneinander, es ist zwischen ihnen bis zu diesem Zeitpunkt zu keinem kriegerischen Konflikt gekommen (1711 der erste russisch-türkische Krieg).

Jedes einzelne war in der Hauptsache damit beschäftigt, sich selbst innerhalb seiner ausgedehnten Grenzen zusammenzuhalten. Man darf ja nicht vergessen, daß die staatliche Einwirkung, an modernem Maße gemessen, noch äußerst gering war, und sich im wesentlichen auf Steuer- und Tributzahlung, sowie auf Stellung von Rekruten- und Heereskontingenten beschränkte. Wirtschaftlich und, von dünnen Oberschichten abgesehen, auch kulturell führte jede Provinz, jeder Gau, ja jedes Dorf, ein Sonderdasein für sich. Wie wenig wußte oder erfuhr man in jedem dieser kleinen und kleinsten Kreise von der Welt draußen!

Nur Rußland zeigte einen kräftigen Ausdehnungsdrang und wenigstens Anfänge stärkerer staatlicher Durchbildung. Das Türkische Reich verriet im 17. Jahrhundert bereits deutliche Verfallerscheinungen, nicht zuletzt, weil es die Pflege seiner inneren Verkehrsmittel in sträflicher Weise vernachlässigte. Es holte wohl gelegentlich noch einmal zu einem Gegenschlage aus (1683 Belagerung von Wien), sah sich aber im wesentlichen schon auf bloße Abwehr beschränkt. Das Chinesische und Indische Reich, von denen das letztere unter dem kraftvollen und fanatischen Aurangzeb (1658—1707) den Höhepunkt seiner Macht erklomm, befanden sich im Zustand einer gewissen Ausgeglichenheit, aber ohne eigentlichen Expansionsdrang, der sich bei den Moguln schon durch erhebliche innere Schwierigkeiten verbot. Denn mehr als bei den drei anderen, war hier die Bevölkerung religiös und national verschiedenartig und empfand die Reichsleitung als ausgesprochene Fremdherrschaft.

IV

Amerika wird von Europa kolonisiert und macht sich unabhängig (1519–1825)

Es wurde schon im zweiten Kapitel angedeutet, daß die Kolonisation der westeuropäischen Seemächte recht verschiedenartigen Charakter trug. Die der Portugiesen war im wesentlichen eine bloße Handelskolonisation.

Auf historischen Karten des 16. Jahrhunderts macht es sich ganz schön, wenn wir fast ganz Afrika und Indien mit einem breiten grünen oder gelben Farbstreifen, dem Zeichen portugiesischer Herrschaft, umrandet finden. Aber dieses Kartensymbol führt irre. In Wirklichkeit beschränkte sich jene doch nur auf eine relativ geringe Zahl von Küstenplätzen. Es kam eben den Portugiesen durchaus nur auf den Handel an, und nicht einmal in Brasilien, das schon sehr bald nach Beginn der Indienfahrten entdeckt und nach einigem Streit mit Spanien, als innerhalb der portugiesischen Interessensphäre gelegen, behauptet wurde, erstreckte sich ihre Wirksamkeit weit landeinwärts, obwohl hier der Anbau des Zuckerrohrs auf Plantagen immerhin etwas andere Verhältnisse zeitigte.

Ihrem Wesen nach der portugiesischen Kolonisation nahe verwandt war die niederländische, und das war kein Zufall. Denn in beiden Fällen handelte es sich um verhältnismäßig kleine europäische Völker, für die schon früher der Handel ein Lebenselement bedeutete und die anderseits nicht über genügende Bevölkerungsmassen verfügten, um sich an die Durchdringung und Besiedlung großer Ländergebiete zu wagen.

Die Niederländer haben deswegen bei ihrem Vordringen nach Indien es ängstlich vermieden, auf dem indischen Festlande Fuß zu fassen, sich vielmehr fast ausnahmslos auf die Inseln beschränkt. Auch hier ließen sie im allgemeinen die einheimischen Herrschgewalten bestehen, machten sie tributär und bedienten sich ihrer, um die Bevölkerung wirtschaftlich zu beeinflussen (z. B. zum Anbau bestimmter Produkte zu zwingen) und auszubeuten. Ebenso in

Westindien, Nordamerika (Neu-Amsterdam, das spätere New York) und in Afrika besetzten sie nur Inseln und einzelne Küstenstützpunkte. Am Kap der Guten Hoffnung richteten sie eine Rast- und Erfrischungsstation für ihre Indienfahrer ein, und zogen hier allerdings seit 1657 Ansiedler herbei (außer Niederländern hauptsächlich Deutsche, sowie einige französische Hugenotten), um den nötigen Bedarf an Getreide, Fleisch und Wein zu erzeugen. Daß die Ansiedlermenge im Laufe des 18. Jahrhunderts über das für Erfüllung jenes Zwecks nötige Maß hinauswuchs, führte schwierige und schließlich unhaltbare Verhältnisse herbei, die zuletzt den Verlust des Landes verursacht haben. Auch in Nord-Brasilien versuchten die Niederländer zeitweise eine Siedlungs- und Plantagenkolonie zu errichten. Die Portugiesen mußten hier wie anderswo die Folgen davon tragen, daß ihr Mutterland 1581 unter spanische Herrschaft geraten war, denn die Spanier zeigten sich in der Verteidigung der portugiesischen Interessen immerhin bedeutend lässiger als in der ihrer eigenen, und die Gegner merkten rasch, daß hier der schwache Punkt lag, der ihrem Angriff Erfolg verhieß. Die niederländische Westindische Kompagnie, eine Art großer Piraten- und Beutekriegsgesellschaft auf Aktien, bemächtigte sich Pernambucos und anderer Plätze, und erst nachdem Portugal unter den Braganza seine Selbständigkeit wieder erlangt hatte, gelang es in dem durch schlechte Verteidigungsmaßnahmen geschwächten „Neu-Holland" die portugiesische Herrschaft wieder zu errichten (1644).

Wenn die spanische Kolonisation im ganzen trotz ähnlicher Tendenzen ein von der portugiesischen und niederländischen stark abweichendes Gesicht gewann, so lag das hauptsächlich an zwei Umständen. Einmal stießen die spanischen Konquistadoren auf zwei große relativ stark bevölkerte und gut organisierte Indianerreiche, das Aztekenreich in Mexiko und das Inkareich in Peru, die sich aber der europäischen Waffentechnik gegenüber dermaßen ohnmächtig erwiesen, daß Fernan Cortez und Francesco Pizarro es wagen durften, nach dem Ruhmeskranze eines spanischen Alexander des Großen zu greifen. Nach ziemlich leicht errungenem Sieg einmal im Besitze der Macht, sahen sich die Spanier gezwungen, in den gewonnenen, räumlich ungeheuer ausgedehnten Herrschaftsgebieten nun auch eine förmliche territoriale Verwal-

tung zu organisieren. Dazu kamen — das ist das zweite Moment — die reichen Gold- und Silberfunde. Auch die Ausbeutung der Edelmetallbergwerke nötigte dazu, tiefer im Binnenlande Fuß zu fassen. Die Sucht nach leichtem Gewinn, die Aussicht auf abenteuerlich-ritterliche Weise ein „großer Herr" zu werden, lockte viele Tausende hinüber, zumal der prosaische bäuerliche oder bürgerliche Erwerb gegenüber dem Ideal des ritterlichen Glaubensstreiters, des Hidalgo, ohnehin in Mißachtung stand. So erlitt Spanien durch die Auswanderung merkliche Einbuße, seine Bevölkerung sank um Millionen.

Trotzdem darf man sich das amerikanische Kreolentum (Kreolen nannte man später die in Amerika geborenen Einwohner rein spanischen Blutes) nicht zu bedeutend vorstellen. Es beschränkte sich im wesentlichen doch auf ziemlich wenige Städte, wo die Spanier als Bergwerks-, Plantagen- und Hacienda-Besitzer, als Beamte, Militärs und Geistliche lebten, und bildete dementsprechend nur eine nicht sehr umfangreiche Oberschicht, während die große Masse der Bevölkerung indianischen Blutes blieb; natürlich gab es dazwischen eine alle Grade des Uebergangs aufweisende Mestizen-(Mischlings)-bevölkerung. Namentlich im Norden, im Vizekönigreich Neu-Spanien (Mexiko) wie in Neu-Granada (Columbien und Ecuador), Caracas (Venezuela) und Peru dürfte der Anteil spanischen Blutes kaum über $^1/_6$—$^1/_7$ hinausgegangen sein (so auch noch jetzt). Etwas besser stand es damit in den südlichen Gebieten, in Chile (damals als Nueva Estremadura einen Teil des Vizekönigreichs Peru bildend) und in den La-Plata-Ländern, hier wenigstens an der Küste. Im ganzen muß man immer bedenken, daß das Kreolen- und Spaniertum über einen räumlich ungeheuren, aber schwach bevölkerten wirtschaftlich und technisch noch fast unbewältigten Raum verstreut blieb und den gewaltigen Kontinent gewissermaßen nur ein wenig mit spanischer Farbe sprenkelte.

Die Spanier waren die Ersten in Mittel- und Südamerika gewesen, sie hatten genug damit zu tun, sich in ihrer riesigen Eroberungs- und Interessensphäre zu behaupten und alljährlich die reichen Gold- und Silberschätze nach Europa zu schaffen, die ihnen dort das 16. Jahrhundert hindurch den Luxus einer Großmachtpolitik erlaubten. Die nördlichen Westeuropäer, die Franzosen und

Engländer (weniger die Niederländer), waren die Zuspätgekommenen und dementsprechend die Angreifer.

Die Angriffe richteten sich zunächst gegen die spanischen Silberflotten und die sonstigen mit kostbarer Rückladung heimkehrenden Schiffe der beiden iberischen Völker. Aus diesem Treiben ging das wüste Buccanier- und Flibustierwesen des 17. Jahrhunderts in Westindien hervor. Auf dem Festland konnte man trotz mancher verwegenen Handstreiche den Spaniern nicht recht beikommen; nur den Niederländern ist, wie schon bemerkt, vorübergehend eine Festsetzung in Nordbrasilien und dauernd in Guayana geglückt. Anders auf den westindischen Inseln, wo sich die Spanier von vornherein schwächer fühlten, und auf die sie wirtschaftlich wenig Wert legten. Die kleinen Antillen sind sämtlich in fremde Hände gefallen, von den großen Jamaica 1655 in englische, die Westhälfte von Haiti 1667 in französische. Außer zur Plantagenwirtschaft dienten die eroberten Inseln als Stützpunkte für einen umfangreichen Schmuggelhandel nach dem spanischen Festland, namentlich mit Sklaven, und das hatte zur Folge, daß mit diesem Kriegsschauplatz auch der an der afrikanischen Guineaküste gewissermaßen zwangsläufig verbunden war; denn von dort holte man die schwarze Menschenfracht. Die Engländer erzwangen sich 1714 in dem sogenannten Assiento-Vertrag sogar ein vertragsmäßiges Recht auf jährliche Lieferung einiger tausend Sklaven ins spanische Kolonialgebiet!

Im übrigen aber hatte jenes „Zuspätkommen" eine andere sehr wichtige Folge. Von den Entdeckungen in der Sphäre von Neu-Fundland habe ich schon früher gesprochen. Die gesuchte nordwestliche Durchfahrt nach Indien fand man dort nicht. Um die Wende zum 17. Jahrhundert trat nun der, wie man sagen darf, neue, jedenfalls bisher nicht im Vordergrund stehende Gedanke auf, Ackerbaukolonien für europäische weiße Landarbeiter und Pflanzer zu begründen. England hatte, trotz seiner noch nicht übermäßig dichten Bevölkerung, ein gewisses Angebot an Auswanderern.

Da waren die Opfer des „Bauernlegens" der englischen Großgrundbesitzer, da waren die Angehörigen verschiedener Konfessionen, Sekten und Stände, die während der religiösen und politischen Wirren des 17. Jahrhunderts als die Schwächeren das Feld räumen mußten: Puritaner, Kavaliere, Katholiken,

Quäker u. a. In den 1570er Jahren hatte Walter Raleigh einen mißglückten Versuch gemacht, eine Kolonie in dem Landstrich an der nordamerikanischen Ostküste zu begründen, den er seiner jungfräulichen Königin zu Ehren „Virginia" nannte. Anfang des 17. Jahrhunderts erteilte Jakob I. den „Wagenden Kaufleuten" von London und von Plymouth Freibriefe zur Gründung von Kolonien in „Virginien" und nordwärts in „Neu-England". In diesen Freibriefen wird zum ersten Mal der Zweck, Ackerbaukolonien anzulegen, mit deren Bevölkerung sich ein gewinnbringender Handel vom Mutterlande treiben lasse, klar ausgesprochen.

Von besonderer Wichtigkeit wurde die Niederlassung vertriebener Puritaner-Familien, der „Pilgrim Fathers" in Massachusets (1620). Zwischen den beiden englischen Kolonien siedelten sich Holländer an der Mündung des Hudson in Neu-Amsterdam (dem heutigen New York) und sogar Schweden am Delaware an, vor allem aber ließen sich Franzosen weiter nördlich an den Ufern des St. Lorenzstroms, in Kanada, nieder, dem Lande, das schon seit Cartiers Reisen von der französischen Krone in Anspruch genommen worden war. Im Süden dagegen zogen die Spanier von Mexiko und Westindien her die ganze Golfküste mit Florida in ihren Herrschaftsbereich. So begann das Ringen um den nordamerikanischen Kontinent.

Die günstigsten Aussichten dabei schienen zunächst die Franzosen zu haben (Abb. 4).

Sie verstanden es, sich gut zu den Indianern zu stellen, ihre Pelzhändler, Trapper und Waldläufer griffen weit aus und schufen eine riesige französische Interessensphäre, von der sie hoffen konnten, sie allmählich in gesicherten Staatsbesitz zu verwandeln. Vom St. Lorenz drangen sie durch das Gebiet der großen Seen und über die Wasserscheide zum Mississippi hinüber, fuhren diesen abwärts und gründeten in dem zu Ehren des „Sonnenkönigs" Louisiana genannten Lande an der Mündung des Riesenstroms New Orleans (1718).

Aber schließlich sind doch nicht sie, sondern die Engländer als Sieger aus dem Kampfe hervorgegangen. Das beruhte darauf, daß doch viel größere Ansiedlermassen englischer Zunge sich

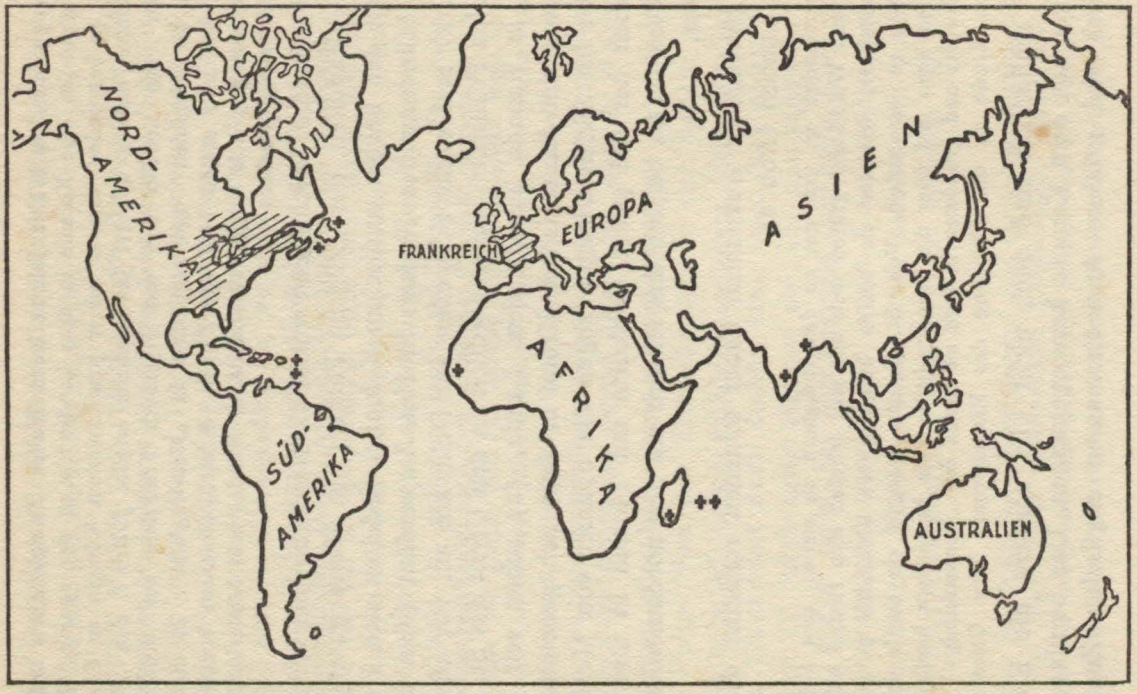


Abb. 4. Das französische Kolonialreich unter Ludwig XIV.

drüben ansiedelten; Ansiedler zudem, die meist fester mit dem Lande verwurzelten als das bewegliche französische Element. Es beruhte aber noch mehr darauf, daß England eine viel einseitigere und entsprechend nachhaltigere und wirksamere maritime Politik betrieb als Frankreich.

Frankreich fühlte sich zu sehr an den europäischen Kontinent gefesselt, es mochte gerade unter Ludwig XIV. die Hoffnung auf Erringung der Hegemonie in Europa nicht aufgeben, und hat daher, wie schon im 16., so auch im 17. Jahrhundert die überseeischen Unternehmungen nur mit halbem Herzen und halber Kraft gefördert. Im Falle Colberts, der in genialer Weise die französische Seemacht auf eine achtunggebietende Höhe brachte, um dann doch vom Könige preisgegeben zu werden und in Ungnade zu fallen, hat diese Halbheit eine geradezu tragische Zuspitzung erhalten. England hatte trotz seiner Teilnahme an den europäischen Kabinettskriegen doch lange nicht so starke kontinentale Bindungen; man kann eher sagen: es kämpfte auch in Europa, um seine überseeischen Ziele zu erreichen.

So ist es England gelungen, einen seiner maritimen Rivalen nach dem anderen niederzuringen.

Den Anfang macht die Vernichtung der spanischen Armada 1588 im Kanal und in der Nordsee. Die Niederländer mußten nach drei Seekriegen (zwischen 1652 und 1674) sich schließlich als überwunden bekennen. An Kolonialbesitz verloren sie 1667 Neu-Amsterdam, was den Engländern ermöglichte, ihren nordamerikanischen Besitz zu einem Ganzen zu verschmelzen. 1689 setzt dann der englisch-französische Seekrieg ein, der mit Unterbrechungen 127 Jahre lang fortgeführt worden ist. Mit dem siebenjährigen Kriege war er bereits im wesentlichen zugunsten Englands entschieden. Im Frieden zu Paris 1763 mußten die Franzosen ganz Kanada (an England) und Louisiana (an Spanien) preisgeben. Vom Eismeer bis zur Golfküste in Florida wehte das britische Banner (Abb. 5).

Die Kriege der Revolutions- und napoleonischen Zeit haben dann den Triumph der englischen Seemacht zu einem vollständigen gemacht. Nach Trafalgar (1805) hatte England keinen Gegner mehr, der ihm die Seeherrschaft auf dem Ozean ernstlich hätte streitig machen können. Von dem französischen Kolonialreich waren 1815 nur noch elende Trümmer vorhanden, den wertvollsten



Abb. 5. Das britische Kolonialreich 1763—1776

Teil in Westindien, Haiti, hatte man der aufständischen Mulatten- und Negerbevölkerung überlassen müssen.

Aber auch England ging nicht ohne schwere Einbuße aus dem gewaltigen Kampfe hervor.

Der Hauptsieger im Pariser Frieden 1763 war im Grunde die Bevölkerung der nordamerikanischen Kolonien selbst. Frankreich, dessen Macht ihr hauptsächlich deswegen unangenehm und gefährlich gewesen war, weil die Indianer an ihr einen Rückhalt fanden, hatte auf dem Festlande nichts mehr zu sagen. Das Selbstgefühl der Kolonialen war stark gestiegen, sie hatten mit die Hauptlast des Kampfes getragen, sie fühlten sich mit Stolz zwar als Briten dem Blut und der Sprache nach, aber doch auch schon als Bürger aufstrebender Länder mit freierem Spielraum und loseren staatlichen Bindungen als in Europa. Mit diesem Selbstgefühl geriet das überkommene britische Regierungs- und Kolonialsystem in einen Konflikt, der sich schließlich als unheilbar erwies. Der Sinn der kolonialen Unternehmungen für die britische Regierung war der gewesen, daß der Handel und die Industrie des eigenen Landes neue Absatzmärkte gewannen, daß ferner die Handelsschiffahrt daraus Vorteil zog; es erschien ihr nur recht und billig, daß die Kolonialen die Kosten des Sieges mit tragen halfen. Das Entscheidende war aber, daß das britische Parlament und die Regierung ihnen die nötigen Abgaben ungefragt diktieren wollten. Dagegen empörte sich das Unabhängigkeitsgefühl nicht nur der alten Puritaner in Neu-England, sondern der Kolonialen überhaupt, die auf dem mit eigener Mühe und Arbeit gewonnenen Boden auch das Recht politischer Selbstbestimmung beanspruchten.

So kam es zum Bruch, zur Unabhängigkeitserklärung der 13 Kolonien und zum Aufstand, in dem die Kolonialen trotz mangelnder militärischer Uebung und Rüstung doch den ungeheuren Vorteil hatten, daß sie im eigenen, und zwar einem sehr weiträumigen Lande mit schlechten Verkehrswegen kämpften. Anderseits war es ein Aufstand, kein eigentlicher Krieg, die Zahl der Loyalen, die der heimischen Regierung treu blieben, nicht gering, Verrat oder zum mindesten Gleichgültigkeit nichts Seltenes. Der Sieg wäre den Aufständischen vielleicht nicht zugefallen, wenn sie nicht seit 1778 die Unterstützung Frankreichs gefunden hätten.

Frankreich nahm seine Rache. Zwanzig Jahre nach dem Pariser Frieden mußte England in Versailles auf seine schönsten Kolonien vom Atlantischen Ozean bis zum Mississippi verzichten; nur das neuerworbene Kanada, dessen Bewohnerschaft loyal und ruhig geblieben war, blieb ihm erhalten.

Die neue Republik der „Vereinigten Staaten von Amerika" hatte freilich noch erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden, ehe sie sich als Bundesstaat endgültig konstituieren konnte. Man bedenke, daß ihr Gebiet von 2,3 Mill. qkm damals nur von 3,9 Mill. Einwohnern bewohnt war. Kein Geringerer als Friedrich der Große hat die Lebensfähigkeit eines so ausgedehnten und bei den schlechten Verkehrsmitteln nur wenig Zusammenhalt zeigenden Staatsgebildes bezweifelt, und tatsächlich war der Sondergeist der Einzelstaaten, die sich meist eine neue demokratische Verfassung gaben, eines der ernstesten Hindernisse für die Einsetzung einer wirklich machtvollen Bundesgewalt. Erst 1789 konnte der erste Bundespräsident, George Washington, sein Amt antreten. Dieses auch für die europäische Geschichte so schicksalsschwere Jahr zeigt zugleich, in welche bewegte Zeit die ersten Lebensjahre des neuen Staates fielen.

Auch Amerika blieb von den umwälzenden Ereignissen der französischen Revolutionszeit nicht unberührt. Und zwar zu seinem Vorteil. Als der Vertrag von San Ildefonso (1. Okt. 1800) Spanien verpflichtete, Louisiana und New Orleans an Frankreich zurückzugeben, erregte das in der Union große Unruhe. Der Mississippi war ihr Grenzstrom, aber zugleich die Hauptverkehrsader des Westens. Mit dem schwachen Spanien als Nachbarn hatte sich leben lassen, ob mit Frankreich, schien viel zweifelhafter. Da konnte Präsident Jefferson die angesehene Stellung, die sich die Vereinigten Staaten inzwischen bereits als schiffahrttreibende Handelsmacht errungen hatten — der Verkehr mit Europa hatte sich vervielfacht — in dem englisch-französischen Ringkampfe zur Geltung bringen. Vor die Wahl gestellt, die beiden angelsächsischen Nationen gegen sich vereinigt zu sehen, oder sich die neue Macht jenseits des Ozeans zu verpflichten und, wie er selbst sagte, „den

Briten Feinde zu erwecken, die ihn eines Tages rächen sollten, wenn er ihrer nicht Herr würde", wählte Napoleon doch lieber das Letztere. Gegen eine uns heute lächerlich gering erscheinende Summe (80 Millionen Dollar) verkaufte er Louisiana, d. h. den Anspruch auf das ganze Gebiet jenseits des Mississippi, samt New Orleans, an die Union. Die Bedeutung dieses glatt abgeschlossenen Geschäfts für die letztere kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden; erst jetzt gewann sie die Möglichkeit freier Ausdehnung bis an den Stillen Ozean und damit die Anwartschaft zu der unvergleichlich selbständigen Stellung, die sie später eingenommen hat und noch heute einnimmt.

Das war gewissermaßen der zweite Schritt der Emanzipation der Neuen Welt von der Alten. Und der dritte schloß sich unmittelbar daran. Der Befreiungskampf der englischen Kolonien und die Ereignisse der französischen Revolution blieben auch im spanischen und portugiesischen Amerika nicht ohne Eindruck. Die Oberschicht des Kreolentums wurde dadurch in dem längst vorhandenen Wunsche bestärkt, sich von dem lästigen Druck althergebrachter Bevormundung und Zurücksetzung (gegenüber den europäischen Spaniern) freizumachen.

Trotzdem wäre es vielleicht nicht zu einer ernsthaften Erhebung gekommen, wenn nicht die nationale Entrüstung über das dem Mutterlande aufgezwungene französische Königtum von Napoleons Gnaden den amerikanischen Spaniern das Recht, ja gewissermaßen die moralische Pflicht selbständiger Regierungsausschüsse (Juntas gubernativas) im Namen des vertriebenen Ferdinand VII. gegeben hätte. Aber von da bis zur Erklärung voller Unabhängigkeit war nur noch ein kleiner Schritt, den zu tun die spanische Anarchie erlaubte, ja nahelegte. Als dann vollends die spanische Regierung die alten Zustände wiederherstellen wollte, reizte sie erst recht den Widerstand des einmal geweckten Selbstgefühls.

Ich kann auf die Einzelheiten der Unabhängigkeitskämpfe, die sich eineinhalb Jahrzehnte hinzogen, selbstverständlich nicht eingehen.

1824 war die Niederlage der Spanier endgültig entschieden. Was die Kämpfe so eigentümlich planlos und langwierig gemacht hatte, und was auch weiterhin das Geschick Südamerikas wesentlich bestimmen sollte, das war die schon früher von mir hervorgehobene ungeheure Raumweite und die Menschenleere des Gebiets.

Die geographischen Schwierigkeiten, mit denen schon die nordamerikanische Union in ihren Kinderjahren zu kämpfen hatte, waren hier verzehnfacht. Waghalsige Märsche durch menschenleere Steinwüsten und über Andenpässe von 4000 m Höhe mußten die Befreiungshelden, Bolivar, San Martin, Sucre, ausführen. So ist es hier auch nicht zu einer einheitlichen Staatenbildung gekommen, wie in Nordamerika. Abgesehen von Mexiko, dessen Sonderstellung sich ohne weiteres begreift, entstand zunächst eine große nördliche Republik Columbia unter der tatsächlichen Diktatur Bolivars, ferner besondere Staatsgebilde in Argentinien, Paraguay, Chile, schließlich in Peru, dessen östlicher Gebirgshorst sich wieder absonderte und unter dem Namen des Befreiers als Bolivia konstruierte. Auch Columbia zerfiel bald in drei Republiken (Venezuela, Neu-Granada und Quito-Ecuador), und dazu kamen noch die kleinen mittelamerikanischen Staaten. Brasilien hatte sich dadurch, daß der portugiesische Hof 1808 von Europa dorthin flüchtete und der Thronfolger, Dom Pedro, bei der Rückkehr des Königs nach Portugal 1822 eine unabhängige konstitutionelle Monarchie proklamierte, von Europa auf friedlichem Wege gelöst.

So bildet die Mitte der zwanziger Jahre — die Zeit, die in unserer Erinnerung als eine solche der Erschlaffung, des bürgerlichen Stillebens (Biedermeier) fortlebt — einen ungemein wichtigen Wendepunkt im Verhältnis der Neuen zur Alten Welt. In Europa hatte man nach dem Sturze Napoleons und nach der „Restauration" des Ancien Regime unter Führung der Heiligen Allianz nicht übel Lust gezeigt, auch in Spanisch-Amerika die alten Zustände wieder herzustellen. Sogar der Gedanke, das spanische Kolonialreich unter die europäischen Großmächte aufzuteilen, scheint aufgetaucht zu sein. Dem stellte sich England mit aller Macht entgegen, da die politische Aenderung in Süd- und Mittelamerika ihm wirtschaftlich die größten Vorteile bot. Und an seine

Seite stellten sich die Vereinigten Staaten, deren Handel in den südlichen Schwesterrepubliken gleichfalls einen willkommenen Markt fand und die zudem politisch eine Festsetzung der Heiligen Allianz in Amerika fürchteten. So ist es zu der berühmten Jahresbotschaft des Präsidenten Monroe (desselben Mannes, der den Louisianakauf vermittelt hatte) vom Januar 1823 gekommen, die es klar aussprach, daß man zwar die noch bestehenden europäischen Kolonien in Amerika anerkenne, daß aber „die amerikanischen Kontinente infolge des freien und unabhängigen Standes, den sie angenommen haben und behaupten, hinfort nicht als Gegenstände für künftige Kolonisation durch irgendwelche europäische Mächte zu betrachten sind". Daß die europäische Intervention tatsächlich unterblieb, ist wohl mehr der Haltung Englands zuzuschreiben. Aber einen Markstein bildet diese Botschaft, die als „Monroe-Doktrin" fortan eine Art Grundgesetz der amerikanischen Politik wurde, doch. Die Neue Welt war von der Alten her bevölkert worden, zum Teil von Grund auf neu, zum Teil mit einer führenden Oberschicht. Sie hatte sich nun unabhängig gemacht und ein eigenes Staatensystem ausgebildet, und damit ging die erste Hauptepoche der europäischen Expansion zu Ende.

V

In Indien, Australien und Südafrika werden die Grundsteine zum Britischen Weltreich gelegt. Die Europäer beginnen in Massen über See zu wandern

Wie ich schon bemerkt habe, ging England aus den napoleonischen Kriegen als die unbestritten erste Seemacht der Welt hervor. Das ist nicht ohne Folge geblieben, obgleich die britische Marine

eine ernsthafte kriegerische Probe bis über die Mitte des 19. Jahrhunderts hinaus, ja eigentlich ein volles Jahrhundert nach 1815, nicht zu bestehen gehabt hat.

Die Engländer haben sich aber in diesem Jahrhundert, und namentlich in seiner ersten Hälfte, an den Gedanken gewöhnt, daß ihnen kraft ihrer Seemacht auch ein bevorzugtes Recht auf der allgemeinen Verkehrsstraße der Welt, auf dem Ozean, zustehe, eine Art Seepolizeirecht; und die übrigen Völker haben diesen Anspruch, wenn auch nicht theoretisch ohne Widerspruch, so doch praktisch und stillschweigend mehr oder weniger anerkannt, weil eben keines genügende Machtmittel besaß, um ihn ad absurdum zu führen. Es soll auch nicht geleugnet werden, daß die Engländer als führende Seemacht mancherlei Gemeinnütziges geleistet haben, z. B. durch Vermessungen und kartographische Aufnahmen wenig bekannter Meere und Küsten, ferner durch die Bekämpfung des Sklavenhandels zwischen Afrika und Amerika, der Seeräuberei in Ostasien u. dergl. mehr. Friedlich konnten die Handelsflotten aller Nationen das Weltmeer befahren. Unter ihnen ragte freilich ebenfalls die britische an Umfang bei weitem hervor, ja ihre Ueberlegenheit war noch augenfälliger, als die der Kriegsmarine, und zwar ist diese Ueberlegenheit erst durch die schweren Schäden, die den kontinentalen Handelsmarinen unter der Herrschaft des napoleonischen Kontinentalsystems und in den vorangehenden Revolutionskriegen widerfuhren, voll begründet worden.

Die Briten haben diese Zeit des Friedens dazu benutzt, um in aller Stille, ja ihnen selbst eigentlich unbewußt, ein neues großes Kolonialreich auszubauen. Aus dem alten, wesentlich amerikanischen, war ja durch den Unabhängigkeitskrieg der Vereinigten Staaten das wertvollste Mittelstück herausgebrochen, und die beiden Eckpfeiler, der kanadische und westindische Besitz, wurden nicht allzu hoch eingeschätzt, der eine noch nicht und der andere nicht mehr.

Um so mehr wandte sich das Interesse und die Energie einem anderen Schauplatz zu, auf dem man in gewisser Weise Ersatz finden zu können hoffte, Ostindien. Die Anfänge englischer Betätigung lagen hier weit zurück. War doch die englische Ostindische

Kompagnie sogar noch etwas früher als die mächtigere niederländische Schwester, am 31. Dezember 1601 begründet worden.

Aber die Fortschritte waren lange Zeit nur gering gewesen. Aus Amboina, einer der Molukken, waren die Engländer 1622 mit blutiger Gewalt vertrieben worden. Die Heirat König Karls II. mit der portugiesischen Prinzessin Katharina brachte 1661 der englischen Krone als Mitgift die indische Stadt Bombay; andere Stützpunkte am ostindischen Festland waren Surate, St. George bei Madras und ein Fort bei Kalkutta.

Aber schwerlich hätten die Engländer daran gedacht, ihren indischen Territorialbesitz erheblich zu erweitern, wenn nicht ein mächtiger Beweggrund hinzugekommen wäre, nämlich die Furcht vor einem Nebenbuhler, den Franzosen. Um das zu verstehen, müssen wir uns vergegenwärtigen, wie es damals in Indien aussah.

Ich habe früher das Reich des Groß-Moguls geschildert, das unter Aurangzeb seinen Höhepunkt erreichte. Nach dessen Tode brach eine Zeit innerer Wirren an, die man etwa mit den Kämpfen der Diadochen nach dem Tode Alexanders vergleichen könnte. Freilich nicht mit vollem Recht: denn es handelte sich nicht nur um Streitigkeiten zwischen ehrgeizigen Statthaltern und Generälen, sondern zum Teil auch um eine nationalindische Gegenbewegung gegen die mohammedanische Herrschaft. Die Führung dabei hatte die Konföderation der sogenannten Marathen, der Hindu-Bewohner des hochgelegenen Hinterlandes von Bombay. Das Ansehen des Großmoguls litt auch schwer unter der vorübergehenden Eroberung der Hauptstadt Delhi durch den persischen Usurpator Nadir Schah (1738) und später durch die Afghanen. Aber als die Marathen Miene machten, die mohammedanische Herrschaft zu stürzen und ein großes nationales Hindu-Reich zu begründen, einigten sich die mohammedanischen Machthaber doch und brachten den Marathen 1761 auf der Ebene von Panipat, wo einst Babar seinen entscheidenden Sieg erfochten, eine vernichtende Niederlage bei. Die Verwirrung wurde dadurch nur um so schlimmer, das Land war, ähnlich wie heute oder doch vor kurzem noch China, von herumziehenden Söldnerscharen erfüllt, die dem Meistbietenden zur Verfügung standen.

In dieses Land und in diese Situation wurde nun auch die englisch-französische Rivalität hineingetragen. Die Franzosen hatten unter Colbert auf dem indischen Festlande Fuß gefaßt und 1719

ihre Ostindische Kompagnie mit großem Kapital neu konstituiert. Die europäischen Kabinettskriege der Zeit wurden auch auf den überseeischen Schauplätzen ausgefochten: im österreichischen Erbfolgekriege verstanden es die Franzosen, manche Erfolge gegen die Engländer zu erzielen. Ihr Generalgouverneur Dupleix kam zuerst auf den Gedanken, jene indischen Söldnerscharen in Dienst zu nehmen, europäisch zu drillen und sie dadurch zu ebenso brauchbaren Soldaten zu machen wie die Europäer selbst. Natürlich befolgten die Engländer alsbald dieses Beispiel, und im Siebenjährigen Kriege waren sie es, die mit solchen Mitteln den Sieg an ihre Fahnen fesselten. Einen entscheidenden Erfolg errangen sie schon gleich am Anfang, indem Lord Clive den Nawab (Statthalter) von Bengalen, der die Kriegführung zwischen den Europäern in seinem Lande nicht dulden wollte, bei Plassey 1757 vollständig schlug. Im Verlauf der weiteren Kämpfe wurde der Nawab von Audh gezwungen, der Engl.-Ostindischen Compagnie die sog. Diwanie, d. h. die Finanzverwaltung in Bengalen, zu übertragen. Lord Clive, ein typischer Vertreter des englischen Conquistadorentums, etwa vom Schlage des Cecil Rhodes, mit jener wenig anziehenden Verbindung von politisch-militärischer Tatkraft und persönlicher Habsucht, hat den Grund zur territorialen Herrschaft Englands in Indien gelegt.

Wenn man übrigens von der Eroberung Indiens durch England spricht, so darf man nicht vergessen, daß Indien nur eine Fremdherrschaft mit der anderen vertauschte, denn die Compagnie setzte sich de facto an die Stelle des nominell freilich weiter regierenden mohammedanischen Groß-Moguls, und ferner, daß die Eroberung wesentlich mit indischen Truppen erfolgte; die anglo-indische Armee hat fast immer zu $^4/_5$ aus Indern bestanden. Die Compagnie hatte überdies im Vergleich mit den früheren mohammedanischen Machthabern den Vorteil, daß sie als Korporation sozusagen unsterblich war, daß sie den Zugang zur See beherrschte und an den Machtmitteln des Mutterlandes einen ständigen starken Rückhalt besaß. Gerade die vielfach, wie im

Falle Lord Clive und später bei Warren Hastings, sich geltend machende Korruption gab der heimischen Regierung Anlaß, sich als Aufsichtsinstanz einzumischen, und mehr und mehr den britischen Staat anstelle der Compagnie zu setzen (besonders wichtig die Verwaltung von Lord Cornwallis, 1785).

Es ist nicht möglich, hier die einzelnen Phasen der Unterwerfung Indiens zu verfolgen. Eine planmäßige Absicht, die gesamte Halbinsel (richtiger: Erdteil) unter ihre Botmäßigkeit zu bringen, haben die Engländer nicht von Anfang an gehabt. Aber sie wurden, ähnlich wie die Römer, durch den Zwang der Umstände, namentlich durch die Furcht vor neu auftauchenden Gegnern wie Haidar Ali (wobei im Hintergrund noch lange Zeit die Franzosen standen), dazu gebracht, Schritt für Schritt die Grenzen ihres Machtbereichs auszudehnen.

Namentlich in der napoleonischen Zeit haben die Lords Wellesley (Wellingtons Bruder) und Hastings eine solche „Politik der Intervention und Annexion" betrieben, und zunächst das ganze Dekân (die südliche, eigentliche „Halbinsel" Vorderindiens) unterworfen. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts folgte dann der Nordwesten und die Zentralprovinzen (Abb. 6, S. 54). Die Meuterei des indischen Heeres 1857/58 gab dann Anlaß, die nicht mehr zeitgemäße Regierung der Compagnie überhaupt zu beseitigen und die britische Krone an ihre Stelle zu setzen; Disraeli hat dieser Wandlung den Abschluß gegeben, indem er (aus Gründen des außenpolitischen Prestiges und der Rivalität mit Rußland in Asien) 1877 die britische Königin veranlaßte, den Titel einer Kaiserin von Indien anzunehmen und somit auch formell des Erbe der Groß-Moguln anzutreten.

Von der Bedeutung Indiens für England werden wir später noch zu reden haben. Doch Indien blieb nicht das einzige Ziel englischer Seefahrten und englischer Ausbreitung im südöstlichen Ozean. Im Laufe des 17. und 18. Jahrhunderts war ein neuer Kontinent in seinen Umrissen entschleiert worden, Australien, hauptsächlich von dem Groninger Abel Tasman (1642), der auch Neuseeland entdeckte und benannte, und zuletzt von James Cook

(1768—1775). Die erste europäische Besiedlung Australiens hing wunderlich genug mit dem amerikanischen Unabhängigkeitskrieg zusammen.

Seit 1619 war nämlich der Brauch aufgekommen, Sträflinge von England nach den amerikanischen Kolonien zu senden, wo sie als sogenannte „verbundene Knechte" (indented servants) eine gewisse Zeit Zwangsarbeit zu leisten hatten. Seit dem amerikanischen Kriege waren die neuen Staaten naturgemäß der Deportation verschlossen, die englischen Gefängnisse überfüllt, von Seuchen heimgesucht. In der Verlegenheit, einen Ausweg zu finden, sandte man schließlich 1787 Capitän Phillip mit fast 800 Sträflingen auf dem „Prince of Wales" und einem kleinen Geschwader von Hilfsschiffen nach Botany-Bay an der Ostküste Australiens, eine Gegend, die sich durch ihre Entlegenheit zu empfehlen schien. Ein eigentümliches Gegenstück zur „Mayflower" von 1620, freilich von wesentlich anderer Art, aber doch auch, wie das Schiff der „Pilgrim Fathers" die Keimzelle eines neuen Staates! Phillip legte die erste Siedlung, Sydney, übrigens nicht an der Botany-Bay, sondern an einer nördlicheren Bucht, Port Jackson, an. Er fühlte sich als Staatengründer, und ihm sowohl wie Pitt und Lord Sydney, dem englischen Innenminister, nach dem die erste Stadt getauft wurde, schwebte höchstwahrscheinlich eine, wenn auch vage Idee vor, die in Amerika verlorenen Kolonien hier neu erstehen zu lassen.

Nach den ersten, schweren Jahren hob sich die Ansiedlung zusehends, zu Beginn des 19. Jahrhunderts entwickelten sich Walfang und Tranhandel, Kohlenfunde im Norden ließen ein neues Newcastle entstehen, das wirtschaftliche Fundament der australischen Kolonien aber wurde vor allem der Wollhandel. 1836 hörte die Sträflings-Verschickung, die immerhin wohl 100 000 Menschen nach Australien gebracht hatte, auf. Neue Städte entstanden in Melbourne und Adelaide, und seit 1851 führten die ersten Goldfunde bei Bathurst ein Zeitalter wilder Spekulation und gewaltigen Menschenzuflusses herauf.

Die Fahrt nach Indien sowohl wie nach Australien wurde den Briten sehr erleichtert dadurch, daß sie sich zu Beginn des 19.

Jahrhunderts (vorübergehend 1795 und endgültig 1806) der holländischen Kapkolonie bemächtigt hatten.

Die Kolonisten, welche die Niederländisch-Ostindische Compagnie hierher gezogen hatte, um ihre Erfrischungsstation mit Landesprodukten zu versehen (s. o.), sahen den Wechsel in der Herrschaft zunächst nicht ungern. Ihre Absatzmöglichkeiten waren unter dem Monopolsystem der N.O.I.C. sehr beschränkt gewesen. Eben das war auch der Grund, warum bereits unter der niederländischen Herrschaft viele den Getreide- und Weinbau aufgegeben und sich weiter im Innern der Viehzucht zugewandt hatten; diese Viehzüchter wurden die Stammväter des Burenvolkes. Unter der britischen Flagge erweiterte sich der Markt zunächst beträchtlich; während der Kontinentalsperre ging viel Wein nach England, später (während Napoleons Gefangenschaft) an die starke britische Garnison in St. Helena und im Kapland selbst. In den zwanziger Jahren verschlechterten sich die wirtschaftlichen Verhältnisse aber wieder, auch begann man den nationalen Gegensatz gegen die Engländer zu empfinden. Die niederländische Lokalverwaltung, die bisher unangetastet geblieben war, wurde eingeschränkt, englische Verwaltungssprache und englisches Gerichtsverfahren eingeführt. Die englische Regierung fing auch an, planmäßig englische Kolonisten ins Land zu ziehen. Am schlimmten aber wirkte es, daß die zahlreich ins Land gekommenen englischen Missionare vielfach die Partei der eingeborenen Bevölkerung, der zu einer Art Hörigkeit herabgesunkenen Hottentotten und der südwärts vordringenden Kaffern, nahmen. War auch ein gewisser Eingeborenenschutz sicher sehr am Platze, so verleitete der Einfluß der Missionen die Eingeborenen häufig zur Arbeitsscheu; ungerechte übertreibende agitatorische Behauptungen der Missionare machten viel böses Blut. Die Abschaffung der Sklaverei, der an sich auch die bisherigen Sklavenhalter zustimmten, schädigte durch die zu geringe Entschädigung die Kolonisten schwer. Und schließlich war der Schutz, den die Regierung den Kolonisten an der Kafferngrenze angedeihen ließ, durchaus unzureichend. Dies alles wirkte zusammen, um einen großen Teil der niederländischen Bevölkerung, oder, wie wir jetzt besser sagen können, des Burenvolkes, zu dem Entschluß zu bestimmen, sich durch Auswanderung der britischen Herrschaft zu entziehen. Im Jahre 1836 setzte der große Burentrek über den Oranje-Fluß nach dem Norden ein. Einer der Burenführer, Peter Retief, sagte damals: „Wir verlassen jetzt das Land unserer Geburt, in dem wir enorme Verluste und beständige Schikanen erduldet haben, und gehen in ein fremdes und gefährliches Land, aber wir gehen dorthin mit der festen Zuversicht zu einem

allwissenden, gerechten und barmherzigen Gott." Ein Teil des Neulandes war menschenleer, aber anderswo stießen die Buren mit den von Norden nach Süden vordringenden Kaffernstämmen zusammen, und es kam zu schweren Kämpfen, in denen sich die Buren siegreich behaupteten. Ein wenig nach Art der alten Germanen traten sie in einer Landesgemeinde zusammen und wählten sich einen Volksrat als Regierung und Gericht. Ein Teil der Buren zog noch weiter nach Norden über den Vaal, und zeitweise haben sie auch Natal besetzt, sind aber hier von den Briten wieder verdrängt worden. Ende der vierziger Jahre hat sogar die britische Regierung, die plötzlich wieder einmal sehr unternehmungslustig wurde, das Land zwischen Oranje und Vaal besetzt und zur britischen Kolonie erklärt, aus ähnlichen Motiven, wie sie in Indien zur ständigen Gebietserweiterung geführt hatten. Man wollte sich gegen die Kaffern Ruhe schaffen und sie in Reservationsgebieten zwischen dem Kapland und den nördlichen Buren ansiedeln. Aber bald trat ein Rückschlag ein, ein äußerst gefährlicher Kaffernkrieg erforderte große Opfer an Geld und Menschen, auch war die Stimmung in England selbst unter dem Einfluß der Freihändler damals einer Ausdehnung des Kolonialgebiets nicht günstig. So wurde 1852 die Unabhängigkeit der nördlich des Vaal (in Transvaal) siedelnden Buren anerkannt, und 1854 auch die Oranje-Kolonie wieder aufgegeben. Es gab fortan neben dem britischen Gebiet in Kapland und Natal zwei unabhängige Burenstaaten in Südafrika.

Indien, Australien und Neuseeland (das ich hier der Kürze halber übergehe) sowie das Kapland waren die Grundsteine zu dem neuen, östlichen Kolonialreich Englands, gewissermaßen die politischen Grundsteine. Denn damit ein wirkliches Briten-Reich daraus werde, und damit überhaupt durch den europäischen Anstoß ein Weltstaaten-System entstehe, mußten noch zwei weitere Bewegungen wirksam werden, oder richtiger: eine Bewegung und ein Bewegungsmittel: die europäische Massenauswanderung des 19. Jahrhunderts und die Dampfschiffahrt.

Auswanderung war von Anfang an mit der europäischen Kolonisation verbunden gewesen, und sie hatte in bevölkerungsschwachen Staaten, wie Portugal und Spanien, auch schon früh eine merkbare Rückwirkung auf die Mutterländer gehabt. Aber seit dem zweiten

Drittel des 19. Jahrhunderts nimmt diese Auswanderung Ausmaße an, die alles frühere weit in den Schatten stellt. Verschiedene Ursachen wirkten zusammen, um dieses Ergebnis hervorzubringen. Das im Verhältnis zum 16. und 17. friedlichere 18. Jahrhundert *) (namentlich die Zeit 1763—1791) hatte das Anwachsen der Bevölkerung begünstigt und auch nach dem schweren Aderlaß der napoleonischen Kriege trat wieder eine lange Friedensperiode ein. Fortschritte in der Hygiene und in der ärztlichen Kunst, Besserung der Volksernährung minderten die Kindersterblichkeit und ließen einen größeren Menschenüberschuß überleben. Die Anwendung der Dampfmaschine als Kraftantrieb und die Erfindung vieler Arbeitsmaschinen erhöhten die Güterproduktion, begünstigten ebenfalls indirekt die Volksvermehrung, ohne freilich dem heranwachsenden landbesitzlosen „Proletariat" zu allen Zeiten ausreichende Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Die periodisch einsetzenden Wirtschaftskrisen, überhaupt unbefriedigende soziale und vielfach auch politische Verhältnisse gaben schließlich den Anstoß, daß große Volksmengen ein besseres Brot in den neuerschlossenen und leidlich befriedeten Ländern jenseits der Ozeane suchten.

So begann — wenn man sich an die absoluten Zahlen hält — die größte Völkerwanderung, die die Erde bisher gesehen hat. In Großbritannien überstieg die Auswanderung zum erstenmal im Jahre 1832 die Ziffer 100 000; bis Ende der fünfziger Jahre ist etwa die Hälfte der Bevölkerung Irlands ausgewandert (soweit sie nicht an Hunger und Cholera zugrunde ging). In Deutschland setzt sie besonders nach 1848 stark ein; anfänglich kamen die Auswanderer namentlich aus Süd- und Westdeutschland (wobei neben agrarischer Uebervölkerung das Scheitern der 1848er Bewegung mitwirkte), in den

*) Die zahlreichen „Kabinettskriege" des 18. Jahrhunderts haben zweifellos (vielleicht abgesehen vom Spanischen Erbfolge- und dem gleichzeitigen Nordischen Krieg sowie stellenweise vom Siebenjährigen Krieg) lange nicht so schwere Bevölkerungsverluste mit sich gebracht, wie die früheren Religionskriege und die barbarischen Vernichtungszüge Ludwigs XIV.

sechziger und siebziger Jahren sind hauptsächlich norddeutsche Landarbeiter und Kleinbauern (vorwiegend aus Mecklenburg und Pommern), die in großen Scharen die Heimat verließen, weil sie keine Möglichkeit sahen, daheim vorwärts zu kommen. Fast alle west-, süd- und mitteleuropäischen Länder, mit Ausnahme allein von Frankreich, wurden, wenn auch in verschieden starkem Maße, von der Auswanderungsbewegung ergriffen, in den sechziger und siebziger Jahren griff sie auf die skandinavischen Länder, noch später erst auf Osteuropa über. Verschieden, wie die Beteiligung der einzelnen europäischen Völker, war auch die Verteilung nach Bestimmungsländern. Aber bei weitem der Löwenanteil entfiel auf die Vereinigten Staaten von Amerika. 1821 bis 1913 sind dorthin, soweit zahlenmäßig erfaßt, über 28 Millionen Menschen von Europa her eingewandert, davon 5½ Millionen aus Deutschland allein und insgesamt wahrscheinlich erheblich mehr Deutsche (denn es kommen noch die Deutschösterreicher, Deutschschweizer usw. hinzu) als Engländer und Schotten, denn vielleicht die Hälfte der 8,1 Millionen britischer Auswanderer nach den Vereinigten Staaten bestand aus Iren. — Erst in weitem Abstande hinter U.S.A. kommen Argentinien, Brasilien und andere Länder. Was das für die Vereinigten Staaten bedeutete, werden wir später sehen. Immerhin erlebten doch auch die nichttropischen Kolonialgebiete unter britischer Flagge durch die Einwanderung einen gewaltigen Auftrieb.

Und dazu kam, daß nun durch die Dampfschiffahrt eine weit schnellere und vor allem regelmäßigere Verbindung über See hergestellt wurde.

Hatte man früher zur Reise nach Kanada durchschnittlich 40 Tage, nach Südafrika 90, also ein Vierteljahr, nach Australien 160, also fast ein halbes Jahr gebraucht, so sank jetzt die Durchschnittsreisedauer auf 10, 21 und 42 Tage. Für das indo-pazifische Kolonialreich Englands wurde besonders wichtig der Bau des Suez-Kanals, der die alte Handelsroute durch das Mittelmeer wieder belebte und den Weg nach Indien und Australien wesentlich abkürzte. Wir sind in der Aera des britischen Freihandels angelangt. Nicht nur der Auswanderer- und Passagierverkehr, sondern auch der Warenaustausch über den Ozean erreichte früher unbekannte Ausmaße.

Das Wachstum der neuen kolonialen Schößlinge war, wie bereits bemerkt, hauptsächlich in einer Zeit erfolgt, wo es einen ernstlichen Rivalen für England auf dem ozeanischen Schauplatz eigentlich nicht gab. Aus älterer Zeit zum Teil, zum Teil aus der Periode

der napoleonischen Kriege gab es allerhand Stützpunkte der Kriegsflotte und des Seeverkehrs auf den Wegen zu den über die ganze Erde verstreuten Kolonien, und lobenswerte Voraussicht der Admiralität und Regierung hatte die Hand auch auf Punkte legen lassen, die erst später Bedeutung gewannen, wie Malta und Aden auf der erst durch den Suez-Kanal eröffneten Route nach Indien durch das Mittelmeer und das Rote Meer. Und doch wäre es verfehlt zu glauben, daß in England, von ganz wenigen erleuchteten Geistern vielleicht abgesehen, damals schon eine deutliche Vorstellung von dem überseeischen „Empire" existiert hätte. Die herrschende Vorstellung in England von den Kolonien war vielmehr und blieb noch sehr lange die alte, daß die Kolonien eine recht nützliche Einrichtung seien, um den Handel zu beleben und sichere Absatzmärkte für englische Baumwollwaren und andere Fabrikate zu schaffen. Aber politisch hielt man die Kolonien eigentlich mehr für eine Verlegenheit, und für die kolonialen Engländer hatte man in der britischen Oeffentlichkeit keine Gefühle besonderer Zuneigung, sondern eher solche der Herablassung. Eine weitverbreitete Ansicht ging dahin, daß man die Kolonien, wenn sie los von England wollten, ohne Bedauern ziehen lassen solle, da sie als Abnehmer der englischen Waren, die nun einmal kraft ihrer Qualität konkurrenzlos seien, auch ohne politisches Band mit England weiter von Nutzen sein würden. Das war so etwa die Meinung der echten, doktrinären Freihändler.

Aber sie blieb doch nicht ohne Widerspruch. Ein unerhörter Glückszufall, wenn man es so nennen will, hatte den Briten die Möglichkeit gegeben, auf ungeheure, vielfach fast menschenleere Gebiete ohne fremde Einmischung die Hand zu legen, sie ihrem Bevölkerungsüberschuß zu öffnen. Gar mancher, der um die Jahrhundertmitte und später kreuz und quer um die Welt reiste, und

überall die britische Flagge wehen sah, begann sich gleichsam erstaunt den Schlaf aus den Augen zu reiben, und sich zu fragen: Ja, wie ist das eigentlich möglich gewesen, daß uns dies alles zugefallen? Robert Seeley hat dieses Gefühl in die berühmt gewordenen Worte gekleidet: „We seem to have conquered and peopled half of the world in a fit of absence of mind." Eine Empfindung dafür begann etwa seit den siebziger Jahren aufzudämmern, daß hier unerhörte Möglichkeiten für Macht und Größe sich öffneten, daß diese Möglichkeiten aber auch Verpflichtungen auferlegten, daß England sich loslösen müsse aus der engen europäischen Betrachtungssphäre, daß es der Mittelpunkt eines auf sich selbst gestellten Weltreiches ganz eigenartiger Struktur sei, eine Art „Welt-Venedig", wie Seeley, ein „Oceana", wie es ein anderer Apostel des britischen Imperialismus, James Anthony Froude, anknüpfend an eine alte Utopie des Sir James Harrington im 17. Jahrhundert, nannte. Es ist sehr reizvoll, gerade in seinem Rundreisebericht (1885) durch die Kolonien nachzulesen, wie unter den Kolonial-Engländern selbst das Gefühl für die Reichszusammengehörigkeit allmählich lebendiger wurde, wie man es etwa in Sydney als Auszeichnung empfand, als die englische Regierung das Angebot, ein australisches Kontingent zur Mitwirkung im ägyptischen Feldzug zu senden, mit Dank annahm, oder wie man die verschiedenen Möglichkeiten für einen Reichsbund „Imperial Federation" draußen diskutierte. Und man kann es verstehen, daß Charles Dilke, der das vielleicht populärste Schlagwort für die Ausbreitung des Britentums erfunden hat: „Greater Britain" (Größer Britannien), seinen Gesamteindruck nach der Rückkehr von einer Weltreise in den stolzen Satz zusammenfaßte: „The world is rapidly becoming English" (die Welt wird in aller Geschwindigkeit englisch).

Wurde sie es wirklich?

VI

Frankreich und Rußland gründen große Kolonialreiche. Japan regt sich und die Vereinigten Staaten von Amerika werden eine Weltmacht

In dem Menschenalter nach den Stürmen der napoleonischen Kriege, als das britische Empire in aller Stille heranwuchs, wie sah es da mit den übrigen alten Kolonialmächten Europas aus? Spanien hatte nur Trümmer gerettet: in Westindien Cuba, in Ostasien die Philippinen, ein paar Inseln, Forts und Städte an der afrikanischen Küste; Portugal stand nach der Loslösung Brasiliens nicht viel besser da, immerhin hatte es in Südafrika an der Ost- und Westküste längere Küstenstrecken behauptet. Die Niederländer hatten wichtige Teile ihres Kolonialreiches wie das Kapland, Ceylon, den Westen von Guyana, verloren, aber doch ihr Inselindisches Reich in seiner Gesamtheit bewahrt. Alle aber begnügten sich ermattet mit dem, was sie noch besaßen, und entfalteten keine eigentliche Expansionskraft mehr.

Von Frankreich hätte man dasselbe erwarten können, hatte es doch in den Revolutions- und napoleonischen Kriegen seine Volkskraft verausgabt, wie kaum ein anderes Land Europas. Aber der französische Ehrgeiz war stärker als bei den drei anderen oben genannten Völkern. Seine Hoffnung, die napoleonische Vormachtstellung in Europa, die durch Moskau und Leipzig gestürzt worden war, wieder zu gewinnen, war bei Waterloo endgültig begraben worden. Zwar nahm Frankreich seinen gewichtigen Platz im System des europäischen Gleichgewichts ein, aber ein Wiederanstieg zu napoleonischer Macht schien bis auf weiteres ausgeschlossen. Da

waren jenseits der Meere noch eher Lorbeeren zu holen. Freilich sah es auch auf dem überseeischen Schauplatz für Frankreich trübe genug aus. Von dem großen Kolonialreich Ludwigs XIV. und XV. war beinahe nichts übrig geblieben: ein paar kleine west- und ostindische Inseln, ein paar Stationen an der Küste von Guyana, Guinea und Vorderindien. Aber in unmittelbarer Nähe winkte eine größere Aufgabe.

Napoleon selbst, der Frankreich dem Ziel, die herrschende Vormacht Europas zu werden, das abendländische Kaisertum zu erneuern, so nahe gebracht hatte, wie keiner zuvor, hatte seine romantisch-koloniale Episode gehabt: den Zug nach Aegypten. Kaum eine seiner Unternehmungen hatte dem phantastischen Zug im französischen Volkscharakter so entsprochen, wie diese; bei den tönenden Reden am Fuße der Pyramiden schwelgte die französische Volksseele in Wonne. Aber der neue Alexanderzug kam nur bis Syrien, nicht, wie er eigentlich gedacht war, bis Indien. Er blieb Episode. Und wir haben schon gesehen, wie Napoleon wenige Jahre später den Vereinigten Staaten den großen Brocken Louisiana gleichsam ernüchtert hinwarf: die koloniale Frage war für ihn erledigt.

Immerhin blieb als Ergebnis des Pyramidenfeldzuges ein beträchtlicher kultureller Einfluß Frankreichs in Aegypten. Mohamed Ali, der Aegypten tatsächlich, wenn auch nicht formell, fast vollständig vom türkischen Reich loslöste, hatte französische Berater. Konnte Frankreich hier immerhin eine Karte gegen England und die Ostmächte ausspielen, so wurden ihm die unmittelbar seiner Küste gegenüberliegenden ehemals türkischen Barbareskenstaaten, Algier und Tunis, selbst reichlich unbequem. Denn noch immer fand das Seeräuberunwesen hier eine Stütze. Endlich im Jahre 1830 bemächtigten sich die Franzosen nach kurzem Bombardement

der Stadt Algier. Das war der Anfang des neuen französischen Kolonialreichs.

Die Eroberung von Algier hat eine längere Vorgeschichte, auf die ich hier aber nicht näher eingehen kann. Zeitweise verband sich die Absicht der Eroberung mit einem etwas phantastischen Plan (dem sog. grand dessein) des Ministers Polignac, durch den er Frankreichs Vormachtstellung in Europa wiederherzustellen hoffte. Aber ausschlaggebend wurde schließlich nur die Notwendigkeit, die beschimpfte Ehre der französischen Flagge zu rächen. Nach gelungener Eroberung der Stadt war man aber eigentlich ratlos, was nun zu tun sei. Die Ansichten waren durchaus geteilt, viele Stimmen sprachen sich durchaus gegen eine dauernde Festsetzung aus. Namentlich wurde damals schon befürchtet, die neue Kolonialpolitik werde Frankreich daran hindern, sein europäisches Ziel, die Rheingrenze, zu erreichen. „Algier ist eine Kugel," sagte der Abgeordnete Passy, „die Frankreich hinter sich herschleppt und die seine Politik in Europa beeinträchtigt. Quant à moi, je donnerais volontiers Alger pour une bicocque („Nest") du Rhin, et le marché serait bon." Das Julikönigtum entschied sich doch dafür, die Eroberung zu behalten, und zwar, weil man wohl einsah, welch' unschätzbare Stärkung die Mittelmeerstellung Frankreichs dadurch erfuhr. Daß England Einspruch erhob, mahnte zwar zur Vorsicht, war aber eher ein Grund dafür, das Gewonnene zu behaupten. Maßgebend waren also durchaus politische Gründe, obwohl wirtschaftliche Erwägungen mitspielten. Zuerst hatte man nur die Absicht, einige Küstenpunkte festzuhalten, und sich im übrigen mit einem Protektorat über die arabisch-berberische Bevölkerung des Innern zu begnügen. Aber diese „Occupation restreinte" erlitt völligen Schiffbruch. In den Jahren 1840—47 führte Marschall Bugeaud die militärische Eroberung weiter Gebiete des Innern durch, und bis 1857 wurde das Werk durch Unterwerfung der widerspenstigen Berberstämme der sog. großen und kleinen Kabylie gekrönt. In diesen Jahrzehnten herrschte die Ansicht vor, man müsse aus Algier eine französische Siedlungskolonie machen. Tatsächlich stieg die europäische Bevölkerung bis 1846 auf über 100 000, bis 1861 auf über 200 000, doch waren die Einwanderer nur zur reichlichen Hälfte Franzosen, im übrigen meist Spanier, Italiener, Malteser. Aber die Erfahrungen, die man machte, waren nicht die besten. Man sah sich demselben Problem gegenüber, wie die Briten in Indien: über eine starke, an Zahl durchaus dominierende einheimische Bevölkerung zu herrschen, die an ihrer Konfession, ihrer Sitte, ihrem Volkstum zäh festhielt. Dies veranlaßte Napoleon III., in den sechziger Jahren sich von der Politik der Assimilation vollständig abzukehren.

In einem Manifest sagte er (1863): „Algerien ist nicht eine eigentliche Kolonie, sondern ein arabisches Königreich. Die Eingeborenen haben das gleiche Recht auf meinen Schutz, wie die Kolonisten, und ich bin ebenso gut Kaiser der Araber, wie der Franzosen." Die Viehzucht und Bodenkultur sollte im wesentlichen den Eingeborenen überlassen bleiben, die europäische Bevölkerung mehr die wirtschaftliche Organisation und Oberleitung in die Hand nehmen und sich auf die Hauptstädte und ihre Umgebung beschränken. Obgleich diese Absichten bei den Kolonisten und auch sonst vielfach auf heftigen Widerspruch stießen, haben sie sich doch durch die Macht der Tatsachen im wesentlichen durchgesetzt.

Algerien ist trotz der knapp halben Million Europäer, die jetzt dort sitzt, ein arabisch-berberisches Land geblieben. Wirtschaftlich hat sich zweifellos ein beträchtlicher Nutzen für Frankreich ergeben. Aber der Grundzug, daß die Herrschaft über die nordafrikanischen Atlasländer für Frankreich vor allem politische Bedeutung hat, daß sie geopolitisch Frankreichs Mittelmeerstellung trägt, hat sich erhalten; die militärische Bedeutung, als Rekrutierungsgebiet für die Armee, ist erst später hinzugekommen, obwohl nordafrikanischen Truppen schon im Krimkrieg (1854/55) und im Kriege 1870/71 mitgewirkt haben. Ein tiefergehendes Interesse für die überseeische Kolonisation hat im französischen Volke nie bestanden. Es ist immer nur ein kleiner rühriger Kreis von Politikern und Interessenten gewesen, der sie getragen hat. Als Jules Ferry 1881 an die Unterwerfung von Tunis ging, um das französische Selbstgefühl über die Niederlage von 1870/71 zu trösten — eine Politik, die bekanntlich und begreiflicherweise die wohlwollende Zustimmung des Fürsten Bismarck fand — stieß er auf schärfste Opposition. Aber das Ehrgefühl verbietet es den Franzosen, aus der einmal gewonnenen Stellung zurückzuweichen, und die Opposition verwandelt sich regelmäßig in nachträgliche Zustimmung. — Weiter südlich von Senegambien und im Sudan ist es gleichfalls wesentlich die Tätigkeit eines energischen und befähigten Generalgouverneurs,

des Generals Faidherbe (1854—1870), gewesen, die aus einzelnen, z. T. schon im 17. Jahrhundert okkupierten Stützpunkten (besonders St. Louis am Senegal) ein großes zusammenhängendes Verwaltungsgebiet gemacht hat. 1849/50 hat man sich ferner an der Küste nördlich des Kongo festgesetzt. So waren die Grundsteine gelegt, der Plan zu einem neuen gewaltigen Kolonialreich war zu erkennen, aber seine Vollendung gehört erst einer späteren Periode an.

Was sonst noch an kolonialen Erwerbungen unter dem Julikönigtum und dem zweiten Kaiserreich hinzukam: Südsee-Inseln, Stationen auf Madagaskar nebst Nachbarschaft, Cochinchina und Kambodja als Anfang eines beträchtlichen hinterindischen Gebiets, kann übergangen werden, weil es, rein vom Prestigegedanken getragen, ernsthafte Bedeutung kaum je gewonnen und eigentlich nur dazu gedient hat, bei den Engländern den Franzosenschreck des 18. Jahrhunderts lebendig zu erhalten.

Freilich war um die Zeit, in der wir uns jetzt befinden, um die Mitte des 19. Jahrhunderts, der Franzosenschreck bereits durch ein wirksameres Stimulans abgelöst: die Furcht vor den Russen.

Wir haben früher das Wachstum der russischen Macht bis zu Peter d. Gr. und vor allem durch diesen selbst, verfolgt. Wir haben gesehen, wie sie sich, nachdem einmal die Macht der tatarischen Khanate diesseits und jenseits des Ural gebrochen war, mit großer Schnelligkeit über den ungeheuren Raum Nordasiens verbreitet hat, weil sie hier nur wenig Widerstand fand; darin liegt eine gewisse Aehnlichkeit mit der englischen Ausbreitung in den menschenarmen Gebieten der Südhemisphere und Kanadas. Die russische Okkupation griff gegen Ende des 18. Jahrhunderts sogar über die Beringstraße auf amerikanischen Boden, nach Alaska über. Es gab Zeiten, wo die Russen ihre Interessensphäre bis in die Breite von San Franzisko vorschoben. Aber hier kam nur die Tätigkeit einer in der Oeffentlichkeit kaum beachteten Pelzhandelskompagnie in Frage. Das politische Interesse konzentrierte sich auf andere Richtungen.

Die Hauptarbeit Rußlands an der Gestaltung des neuen politischen Systems lag in der Zertrümmerung der osmanischen Macht. Darin hat es Oesterreich, den eigentlichen Vorkämpfer des Abendlandes gegen die Türken, erst sekundiert und dann abgelöst. In den

Türkenkriegen der Anna, Katharina II., Alexander I. und Nikolaus I. wird die russisch-türkische Grenze allmählich zurückgeschoben bis an die Donaumündung. Diese fortgesetzten Schläge erschüttern das Gefüge des türkischen Reiches gewaltig. Die christlichen Balkanvölker beginnen sich zu regen und ihre Hoffnung auf Rußland zu setzen. Die Griechen erringen volle, Serben und Rumänen halbe Freiheit. Im Kaukasus hatten schon um die Wende des Jahrhunderts die christlichen Georgier die Hilfe Ruß-

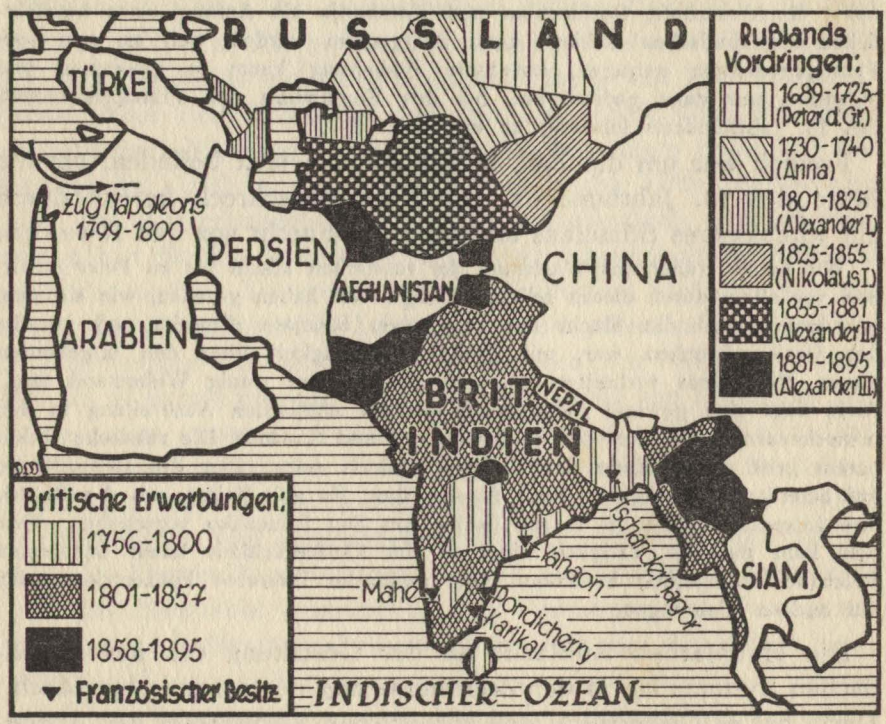


Abb. 6. Die Bedroher Brit.-Indiens und das Wachstum des Brit.-Indien-Reiches

lands gegen die Türken gesucht. Freilich verwandelte sich der neue Schutzherr hier bald in einen Zwingherrn. Und als Rußland 1828 auch einen glücklichen Feldzug gegen Persien führt, ihm das armenische Eriwan abnimmt, wird man in England unruhig. Man meinte, das Klopfen der russischen Faust an den Toren Indiens zu vernehmen.

Das ist eine wichtige Epoche in der Entstehungsgeschichte des Weltstaatensystems. Die frankophobe Periode in der Geschichte Britisch-Indiens wird durch die russophobe abgelöst. Von 1828 etwa datiert der russisch-englische Gegensatz in Asien, der ein markanter Zug im Weltstaatensystem geblieben ist bis zur Gegenwart; man könnte heute sein 100jähriges Jubiläum feiern. Die erste Folge war, daß man sich in England beeilte, vorerst einmal selbst die Schlüssel zu den Toren Indiens in die Hand zu bekommen. Ein unglücklicher Feldzug gegen Afghanistan wurde unternommen, Kaschmir, schließlich die Sikhs im Pandschab (dem Fünfstromland des oberen Indus) unterworfen; das eigentliche Tor, der Khaibar-Paß, kam doch erst 1879 fest in britische Hand. — Mit Sorge sah man auch die Stoßrichtung Rußlands gegen Konstantinopel. Die Meerengen zwischen Asien und Europa durften auf keinen Fall in seine Hände kommen; davon war Schlimmes für Englands Stellung im Mittelmeer zu befürchten. So wird auch hier Frankreich in seiner traditionellen Rolle als Freund der Türken von England abgelöst. 1854—56, im Krimkrieg, setzte England sogar, im Bunde mit Frankreich, seine Wehrmacht ein, um die Türkei zu stützen, und 1877/78 hätte sich der kriegerische Konflikt beinahe wiederholt, als die Russen dicht vor Konstantinopel standen und die britische Flotte ins Marmara-Meer einlief. In der Zwischenzeit hatte nämlich die Mittelmeer-Linie für England eine weit höhere Bedeutung gewonnen, indem der Bau des Suez-Kanals (1869 er-

öffnet) den kürzesten und wichtigsten Seeweg nach Indien durchs Mittelmeer gelegt hatte. Der Bau des Kanals, der wesentlich auf französische Initiative erfolgte, schien noch einmal den französischen Einfluß in Aegypten auf einen Höhepunkt zu bringen. Aber England holte bald nach, was es hier versäumt hatte. Geschickt wußte es die Geldnot des Khediven Ismail zu benutzen, um 1875 den Großteil der Suezkanalaktien in seine Hände zu bekommen. Und als 1882 eine nationale Partei unter Führung Arabi Paschas und der ihm ergebenen Armee (nicht ohne Einverständnis mit der Pforte) die Beseitigung der neuen Finanzkontrolle durch die europäischen Mächte erstrebte, landeten die Engländer eine Truppenmacht, zersprengten die ägyptische Armee, und waren damit Herren im Lande. Dem britischen Reichsbau war ein wichtiges, ja vielleicht sein wichtigstes Stück eingefügt. Frankreich hatte, unter innerpolitischen Einflüssen, eine Mitwirkung abgelehnt, was es später bereuen sollte.

Inzwischen war auch die britisch-russische Reibung in Innerasien immer stärker geworden.

Rußland hatte sich bis zur Mitte des Jahrhunderts durch die Kirgisensteppe hindurch der Zugänge zu West-Turkestan bemächtigt. Mitte der siebziger Jahre besetzte es dieses Land selbst unter heftigen Kämpfen. Die russische Flagge wehte über Samarkand und 1884 über der Oasenstadt Merw, das heißt zum erstenmal unmittelbar an der afghanischen Grenze und somit an der Grenze eines Landes, das zweifellos zur britischen Interessensphäre gehörte (Abb. 6).

Die Möglichkeit eines Einbruchs russischer Truppen nach Indien war jetzt in greifbare Nähe gerückt.

Aber schon hier zeigte sich die Kehrseite der russischen Weiträumigkeit. In ihr lag die Verlockung, die Richtung der Expansion zu verändern, wenn an der bisher bevorzugten Stelle der Widerstand sich versteifte. Und neben der Donaumündung und

den Meerengen, neben dem Kaukasus und den indischen Pässen war Rußland noch an einer vierten Stelle soweit gelangt, daß ein Schritt weiter ihm unbegrenzte Möglichkeiten zu öffnen schien. 1858 hatte Graf Murawiew die Verlegenheiten Chinas (Krieg gegen die Westmächte) benutzt, um mit leichter Mühe die Amurprovinz und das Küstengebiet zwischen dem Ussuri und dem Meere von der Mandschurei loszulösen. 1860 legte er hier, am Zugang zum eisfreien japanischen Meer den Grundstein zu der Hafenstadt, der er den stolzen Namen Wladiwostok „Beherrscherin des Ostens" beilegte.

Hier stieß Rußland allerdings nicht direkt auf England, dagegen auf einen anderen Staat, den man damals noch glaubte als quantité négligeable behandeln zu können: Japan.

Die jahrhundertelange Abgeschlossenheit dieses Inselreiches hatte inzwischen ihr Ende genommen. Im Jahre 1854 war der amerikanische Commodore Perry mit einigen Fregatten in der Bucht von Yeddo erschienen und hatte die Japaner gezwungen, ihr Land dem amerikanischen Handel zu öffnen. Die europäischen Großmächte folgten diesem Beispiel. Das war der Anfang einer vollständigen Umwälzung im politischen und geistigen Leben Japans. Der Schimpf, der Japan durch das Auftreten der Fremden angetan wurde, besonders in der sog. Schimonoseki-Affäre, verursachte einen Aufruhr der Daimios von Chosu und Satsuma gegen den Shogun. Das Shogunat wurde 1867/68 gestürzt und die (zunächst absolute) Monarchie des Mikado (des würdevollen „Meiji Tenno" Mutsuhito) eingeführt, zugleich aber der Anfang mit der Annahme europäischer Methoden in Technik, Verkehrswesen, Wissenschaft und vor allem im Militärwesen gemacht.

Japan bot der erstaunten und zunächst noch etwas ungläubigen Welt das Schauspiel eines fremden Volkstums, das es unternahm, die Europäer mit ihren eigenen Waffen zu schlagen. Das Hauptziel der japanischen Politik war zunächst, sich der lästigen Fessel der europäischen „Kapitulationen" zu entledigen. Bis zum Jahre 1894 war das gelungen. Im gleichen Jahre kam es zu Streitigkeiten mit Korea und China und schließlich zum Kriege, der zu glänzen-

den Erfolgen der japanischen Armee und Marine führte. Die ironische Gönnerhaftigkeit, mit der bis dahin noch viele den Eifer der Japaner betrachtet hatten, machte einer gewissen Besorgnis Platz. Eine neue Großmacht, völlig nichteuropäischer Herkunft, stand auf einmal da! Die Folge war zunächst eine gewisse Ratlosigkeit im europäischen Mächtekonzern. Ich werde später darauf zurückzukommen haben, wie bei dieser Gelegenheit die europäische Solidarität in Ostasien gesprengt wurde und wie es zu dem Einspruch von Schimonoseki kam, der einen wichtigen Abschnitt in der Weltpolitik bedeutet.

Drei Jahre später sahen die europäischen Mächte einen weiteren, freilich an sich schon längst bekannten Rivalen den Schauplatz der weltpolitischen Auseinandersetzungen betreten. Wir haben die Vereinigten Staaten von Amerika zuletzt da verlassen, wo sie in der Monroe-Botschaft von 1823 eine gewisse Vormachtstellung innerhalb der Neuen Welt in Anspruch genommen hatten. Die folgenden Jahrzehnte brachten der Union einen zunächst äußerlich nicht so stark hervortretenden, später aber immer schneller fortschreitenden Zuwachs an Menschen, an Erschließung innerer Kräfte und an wirtschaftlicher Macht. Daß dabei die europäische Masseneinwanderung eine ausschlaggebende Rolle spielte, habe ich bereits erwähnt. Ein großer Teil dieser Menschenmassen strömte dem Nordwesten der Union zu, dem Gebiet südlich der großen Seen bis zum Mississippi, dann auch über diesen hinaus. In Verbindung damit aber begann sich ein innerer Konflikt in drohender Weise zu verschärfen. Vom Bestehen der Union an zeigte sich ein gewisser Gegensatz zwischen den südlichen Staaten und den nördlichen.

In den Südstaaten von Virginien an südwärts dominierte eine zum Teil dem englischen Landadel, den Kavalieren der Stuartzeit und ähnlichen Kreisen entstammende Pflanzer-Aristokratie, deren Herren-Instinkte durch das Vor-

herrschen der Sklavenarbeit in den Baumwollpflanzungen sich noch kräftiger ausgebildet hatten. Die Südstaaten hatten bisher auch die meisten politisch führenden Köpfe geliefert, wie Washington selbst, Madison, Monroe, Jackson usw. Aber die Tage dieser Führerstellung schienen gezählt, denn während die Pflanzer-Aristokratie klein an Zahl war und die Volkszahl der Weißen im Süden überhaupt nur wenig zunahm, schwoll Menschenmenge und wirtschaftlicher Einfluß des sozial viel homogeneren Nordens und Nordwestens ständig an. Der Gegensatz verschärfte sich, als im Norden eine Bewegung für Abschaffung der Sklaverei mit großem Lärm in Szene gesetzt wurde, die im Süden der schon aus anderen Gründen bestehenden Neigung, den Einzelstaaten ein weitgehendes Selbstbestimmungsrecht bis zur „Nullifizierung" der Bundesbeschlüsse und Kündigung der Union zuzusprechen, neue Nahrung zuführte. Ich kann hier nicht des näheren schildern, wie mancherlei einander kreuzende Strömungen schließlich zur Krisis und Katastrophe führten.

Tatsächlich kam es um die Jahreswende 1860/61 zum Austritt einer Anzahl von Südstaaten aus der Union und damit zum Bürgerkrieg. Dieser hat fast genau so lange gedauert wie später der Weltkrieg 1914/18 — etwas über 4 Jahre (1861—1865) —, zu dem er strategisch und geopolitisch in vieler Hinsicht eine Parallele bietet; er hat, nach anfänglichen Erfolgen des Südens, mit dessen vollständiger Niederlage geendet.

Der „Sezessionskrieg" bedeutet einen entscheidenden Wendepunkt in der politisch-sozialen Entwicklung der Union.

Es ist müßig, Vermutungen darüber anzustellen, wie diese Entwicklung weiter verlaufen wäre, wenn die ausgetretenen Südstaaten sich siegreich behauptet hätten; es ist möglich, daß die politische und wirtschaftliche Machtentwicklung der Teilreiche, in die das Unionsgebiet dann zerfallen blieb, minder kraftvoll gewesen wäre, daß die geistige Kultur aber aus der größeren Mannigfaltigkeit der Volks- und Staatengesellschaften Nordamerikas Gewinn geschöpft hätte. So wie die Dinge lagen, wurden die führenden Schichten des Südens vom siegreichen Norden unbarmherzig ruiniert und deklassiert. Die Vorgänge erinnern auch in dieser Hinsicht vielfach an das, was wir in Mitteleuropa in den Jahren nach dem Krieg erlebt haben. Die Negerfrage, die man im Norden naiverweise gelöst zu haben glaubte, wurde jetzt erst recht eine „Frage". Es ist den Weißen des Südens schließlich durch eine

von der Verzweiflung eingegebene Selbsthilfe (Ku-Klux-Klan) gelungen, sich der vom Norden protegierten Sklavenregierungen zu entledigen. Innerhalb der Gesellschaft der weißen Bevölkerung bewirkte die „Rekonstruktion" des Südens immerhin eine viel stärkere Ausgleichung der sozialen Gegensätze; die Pflanzer-Aristokratie und ihr politischer Einfluß war ein für allemal verschwunden.

Nach außen hin aber mußte das Ansehen und die Machtstellung der Union durch den Ausgang des Bürgerkrieges ungemein steigen. Man hatte gesehen, daß ein scheinbar ganz im Geschäftsleben aufgehendes Volk doch zu gewaltigen militärischen Leistungen befähigt war, wenn der Dilettantismus der Unionsgenerale auch viel Kritik und Spott herausgefordert hatte. Das Riesengebiet der Union war nun unwiderruflich zu einer Einheit verkittet, mit Sicherheit nahte der Augenblick, wo die Union alle europäischen Großmächte, nur Rußland etwa ausgenommen, an Volkszahl übertreffen mußte.

Eine der ersten außenpolitischen Folgen dieses erhöhten Ansehens war, daß Rußland die Gelegenheit benutzte, seinen amerikanischen Besitz (Alaska), den es für nicht sehr wertvoll und politisch unter Umständen lästig ansah, an die Union zu verkaufen. Es folgten Jahre außenpolitischer Ruhe, aber enormen wirtschaftlichen Aufschwungs, in denen das Präriegebiet des Westens endgültig besiedelt, der Rest der Indianerbevölkerung auf kümmerliche Reservationen beschränkt wurde. In den 80er Jahren kam die Leitung der auswärtigen Geschäfte zeitweilig in die Hände eines ausgesprochenen Expansionspolitikers, des Staatssekretärs Blaine. Sein Versuch, die südamerikanischen Staaten durch panamerikanische Kongresse (der erste 1889) in das politisch-wirtschaftliche Fahrwasser der Union zu lenken, war allerdings nicht übermäßig erfolgreich, und die von ihm eingeleitete Annexion der Hawai-Inseln scheiterte zunächst am Einspruch des Präsidenten Cleveland (1894).

In den nächsten Jahren traten aber doch Ereignisse ein, die die Union aus ihrer außenpolitischen Zurückhaltung herauslockten. Ein seit 1895 auf Cuba ausgebrochener blutiger Aufstand gegen Spanien fand naturgemäß in den Vereinigten Staaten viel Sympathie und mehr oder weniger offene Unterstützung. Gehörte doch

die Erwerbung der „Perle der Antillen" zu den ältesten Wünschen amerikanischer Imperialisten. Ein unglücklicher Zufall, die Explosion eines amerikanischen Kriegsschiffs im Hafen von Habana, entflammte die spanienfeindliche Stimmung in den Staaten zur Siedehitze und machte den Ausbruch des Krieges schließlich unvermeidlich. Mit verhältnismäßig geringer Mühe wurden Flotte und Armee der Union der Spanier Herr. Die Todesstunde einer der ältesten kolonialen Großmächte war die Geburtsstunde einer neuen! Denn nicht nur, daß die Vereinigten Staaten durch den Krieg mit einem anderen europäischen Staate endgültig den Willen bekundet hatten, sich in der Gesellschaft der Großmächte ihre gebührende Stellung zu schaffen. Sie waren auch durch die halb widerwillig erfolgte Besetzung der Philippinen (denen später noch ein Teil der Samoa-Inseln, sowie nunmehr endgültig Hawai folgte) in den Besitz von Gebieten gekommen, die ihrer staatsrechtlichen und wirtschaftlichen Stellung nach den Kolonien der europäischen Mächte entsprachen, und sie wurden dank der Lage der Philippinen unvermeidlich in die sich zuspitzenden Konflikte Ostasiens hineingezogen. Bereits während der Kämpfe um Manila kam es zu Reibungen zwischen dem amerikanischen Admiral Dewey und dem Chef eines zum Schutz der deutschen Reichsangehörigen dorthin beorderten deutschen Kreuzergeschwaders. Und damit sind wir zu dem Punkt gelangt, wo es unumgänglich wird, die Stellung und Rolle des Deutschen Reiches in dem Kräftespiel der Mächte auf dem Weltschauplatz außerhalb Europas näher zu beleuchten.

VII

Das Deutsche Reich tritt in den Wettbewerb um den überseeischen Raum ein

Durch vier Jahrhunderte haben wir bisher die gewaltige Expansionsbewegung der westeuropäischen Staaten und Völker (Portugal, Spanien, Frankreich, England, Niederlande) einerseits, der osteuropäischen Großmacht Rußland anderseits verfolgt. Unwillkürlich drängt sich da die Frage auf: Wie kommt es, daß ein so zahlreiches, nach Bildung und Wirtschaft so hochstehendes Volk wie das deutsche an dieser Ausbreitung nicht beteiligt war?

Die Frage ist schon für die Entdeckungszeit gestellt worden, wo der wissenschaftliche Anteil deutscher Gelehrter an der Ausbildung der Kartographie und Nautik, wie auch die gelegentliche Betätigung oberdeutscher Handelshäuser an der Kolonialarbeit, wie der Welser in Venezuela, sie zu rechtfertigen schien. Was jene Frühzeit betrifft, so muß zur Antwort darauf hingewiesen werden, daß die Hansestädte, die doch die Hauptträger überseeischen Verkehrs waren, viel zu sehr von der Wahrung und Verteidigung ihres altererbten Handelsbereichs im atlantischen Europa — von Gibraltar bis Nowgorod und bis Bergen — in Anspruch genommen waren, als daß sie Gewicht auf die Indienfahrt oder die Entdeckung neuer Handelsgebiete hätten legen können. Sie waren um 1500 noch die beati possidentes, deren Einfluß freilich im folgenden Jahrhundert starken Abbruch erfuhr: jedoch nicht etwa, wie man oft fälschlich gemeint hat, durch jene Entdeckungen, sondern durch die staatliche Zersplitterung Deutschlands, durch das Unvermögen der Reichsgewalt, die hansischen Interessen politisch zu verteidigen. Von der Eröffnung der portugiesischen Indienfahrt haben die Hansestädte sogar indirekt zweifellos großen Nutzen gehabt, weil ihr Portugal- und Spanienverkehr zeitweise einen glänzenden Aufschwung nahm. Und der entscheidende Grund für das wirtschaftliche Zurücksinken der Hanse (während einzelne Hansestädte, wie Hamburg, relativ günstige Verhältnisse behaupteten), die politische Ohnmacht und die deutsche Kleinstaaterei gegenüber der geschlossenen Kraft der merkanti-

listisch geleiteten Westmächte, verhinderte bis tief ins 19. Jahrhundert ein staatliches Ausgreifen nach Uebersee. Die Anläufe, die etwa der Große Kurfürst, Herzog Jakob von Kurland u. a. in dieser Richtung machten, blieben bloße Anläufe, weil diese Machthaber eine zu schmale Machtgrundlage und nicht genügend freie Hand hatten, um an ihren ersten Griffen festzuhalten. Was wir schon als Hinderungsgrund für die französische Ueberseepolitik beobachtet haben, das galt für sie in verstärktem Grade.

Das Fehlen einer vom Staate selbst geleiteten und betriebenen überseeischen Ausbreitung bedeutet aber kein Fehlen der volklichen Expansion selbst. Sieht man näher zu, so ist eine recht bedeutende Beteiligung deutscher Volkselemente, wenn auch mehr in der Mittel- und Unterschicht, unverkennbar, namentlich in den niederländischen Kolonien. Als dann im 19. Jahrhundert die Schranken merkantilistischer Sperrpolitik im kolonialen Bereiche eine nach der anderen fielen, als der eiserne Ring der monopolistischen Kolonialmächte gesprengt wurde, da machte sich der starke Ausbreitungsdrang sofort in den freigewordenen Richtungen Luft. Der deutsche Schiffahrts- und Handelsverkehr mit den Vereinigten Staaten von Amerika nahm schon sehr bald nach deren Entstehung — noch im letzten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts — ganz überraschende Dimensionen an, und von der großen Beteiligung der deutschen Auswanderer an der Erschließung des amerikanischen Westens habe ich bereits gesprochen. Ebenso kräftig entwickelte sich der Seeverkehr nach den neuen südamerikanischen Freistaaten — der Präses der Hamburger Handelskammer hatte die Nachricht von der endgültigen Unabhängigkeitserklärung jener Staaten mit dem bezeichnenden Ausrufe kommentiert: „Hamburg hat Kolonien erhalten!" In den sechziger Jahren z. B. standen die deutschen Schiffe im Verkehr der brasilianischen Häfen bereits an 2. oder 3. Stelle, im Bereiche gewisser Südsee-Inselgruppen beherrschte das Hamburger Haus Godeffroy schlechthin den Handel, und ebenso begründeten sich die Firma Woermann und andere an

mehreren Punkten der Westküste Afrikas eine äußerst einflußreiche Stellung. Nachdem nun das seit Jahrhunderten erstrebte Ziel einer staatlichen Einigung des deutschen Volkes durch die Bismarcksche Reichsgründung, wenn auch nur im kleindeutschen Umfang, erreicht worden war, war es nur natürlich, daß sich Wünsche geltend machten, das so lange Versäumte im überseeisch-kolonialen Bereich nachzuholen.

Man kann gewiß nicht sagen, daß etwa in den Hansestädten sich ein überhebliches Nationalgefühl geltend gemacht hätte. Die Hamburger und Bremer Schiffahrt und Kaufmannschaft hatten sich aus eigener Kraft, ohne Kanonen und Kriegsschiffe, freilich gefördert durch die im ganzen freihändlerische Stimmung des letzten Menschenalters, ein großes Betätigungsfeld errungen, und sie sprachen mit Anerkennung von dem Schutze, den ihnen britische Kriegsschiffe und Konsuln gelegentlich gewährt hatten. Aber nachdem auch sie nun unter dem schwer erkämpften Symbol der nationalen Einheit, der schwarzweißroten Flagge, standen, empfanden sie es als würdelos, sich an fremde Regierungen um Schutz zu wenden. Außerdem blieben Regungen nationaler Handelseifersucht von britischer und französischer Seite schon in den siebziger Jahren nicht aus. Ferner veranlaßte die große Auswanderungsbewegung dieses Jahrzehnts manche Aeußerungen, daß es erwünscht sei, den Auswandererstrom in Länder unter deutscher staatlicher Hoheit zu lenken.

Es ist bekannt, daß der mächtige Leiter der deutschen Geschicke, Fürst Bismarck, der Forderung nach Kolonien lange Zeit zögernd oder sogar ablehnend gegenüberstand. Er hielt es mit Recht für nötiger, den neuen Bau des Deutschen Reiches innerlich zu festigen und gegen äußere Gefahren zu wappnen, als ihn durch vorzeitiges Eingehen auf koloniale Wünsche in neue Komplikationen zu verwickeln. Betrachtet man die auswärtige Politik Bismarcks nach der Reichsgründung, so ist unverkennbar, daß sie sich noch ganz überwiegend im europäischen Gesichtskreis bewegt, nicht weil er für außereuropäische Fragen blind gewesen wäre, sondern weil die gefährdete geographische Lage des neuen Reiches inmitten keineswegs freundlich gesinnter Nachbarn es erforderte.

Bismarck hat die europäische Gleichgewichtspolitik geradezu auf ihren letzten Höhepunkt geführt und mit unerreichter Meisterschaft als Werkzeug einer langen und segensreichen Befriedung des Erdteils benutzt. Freilich ist uns nachträglich immer deutlicher geworden, daß die Grundlagen dieser Gleichgewichtspolitik damals bereits im Schwinden waren.

Ihre wirtschaftliche Voraussetzung war, wie ich bereits eingangs betont habe, die Autarkie der Großmächte in dem Sinne, daß diese imstande waren, alle wesentlichen Mittel zum Unterhalt ihrer Bevölkerung in Friedens- und Kriegszeiten aus eigenen Mitteln, auf dem eigenen Boden hervorzubringen, was einen beträchtlichen Außenhandel unter normalen Verhältnissen durchaus nicht auszuschließen brauchte. Die zunehmende Verdichtung der Bevölkerung, der Zwang, einen Teil derselben mit Hilfe der Ausfuhrindustrie zu ernähren, auch die ungenügende Nahrungsmittelerzeugung durch auswärtige Zufuhren zu ergänzen, minderte die Autarkie und bedrohte dadurch letzten Endes auch die politische Unabhängigkeit der Großmächte. Der umgekehrte Fall lag bei Rußland vor. Dieses war in der Nahrungsmittelerzeugung völlig autark, aber in der Industrie und im Verkehrswesen rückständig, sowohl materiell wie in der Ausbildung des Personals. Die Gefahren dieses Zustands für den Fall eines europäischen Kriegs wurden von einigen leitenden Männern erkannt und gaben den Anstoß zu der Witte'schen Industrialisierungspolitik. England hatte die Autarkie im Bereiche der Britischen Inseln längst verloren, konnte sie aber im Rahmen seines Weltreiches und seiner Welthandelsbeziehungen weiter behaupten, solange seine absolute Seeherrschaft gesichert war.

Dieser Gesamtzustand begann sich bereits in den achziger Jahren durch eine zunehmende Verschärfung der Rivalität auf den europäischen und überseeischen Märkten anzukündigen. Die eigentlichen Glanzzeiten des Freihandels, der Politik des laissez faire, laissez passer waren vorüber. Und Vorgänge auf diesem, dem Handelsgebiete, die Benachteiligung deutscher Ueberseekaufleute in Afrika durch englisch-französische Abmachungen und Treibereien, die Bitte dieser Kaufleute um politische Reichshilfe, waren es, die bei Bismarck den letzten Anstoß gaben, aktiv in die Kolonialpolitik

einzutreten. Den Gedanken, eine Auswanderungspolitik damit zu verbinden oder die tatsächlich vorhandene große Auswanderung durch die kolonialen Erwerbungen in neue Bahnen zu lenken, hat Bismarck stets entschieden zurückgewiesen — ob mit vollem Recht, mag uns nachträglich zweifelhaft erscheinen. Wie es dem Charakter seines politischen Handelns entsprach, geschah das Nötige, nachdem er sich einmal zum Zugreifen entschlossen hatte, mit großartiger Folgerichtigkeit und unbeirrtem Vorwärtsgehen, Zug um Zug. Innerhalb eines Jahres wurde fast Wunderbares erreicht: die deutsche Flagge wehte an der Küste von Südwest-Afrika, in Kamerun, in Togo, in Neu-Guinea. Das gewaltige Gebiet in Ostafrika, das einer der seltenen Deutschen vom Konquistadoren-Typ, der hannoversche Pastorensohn Carl Peters, mit wenigen Helfern auf eigene Faust dem deutschen Volke gewonnen hatte, wurde nach anfänglichem Zögern unter Reichsschutz gestellt.

Die Formen, in denen diese Hilfe gewährt wurde, verraten deutlich die Gedankengänge, die Bismarck bei der Einleitung einer Kolonialpolitik bewegten. Ihm schwebten als Ideal die englischen Charter-Kolonien vor, Kolonien, die von Handels- und Unternehmer-Gesellschaften auf eigenes Risiko verwaltet wurden, und nur eben den politischen und militärischen Schutz des heimischen Staates genießen sollten. Den Gedanken an Kronkolonien, die vom Reiche selbst administriert werden sollten, wies er zunächst ab; daß die Entwicklung dann doch diese Richtung eingeschlagen hat, braucht uns hier nicht weiter zu beschäftigen.

Daß das ebenso überraschende wie erfolgreiche Eintreten Deutschlands in die Kolonialpolitik in der ganzen Welt großes Aufsehen erregte, kann nicht wunder nehmen. Mit schlechtverhehltem Mißvergnügen hatte man in England dieses Eindringen Deutschlands in eine ihm bisher verschlossene Sphäre angesehen, und es hatte nicht an verschiedenen Versuchen gefehlt, ihm dabei Schwierigkeiten zu machen.

Es kam jedoch Deutschland zugute, daß damals noch die im Grunde kolonialmüde, kleinenglisch-manchesterliche liberale Regierung Gladstone-Granville am Ruder war, was die zögernde, unentschlossene Haltung Englands zum Teil erklärt; freilich, fehlte ihm auch der Entschluß zu entschiedenem Widerstand, so hat doch Gladstone, von persönlicher Abneigung gegen Bismarck geleitet, ihm soviel Steine wie möglich in den Weg geworfen.

Uebrigens stand das Vorgehen Deutschlands keineswegs allein. Die großen Entdeckungen Livingstones, Stanleys u. a. in Zentralafrika, die ungeahnte Aussichten auf die Erschließung gewaltiger wirtschaftlicher Nutzungsgebiete im Kongogebiet eröffneten, hatten einen förmlichen Kolonialrausch hervorgerufen und namentlich zur Gründung der Kongogesellschaft unter dem smarten belgischen Unternehmer-König Leopold II. Anlaß gegeben, aus der dann der Kongostaat hervorging. Bei der Geburt dieses höchst eigenartigen Staatswesens ist Bismarck ein Haupthelfer gewesen, und nicht mit Unrecht hat man gesagt, daß seine Kolonialpolitik auf der von ihm einberufenen Kongokonferenz in Berlin (15. Nov. 1884 bis 26. Febr. 1885) „auf der Höhe ihrer Erfolge stand" (M. v. Hagen).

Für Bismarck war dabei einerseits der Wunsch maßgebend, dieses riesige, dem europäischen Einfluß neuerschlossene Gebiet dem internationalen Handels-Wettbewerb offenzuhalten und damit eine Bresche in das bisherige Kolonialmonopol Englands (das von diesem auch hier durch den englisch-portugiesischen Kongovertrag vom 26. Februar 1884 erstrebt wurde) zu schlagen. Der Kongostaat, dessen Neutralität auf der Konferenz ausdrücklich festgelegt wurde, war ja eigentlich als ein internationales Gebilde, als eine Art gemeinsamer Kolonie der europäischen Mächte und der amerikanischen Union, gedacht. Auf der anderen Seite benutzte Bismarck diese Gelegenheit in meisterhafter Weise zu der kolonialen Entente mit Frankreich, das hier am Kongo besonders interessiert war (es hatte von König Leopold ein Vorkaufsrecht auf das Kongogebiet erworben). Er verband so die koloniale mit der europäischen Politik, indem er durch das Zusammengehen mit Frankreich im außereuropäischen Bereiche England ein Gegengewicht bot, zugleich aber Frankreichs Blick vom „Loch in den Vogesen" nach Uebersee ablenkte, also die Spannung in Mitteleuropa erleichterte.

Wäre diese Politik (die schon bald, besonders durch Ferrys Sturz, ihr Ende fand) von dauerndem Erfolg begleitet gewesen, so wäre schon damals ein entscheidender Schritt geschehen, um das europäische Gleichgewicht in den Zustand eines Weltgleichgewichts überzuleiten.

Auf jeden Fall sind die Wochen der Kongokonferenz, oder etwas weiter gefaßt die Jahre 1884 und 1885, maßgebend gewesen für die ganze politische Gestaltung Afrikas auf ein Menschenalter hinaus. Denn auch südlich vom Kongobecken vollzogen sich damals folgenschwere Ereignisse. Wir hatten Südafrika zuletzt behandelt, als wir von der Gründung der beiden Burenstaaten und der Anerkennung ihrer Unabhängigkeit durch England (1852/54) sprachen. Von einschneidender Bedeutung war die Entdeckung der Diamantfelder im Westen der Burenstaaten Ende der sechziger Jahre, wodurch große Mengen fremder Volkselemente ins Land gezogen wurden. Bald danach war unter Disraeli auch die imperialistische Richtung in England ans Ruder gelangt, und diese nahm unter Benutzung innerer Unruhen 1877 eine erneute Annexion der Transvaalrepublik vor. Vier Jahre später jedoch erhoben sich die Buren unter Führung Paul Krügers, proklamierten ihre Unabhängigkeit und brachten den Engländern eine schwere Niederlage bei. Gladstone, der England durch einen Zulukrieg, die irische und ägyptische Frage, den wachsenden Gegensatz zu Rußland schon genug in Anspruch genommen sah, verzichtete auf Vergeltung und schloß Frieden.

Anders aber dachte ein Mann, der als einer der ersten an der Ausbeutung der Diamantfelder in Kimberley mitgewirkt hatte und der damals schon im Kapland einen bekannten Namen hatte, Cecil Rhodes. Er sah die Gefahr, die den Briten dadurch drohte, daß die Transvaal-Buren Miene machten, das westlich von ihnen ge-

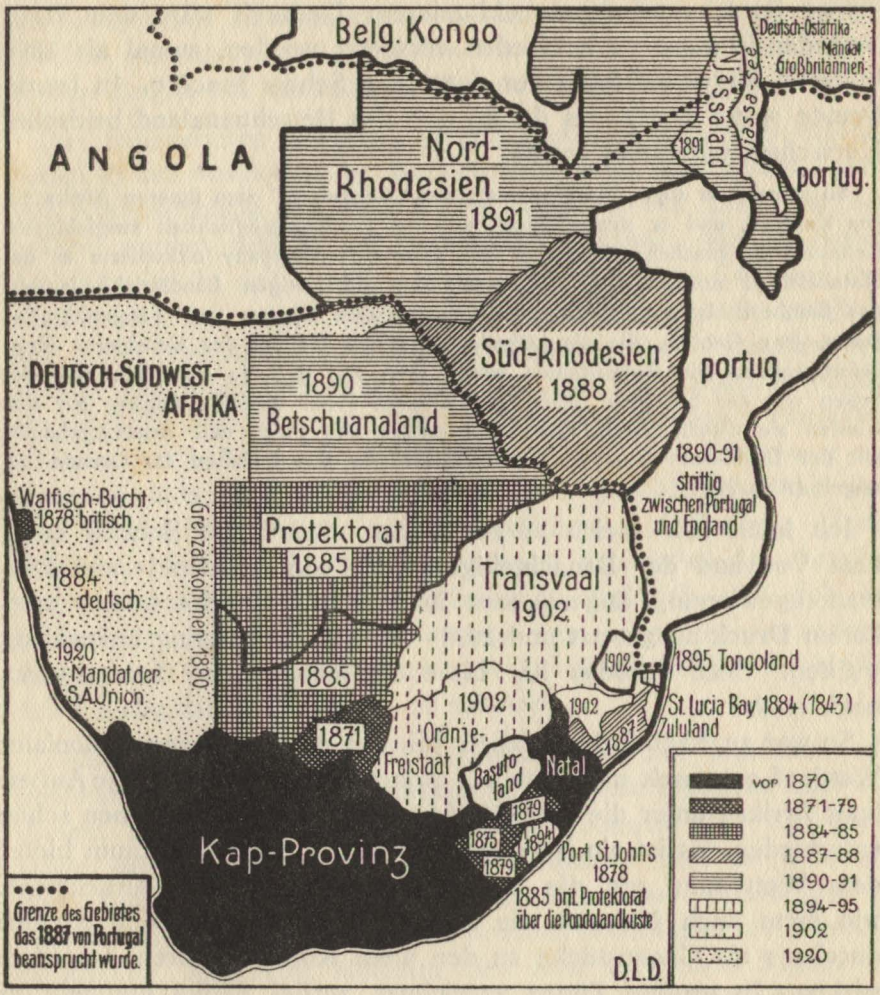


Abb. 7. Cecil Rhodes' Eroberungspolitik in Süd- und Mittelafrika und ihre Auswirkungen

legene Betschuanaland zu okkupieren. Dadurch wäre dem Kapland der Zugang nach Norden versperrt worden, zumal als 1884 Lüderitz Südwestafrika unter deutschen Schutz brachte. In letzter Stunde setzte es Rhodes durch, daß das Betschuanaland britischer Herrschaft unterstellt wurde.

So gewann er den „Flaschenhals", den „Suezkanal" zum inneren Afrika für das Kapland, und er säumte nicht, von der Zugangsmöglichkeit ausgiebigsten Gebrauch zu machen: als Leiter der Chartered Company okkupierte er das Matabeleland nördlich des Transvaal und die riesigen Landstriche jenseits des Sambesi bis an das Kongobecken, an den Njassa- und Tanganjika-See heran, jene Gebiete, die als „Rhodesia" seinen Namen der Geschichte überliefert haben. Die Burenstaaten waren jetzt von drei, ja eigentlich von vier Seiten von der britischen Macht umklammert (vom direkten Zugang zur See wurden sie durch die britische Okkupation des Sulu- und Amatongalandes mit der Lucia-Bai abgesperrt), und damit war ihr Schicksal im Grunde besiegelt (Abb. 7).

Ich kann hier gleich vorausnehmen, daß beide Staaten unter dem Vorwand der Benachteiligung des von der Gold- und Diamantengewinnung angezogenen britischen Elements immer stärkerem Druck ausgesetzt und 1899—1902 im Burenkrieg überwältigt wurden. Cecil Rhodes hat diese Krönung seines Lebenswerks noch erlebt.

So war zu Beginn der achziger Jahre in Afrika ein neuer kolonialer Wettlauf entfesselt und zehn bis zwanzig Jahre später war die Aufteilung Afrikas unter die europäischen Mächte im wesentlichen schon entschieden. Es ist ein Vorgang, der an Großartigkeit kaum hinter dem Wettkampf um die Besitzergreifung Amerikas zurücksteht, wie denn auch Naturen wie Stanley, Karl Peters, Cecil Rhodes durchaus als Gegenstücke zu den alten Konquistadoren Amerikas wirken. In großen Zügen gezeichnet, zerfiel Afrika nunmehr in ein französisches Reich im Nordwesten und ein britisches Reich im Osten und Süden; dazwischen schob sich die Zone der klei-

neren Kolonialmächte, portugiesischer und deutscher Besitz, sowie der Kongostaat. Daß die britische Zone durch diese mittlere unterbrochen war und nicht „vom Kap bis Kairo" reichte, war in britischen Augen ein schwerer Schönheitsfehler.

Das Hinaustreten Deutschlands als Staat aus dem bloß europäischen in den weltpolitischen Bereich hatte noch eine weitere Folge. Die Kolonialpolitik war, wie früher bemerkt, von Bismarck eingeleitet worden, weil er die Notwendigkeit einsah, dem deutschen Außenhandel in neu erschlossenen, zukunftsreichen Gebieten (wie eben Afrika mit seiner riesigen Rohstoffproduktion) die Möglichkeit freier Entfaltung zu schaffen, ungehemmt von fremden Abschluß- und Monopolbestrebungen. Es galt, wie Tirpitz es einmal ausgedrückt hat, ihn von der Gefahr einer bloßen „Parasitenexistenz" zu befreien. In dem Jahrzehnt nach der Erwerbung der Kolonien nahmen der Außenhandel und gleichlaufend mit ihm die Handelsflotte einen außerordentlichen Aufschwung. Damit wuchs die Gefahr, die mit dem weiteren Schwinden der Autarkie verbunden war, und es war vollkommen natürlich, daß sich der Wunsch regte, diese leicht verletzlichen, aber lebenswichtigen Außen- und Seeinteressen durch eine verstärkte militärische Macht, durch einen neuen Flottenbau zu schützen.

Daß in England der deutsche Flottenbau mit Mißfallen aufgenommen wurde, ist selbstverständlich. Vorausgegangen aber war diesem Mißfallen schon längst das Unbehagen über die wachsende deutsche Konkurrenz im Außenhandel und im Seetransport. Bisher jedoch hatte man geglaubt, dieser Konkurrenz im schlimmsten Fall durch kräftiges, brutales Zuschlagen ledig werden zu können. An dieser Meinung hielt man noch nach Beginn des Flottenbaus, der vielfach mit einer gewissen Verachtung quittiert wurde, fest. Erst allmählich, spätestens 1906 erkannte England,

daß es sich in dem Ernst des deutschen Verteidigungswillens getäuscht habe.

VIII

Der Kampf um das Weltgleichgewicht beginnt

Rückschauender Betrachtung ist es klar, daß die politische Entwicklung der Welt, die Gestaltung und Gruppierung der großen Mächte im letzten Jahrfünft des 19. Jahrhunderts in eine Art Reifestadium eintrat. Die Zahl der Wettbewerber um die großen Kampfobjekte (die überseeischen Märkte, Rohstoff- und Siedlungsgebiete) war mit dem Eintritt Japans und der Vereinigten Staaten in ihre Reihe vorläufig abgeschlossen, denn Italien zählte noch nicht ernsthaft mit. Die Interessen waren „angemeldet", die Interessensphären im großen „abgesteckt", und da, wo sie sich überschnitten, bereiteten sich die Entscheidungen langsam vor.

Dabei bestand natürlich — gewissermaßen auf einer tieferen Ebene — das alte europäische Gleichgewichtsystem weiter, jetzt in der Form: hie Dreibund, dort Zweibund, dazwischen in „splendid isolation" England; seine Gegensätze und Konfliktstoffe, deren bedeutendste mit den Schlagworten „Elsaß-Lothringen" und „Balkan" gekennzeichnet werden können, hatten nichts von ihrer Schärfe und Bedrohlichkeit eingebüßt. Im Bewußtsein der Welt waren die beiden Sphären, die der europäischen und die der Weltrivalität, noch keineswegs zu einer Einheit verschmolzen. Anderseits wurden, wie ich bereits früher ausgeführt habe, dem Fortbestand des europäischen Gleichgewichtsystems in seiner geographischen Beschränkung immer mehr die Grundlagen entzogen, weil Deutschland, weniger Frankreich und andere Staaten, dem Beispiel Englands folgend, in zunehmendem Maße die wirtschaftliche Autarkie innerhalb des europäischen Hauptlandes und damit die Basis ihrer Unabhängigkeit einbüßten.

Man hatte in Deutschland vielfach ein Gefühl dafür, daß der Gegensatz gegen Frankreich eigentlich einer veralteten Konstella-

tion entspräche — ebenso wie der Gegensatz gegen Rußland ja auf keiner direkten territorialen oder wirtschaftlichen Kontroverse beruhte —, daß vielmehr England der Gegner sei, der die Lebensmöglichkeit und Unabhängigkeit des deutschen Volkes am meisten bedrohe. Jedoch, indem man kaufmännische Erwägungen ins politische Gebiet übertrug, glaubte man gerade, weil dieser neue Gegensatz ein wirtschaftlicher war oder doch schien, ihn am ehesten durch eine Verständigung aus der Welt schaffen zu können — wobei man freilich, das zeigte das Schicksal des sogenannten englischen Bündnisangebots von 1901, ängstlich besorgt war, sich nicht in eine Vasallenrolle hinabdrücken zu lassen. Dem französischen Revanchegedanken und der von panslawistischen Ideen genährten Eifersucht Rußlands dagegen war mit sogenannten „realpolitischen" Erwägungen offenbar nicht beizukommen, wenn man es auch an wiederholten Entspannungsversuchen nicht fehlen ließ.

Jedoch Deutschland war ein Neuling auf dem weltpolitischen Schachbrett, und wenn auch das Eindringen seines Handels, seiner Exportindustrie und seiner Handelsflotte in die überseeischen Märkte in England zunehmende Besorgnis erweckte, so war es doch um 1895 etwa noch keineswegs entschieden, daß dieses die Partie g e g e n Deutschland machen müsse. England war aus jahrhundertelangen Kämpfen als die einzige noch bestehende Großmacht mit wahrhaft weltumspannenden Interessen hervorgegangen, ihm mußte alles daran gelegen sein, zu verhindern, daß sein Monopol der Seeherrschaft durch ein wirkliches Gleichgewicht der Großmächte auf dem Schauplatz des Weltmeeres ersetzt werde, ihm stand die Entscheidung zu, gegen welchen der andringenden Rivalen, deren Zahl sich ständig gemehrt hatte, es seine Abwehr in erster Linie richten müsse. Noch öffneten sich da viele Möglichkeiten. Erst in dem Jahrzwölft 1895 bis 1907 hat es sich entschieden,

in welcher Konstellation die drohende Auseinandersetzung über die Frage: Weltmonopol oder Weltgleichgewicht? die Mächte vor-

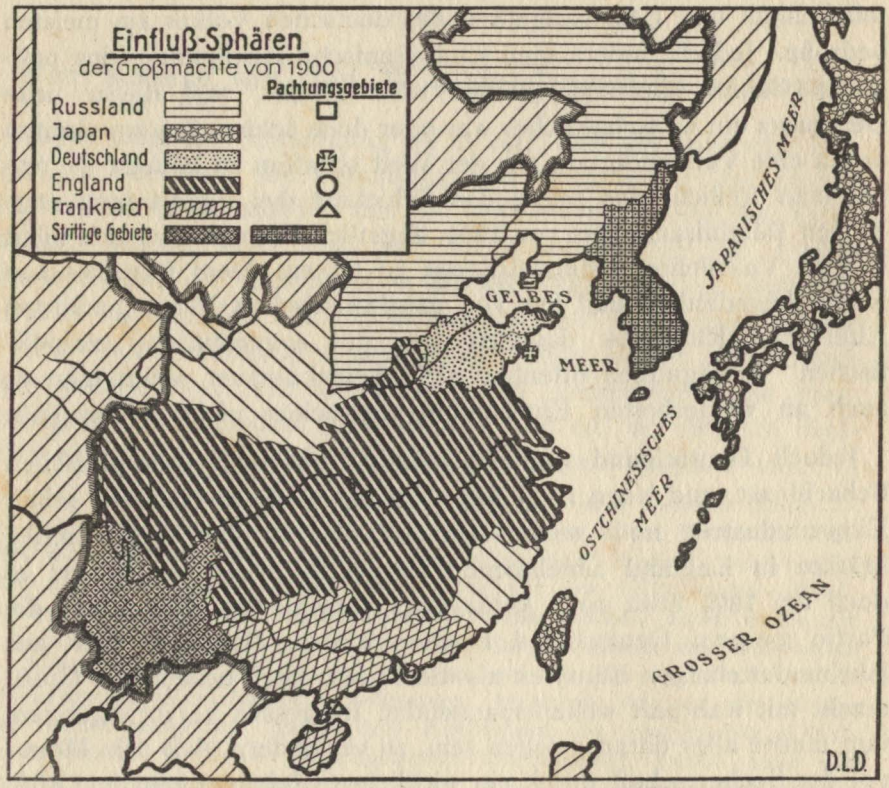


Abb. 8. Die Anspruchsbereiche (Interessensphären) der Großmächte in Ostasien um 1900

finden würde. Es sind gewissermaßen die Jahre des strategischen Aufmarsches zu dieser Auseinandersetzung.

Eine erste Klärung vollzog sich im Fernen Osten. Nachdem die koloniale Aufteilung Afrikas in großen Zügen vollzogen war, wandte sich die Aufmerksamkeit stärker als früher dem gewaltigen chinesischen Reiche zu, das als Staat deutlich der Altersschwäche verfallen war, als Wirtschaftskörper aber große Zukunftsmöglichkeiten zu bieten schien. Man glaubte damals vielfach, daß ihm ein ähnliches Schicksal bevorstehe wie Afrika, eine Aufteilung in Kolonialgebiete oder wenigstens Interessensphären der europäischen oder richtiger der fremden Mächte (Abb. 8). Denn der Ausgang des chinesisch-japanischen Krieges legte die Möglichkeit nahe, daß die neue Großmacht Japan den Anfang mit solcher Aufteilung machen würde, und diese Aussicht erregte ein gewisses Mißbehagen unter den europäischen Mächten, die auf die chinesische Erbschaft bisher allein eine Anwartschaft zu haben glaubten, wobei Rußland den Norden, insbesondere die Mandschurei, England die Mitte, vornehmlich das Jangtse-Tal, Frankreich etwa noch den Süden (Yünnan) im Auge hatte. In erster Linie mußte sich Rußland getroffen fühlen. Als die Absicht Japans bekannt wurde, außer der vollen Unabhängigkeit Koreas von China (d. h. Verwandlung in ein japanisches Protektorat) Landbesitz auf der Halbinsel Liao-tung zu fordern, war es klar, daß Rußland sich dem widersetzen würde; doch bestand in Rußland zunächst keine Neigung, dies allein und unabhängig von den anderen Mächten zu tun. Ein solches Zusammengehen schien auch anfangs durchaus möglich, aber plötzlich schlug die Stimmung in England um, man glaubte auf die bessere Karte zu setzen, wenn man sich mit Japan anfreundete und ihm freie Hand ließ, um für spätere Fälle in ihm einen Bundesgenossen gegen Rußland zu gewinnen. Dadurch hat England die europäische Solidarität in Ostasien gesprengt.

In Deutschland schwankte man, man konnte sich ganz von jeder Aktion fernhalten (aber die starken und wachsenden Handelsinteressen in Ostasien

verboten dies), durfte sich aber jedenfalls nur an einem wirklich gemeinsamen Auftreten der Mächte beteiligen, das nun nicht zustande kam. Denn während England absprang, hielten Rußland und Frankreich an der Absicht des Einspruchs fest, und Deutschland trat auch nicht zurück, weil ein solcher Rückzug ihm starke Feindschaft Rußlands zugezogen hätte, ohne ihm einen verläßlichen Rückhalt an England zu sichern. Seine Haltung, an sich durchaus verständlich und richtig, wurde durch falsches taktisches Verhalten der beteiligten Diplomaten in schiefes Licht gerückt, indem besonders der deutsche Gesandte in Tokio unnötigerweise sich bei der Einspruchsaktion in den Vordergrund schieben ließ und ihr einen drohenden Klang gab.

Japan mußte nachgeben, und so wurde durch diesen Einspruch und den Frieden von Schimonoseki die Lage geschaffen, die zur Auseinandersetzung zwischen Japan (mit England im Hintergrunde) und Rußland führen mußte. Wenn wir von den Auseinandersetzungen über die afrikanischen Kolonien um 1884 absehen, die schließlich noch nicht so weite Kreise zogen, war dies die erste Gelegenheit, wo Deutschland in einer Streitfrage des Weltstaatensystems auftrat und eine folgenschwere Entscheidung traf.

Man kann nicht sagen, daß dieses Auftreten übermäßig glücklich war, doch ist es eine von der englischen Propaganda erzeugte und geförderte Legende, als ob Deutschland sich dadurch den tödlichen Haß Japans zugezogen habe. Ebensowenig geschah dies durch die Festsetzung in Tsingtau (1897), die der Vertretung der deutschen Interessen im ostasiatischen Bereiche einen verkehrstechnisch-militärischen Stützpunkt geben sollte. Japan hatte vorläufig nähere Sorgen.

Die Haltung Englands in Ostasien war natürlich mitbestimmt durch seine allgemeine Besorgnis vor Rußland, d. h. vor einem Angriff auf Indien, die damals gerade ihren Höhepunkt erreichte. Hatte doch Rußland zu dieser Zeit im Pamirgebirge, dem zentralasiatischen „Dach der Welt" seine militärischen Vorposten bis auf Schußweite an die Grenze Indiens vorgeschoben. Aber beide Gegner fanden es vorteilhafter, hier die Entscheidung zu vertagen

und sich dahin zu einigen, daß ein schmaler Streifen afghanischen Staatsgebiets im Pamir als trennende Zone zwischen russischen und englischen Besitz eingeschoben werde. Natürlich ging das wechselseitige Ringen um den größeren Einfluß in den beiden „Pufferstaaten" Afghanistan und Persien weiter.

Eine zweite vorbereitende Entscheidung fiel dagegen in Afrika (Abb. 9). Als England sich 1882 in Aegypten festgesetzt hatte, war dieser Staat gerade im Süden in große Bedrängnis geraten. Ein mohammedanischer Prophet, der sog. Mahdi, trat im Sudan auf, und riß dieses Land, wie auch Nubien vom ägyptischen Reiche los; England beschränkte sich zunächst auf eine schwächliche Defensive. Als aber gegen Ende des Jahrhunderts die Mahdistenbewegung ihren stürmischen Impuls eingebüßt hatte und das Reich des Propheten durch Kämpfe mit Abessinien und den Italienern in Schwierigkeiten gekommen war, hielten sowohl England wie Frankreich die Gelegenheit zu einem großen Schlage für gekommen. Frankreich wollte sein großes nordwestafrikanisches Kolonialreich, das gerade damals im vollen inneren Ausbau war, vom Westsudan, vom Tschadsee und Kongo ostwärts über den oberen Nil bis zu seinen Stützpunkten am Roten Meer ausdehnen, und so in Anlehnung an die mittelafrikanische deutsch-kongostaatlich-portugiesische Zone dem Bestreben der Engländer, ihren süd- und nordostafrikanischen Besitz zu verbinden, einen Riegel vorschieben. Hauptmann Marchand hißte, vom Kongo kommend, am 18. Juli 1898 in Faschoda am Nil die französische Trikolore. Gleichzeitig aber hatte sich schon eine anglo-ägyptische Armee unter Lord Kitchener vom Norden her in Bewegung gesetzt; am 2. September wurden die Mahdisten bei Omdurman vernichtend geschlagen, und bald danach trafen britische Truppen auch in Faschoda ein. Die Aufregung in Frankreich war groß, ein Krieg mit England schien un-

mittelbar bevorzustehen, und ein englisch-französischer Krieg hätte in Anbetracht der engen Beziehungen Frankreichs zu Rußland nur allzu leicht ein englisch-russischer werden können. Aber man wagte in Paris das Aeußerste nicht; es zeigte sich wieder einmal, daß in Frankreich eine afrikanische Schlappe federleicht wog gegen eine Aussicht auf die Rheingrenze. Die Trikolore in Faschoda verschwand, und im folgenden Jahre verzichtete Frankreich durch ein Abkommen mit England endgültig auf seine Pläne im Ost-Sudan. Das war ein entscheidender Wendepunkt in der französischen Politik. Frankreich wurde durch diese Niederlage reif für ein Bündnis mit England, denn die Entscheidung, vor die sie sich bei Faschoda gestellt sahen, hatte den Franzosen wieder deutlich ins Bewußtsein gerückt, daß ihr Hauptziel nicht am Nil oder Kongo, sondern am Rhein liege. Und auch England hatte gesehen, daß Frankreich im überseeisch-kolonialen Gebiete, in der Sphäre der Weltpolitik, kein wirklich gefährlicher Gegner war, der es auf Biegen oder Brechen ankommen ließ.

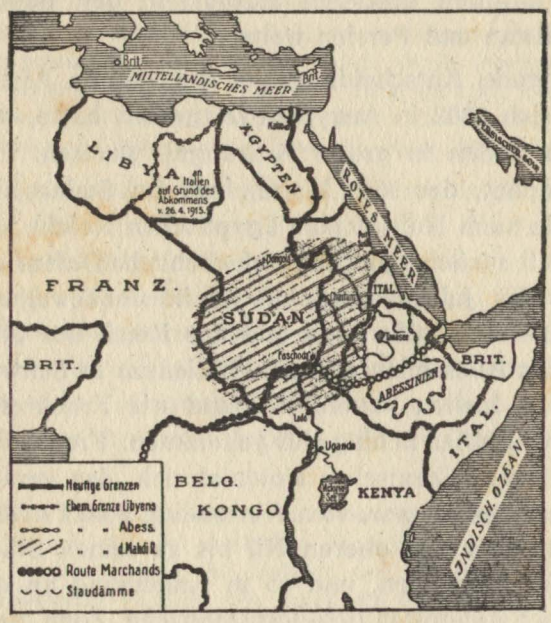


Abb. 9. Ägypten, Sudan, Faschoda 1898

England durchlebte damals schwere und sorgenvolle Zeiten. Es hatte den Burenkrieg zu führen, der alle seine Kräfte in Anspruch nahm, zugleich ihm freilich in erfreulicher Weise zeigte, daß die herangewachsenen Kolonialgebiete mit weißer Bevölkerung ihm im Reichsinteresse ihre Hilfe nicht versagten. Dabei lag die russische Drohung im nahen, mittleren und fernen Osten wie ein Alp auf seiner Brust. Die Nachteile der bisherigen „splendid isolation" traten voll in Erscheinung. Für seine Gegner war die Versuchung groß, Englands Verlegenheit zu einem Angriff zu benutzen. In Deutschland wäre ein solcher Entschluß bei der populären Burenbegeisterung wahrscheinlich mit Jubel begrüßt worden. Die deutsche Regierung versagte sich solchen Ideen aber, weil sie mit Recht fürchtete, daß Frankreich, wo die Volksstimmung an sich ähnlich gerichtet war, im entscheidenden Augenblick abschwenken und seinen Vorteil bei Deutschlands Gegnern suchen würde. Umgekehrt hat England damals daran gedacht, durch ein Bündnis mit Deutschland seine Stellung zu erleichtern, und hat mehrfach, wie wir zuerst aus den Erinnerungen des Frh. v. Eckardtstein und nun aus der Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes erfahren haben, entsprechende Angebote an Deutschland gerichtet, freilich ohne bindende Zusagen zu geben. Die deutsche Regierung hat auch nach dieser Richtung hin wenig Entgegenkommen gezeigt; sie nahm an, daß die von England geforderte Gegenleistung in dem Verzicht auf Ausbreitung des Handels und der Handelsflotte und jedenfalls in dem Verzicht auf den Ausbau der Kriegsflotte bestehen würde, ohne welche die wirtschaftliche Expansion von Englands Gnaden abhing; außerdem sah sie voraus, daß Deutschland von England als kontinentaler Stoßdegen gegen Rußland benutzt werden würde, und das schien unvereinbar mit der noch aus Bismarcks Zeiten bewährten Tradition, den völligen Bruch mit Ruß-

land, der die Gefahr des Zweifrontenkriegs unmittelbar heraufbeschwor, zu vermeiden. Man täuschte sich aber bei uns, wenn man glaubte, noch die Wahl zwischen Rußland und England als möglichen Verbündeten zu haben. Rußland hätte schon damals keinen verläßlichen Rückhalt mehr gegen England geboten, kam also als Bundesgenosse gegen England gar nicht mehr in Betracht, ebensowenig wie Frankreich. In Verkennung dieser Sachlage meinte die deutsche Regierung besser zu fahren, wenn sie die Politik der freien Hand wahrte und durch zögerndes Hinhalten erst durch die „Gefahrenzone" des unfertigen Flottenbaus hindurchlavierte. Denn da Deutschland — in diesen Jahren geradezu als führender Staat — auf die Herstellung eines Weltgleichgewichts lossteuerte, was sich auch wirtschaftlich in seiner „Politik der offenen Tür" äußerte, so glaubte man, nach Fertigstellung des vom Defensiv- und Risikogedanken getragenen Flottenbaus sein Ziel erreicht zu haben. Darin lag zweifellos eine Ueberschätzung der eigenen Kraft. Außerdem litt diese Politik hauptsächlich an dem Fehler, mag man sie auch aus den damaligen Vorstellungen heraus erklärlich finden, daß sie den Gegensatz zwischen England und Rußland als eine unveränderliche Größe annahm und deshalb auch kein Bedenken trug, im nahen Orient ein Feld zu betreten, wo Rußland und England zwar auch bisher widerstreitende Interessen, aber keinesfalls den Wunsch hatten, die Erbschaft einem lachenden Dritten zu überlassen.

Nachdem England gesehen hatte, daß auf eine Verbindung mit Deutschland kaum zu rechnen sei, fand es den gewünschten Bundesgenossen in Japan (1902), mit dem es ja, wie früher bemerkt, seit dem Beiseitestehen 1895 auf gutem Fuße stand. Ueber die chinesischen Boxer-Unruhen (1900), die noch einmal eine Scheinblüte der Solidarität der Fremdmächte in China zeitigten, kann ich hier kurz

hinweggehen. Vier Jahre später forderte der Uebermut Rußlands den Angriff Japans heraus, das sich nicht länger in der Verfolgung seiner natürlichen Ausbreitungsrichtung auf dem benachbarten Festlande hemmen lassen wollte. Die Stunde der Vergeltung für Schimonoseki war gekommen. Zur allgemeinen Ueberraschung erlitt die russische Landarmee schwere Niederlagen, Port Arthur fiel, und die russische Seemacht wurde völlig vernichtet. Freilich hatte auch Japan seine Kräfte aufs äußerste erschöpft, so daß ihm die englische und amerikanische Friedensvermittlung nicht ganz ungelegen kam, die insofern eine Art Gegenstück zu dem Frieden von 1895 bildete, als Japan abermals an der vollen Ausnutzung seines Sieges verhindert wurde. Eine Kriegsentschädigung blieb ihm vorenthalten, und soweit es nach Gewinnung der Mandschurei China als Ziel wirtschaftlicher Durchdringung und Ausbeutung betrachtete, trat ihm in den Vereinigten Staaten von Amerika ein neuer Gegner entgegen. Denn auch diese suchten in China ein Absatzfeld für ihren mächtig aufblühenden Exporthandel.

Mit das wichtigste Ergebnis des russisch-japanischen Krieges aber war dies, daß der russisch-englische Gegensatz an Schärfe außerordentlich einbüßte. Die Rückendeckung, die England Japan gewährt hatte, hatte sich bezahlt gemacht. Der Zusammenbruch in Ostasien hatte zwar zur Folge, daß Rußland sich wieder auf die älteren Expansionsrichtungen in Mittelasien, im Kaukasus und am Schwarzen Meer zurückgewiesen sah. Aber der Krieg und die anschließende Revolution hatten doch eine so auffallende Schwäche Rußlands enthüllt, daß England sich von seiner Sorge um die indische Grenze befreit fühlte. Und als es gelang, im Jahre 1907 durch eine Aufteilung Persiens in eine englische und russische Interessensphäre mit dazwischenliegender neutraler Zone auch zu einer Bereinigung des Gegensatzes im vorderen Orient zu kommen,

sah England durch dieses kluge Entgegenkommen seine Stellung in ganz ungeahnter Weise befestigt, und konnte nun die volle Kraft seiner Abwehr wider ein Weltgleichgewicht gegen den dritten Rivalen, Deutschland, richten.

Mit Frankreich hatte sich England damals schon geeinigt. In dem Vertrage vom 8. April 1904, der die Entente cordiale zwischen den beiden Mächten begründete, verzichteten Frankreich und England wechselseitig zugunsten des Anderen auf ihre politischen Ansprüche in Aegypten und in Marokko. Marokko, dieser wichtige, wirtschaftlich zukunftsreiche Teil der Atlasländer wurde in dem Geheimvertrage de facto an Frankreich ausgeliefert. Daß Deutschland, immer getreu seiner Forderung nach „offener Tür", diese Abmachung und das französische Protektorat nicht anerkennen wollte, wozu es auch als Unterzeichner der älteren Madrider Marokkokonvention von 1880 voll berechtigt war, hat dann bekanntlich zu wiederholten schweren deutsch-französischen Spannungen und zu mühseligen Verständigungen geführt, bei denen die Isolierung Deutschlands schon voll in Erscheinung trat.

England hoffte aber damals, 1905, auch Deutschland noch auf unblutigem Wege als weltpolitischen Gegner abtun zu können, indem es unter Benutzung der Erfahrungen im russisch-japanischen Seekriege einen ganz neuen vielfach stärkeren Großkampfschifftyp, den sogenannten „Dreadnoughttyp" serienweise als Kern seiner Schlachtflotte zu bauen begann. Es rechnete damit, daß Deutschland wie auch die übrigen Seemächte diesen kostspieligen Schritt nicht mitmachen und damit zu hoffnungsloser Unterlegenheit herabsinken werde. Aber gerade das Gegenteil geschah. Die Reichsleitung sagte sich, daß, wenn man jetzt nicht Schritt halten würde, alle bisherigen Opfer vergeblich sein müßten. Ja, sie sah in dieser Wendung sogar einen Vorteil, indem gewissermaßen ein „neuer Start" gegeben war, der auch die ganze ältere englische Schlachtflotte entwerten mußte. So ging auch Deutschland 1906 zum Dreadnoughtbau über, und damit mußte England erkennen, daß Deutschland auf sein weltpolitisches Ziel der freien Hand und des Gleichgewichts nicht verzichten wolle.

Ich muß es mir versagen, in diesem Zusammenhang auf die Einzelheiten der Politik einzugehen, die etwa von 1907 an zum Weltkrieg geführt hat. Dazu wäre vor allem eine viel ausführlichere Behandlung der europäischen Gegensätze und Streitfragen erforderlich, die ja bekanntlich, wie namentlich die Balkanfragen, bei der Entfesselung der Katastrophe eine entscheidende Rolle gespielt haben. Für unseren Zweck genügt es, auf Folgendes hinzuweisen: Frankreich und Rußland hatten sich zu Weltmächten relativ autarkischen Charakters ausgewachsen, die England überhaupt keine oder keine ernsthafte Konkurrenz auf den Absatzmärkten der Welt bereiteten, ihm also wirtschaftlich nicht gefährlich waren. Den deutschen Wettbewerb dagegen empfand England, obwohl sein Außenhandel sich noch in aufsteigender Richtung bewegte, als drückend. Denn die Ausgestaltung des Empire hatte nicht zur Schaffung einer Zoll- und Wirtschaftseinheit geführt (J. Chamberlains Versuch dazu war 1906 gescheitert); England stieß sogar innerhalb der Dominions und Kolonien auf die wachsende deutsche Konkurrenz, und selbst wenn es jene Reichsglieder wirtschaftlich voll beherrscht hätte, so hätten diese die anderen bedrohten Märkte nicht ersetzen können. Zweifellos betrachtete England auch die deutsche Kriegsflotte wirklich als Gefahr, nicht weil es ihr im Ernstfall zu unterliegen fürchtete — das schien bei dem beiderseitigen Stärkeverhältnis ausgeschlossen —, sondern weil sie seine politische Bewegungsfreiheit hinderte.

Zu einer der bedenklichsten Reibungszonen ist in den letzten zwei Jahrzehnten vor dem Kriegsausbruch der vordere Orient geworden. Deutschland hatte hier, etwa seit 1889 und namentlich in den Anfängen mit dem französischen Kapital verbündet, wachsenden wirtschaftlichen Einfluß gewonnen, u. a. die anatolische und ihre Fortsetzung, die Bagdad-Bahn, zu bauen angefangen.

Je mehr es aber hier seine wirtschaftlichen Belange ausbreitete und Kapital investierte, um so mehr begann es auch an der politischen Festigung des Osmanischen Reiches ein Interesse zu nehmen. Deutsche Offiziere waren führend an der Reorganisation der türkischen Armee beteiligt und die Ratschläge des

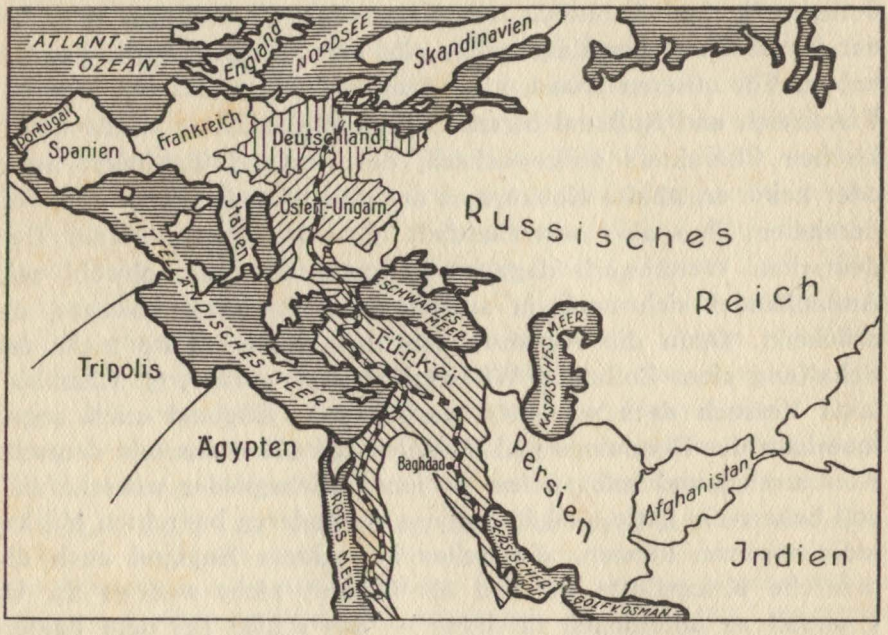


Abb. 10. Die deutsche Orientpolitik (Berlin-Bagdad) und das Bündnis der Mittelmächte im Weltkrieg von 1915-18

deutschen Botschafters fanden bei der Hohen Pforte mehr und mehr Gehör. Die Reise des deutschen Kaisers nach Konstantinopel und Jerusalem im Jahre 1898 unterstrich die Absicht dieser Haltung auffällig.

Diese politische Bindung Deutschlands im Orient hatte ihre großen Gefahren. Sie führte, wie sich seit 1907 deutlich zeigte, England und Rußland zusammen. Rußland war gereizt, daß sein

türkischer Erbfeind in Deutschland einen neuen Helfer fand, der die frühere Stellung Englands und Frankreichs einnahm und, als Verbündeter Oesterreich-Ungarns, auch den russischen Balkanplänen in den Weg trat (Abb. 10). England fürchtete, mit der Bagdadbahn — deren Vollendung auf jeden Fall die militärische Schlagkraft der Türkei nach Südosten verstärkte — Deutschland als politischen Gegner auch am Indischen Ozean und in der Richtung Aegypten auftauchen zu sehen, es fürchtete ferner, durch das Erstarken der Türkei als mohammedanischer Vormacht (mit Deutschland im Hintergrunde) gefährliche Rückwirkungen auf seine mohammedanischen Untertanen und Vasallen im Orient. Dieser Umstand bedeutete — neben der Wirtschaftsrivalität und dem Flottenbau die dritte schwere Belastung des deutsch-englischen Verhältnisses, und, wie mir scheint, die am wenigsten notwendige.

Vielfach wird ja die Reihenfolge umgekehrt und dem Flottenbau die Hauptschuld an der Verschärfung des deutsch-englischen Gegensatzes zugemessen. Indessen schwerlich mit Recht. Zunächst war, wie früher gezeigt, der Flottenbau nur die natürliche Folge der zunehmenden Abhängigkeit Deutschlands vom Außenhandel. Sodann läßt sich gewiß die Frage aufwerfen, ob nicht ein etwas langsameres Tempo im Flottenbau die Spannung gemindert hätte. Durchschlagende Wirkung hätte eine solche Abdrosselung kaum mehr gehabt, da Rußland und Frankreich ohnehin zum Krieg entschlossen waren, und England die Entscheidung, sich an ihre Seite zu stellen, dadurch eher erleichtert worden wäre.

Möglicherweise wird auch die künftige Forschung die Anklage gegen England, den Krieg direkt geplant zu haben, nicht erweisen können. Aber England hat es auf jeden Fall verstanden, sich eine günstige Gesamtlage zu schaffen, und, indem es weltpolitisch der Hauptgegner Deutschlands war und dessen europäische Feinde ermuntert hat, trägt es im tieferen Sinne die Verantwortung für den Kriegsausbruch. Auf der anderen Seite wäre es zwecklos, zu leugnen, daß Deutschland im Kreise der älteren saturierten Groß-

und Kolonialmächte die vorwärtsdrängende, die — wie Paul Lensch ausgeführt hat — revolutionäre Macht war. Neuaufstrebendes Leben ist eben nach dem natürlichen Lauf der Dinge offensiv. Das ist sein Schicksal, nicht seine Schuld.

IX

Der Weltkrieg vollendet das Weltstaatensystem

Auf den Verlauf des Weltkriegs, auf seine einzelnen Phasen und auf das Werk von Versailles, insbesondere im europäischen Bereiche, näher einzugehen, liegt nicht in der Absicht dieses Ueberblicks. Unsere Aufgabe ist nur noch die, die Wirkung des Weltkriegs auf die Ausgestaltung des Weltstaatensystems in kurzer Zusammenfassung zu schildern.

Das alte europäische Gleichgewichtssystem (Abb. 11), von dem unsere Betrachtung ihren Ausgang genommen hatte, besteht als solches nicht mehr, es ist durch den Krieg, vermutlich endgültig, zerstört worden. Das läßt sich auf zwei Vorgänge zurückführen. Einmal ist die Teilnehmerzahl der führenden Mächte verändert: die Habsburgische Monarchie, Oesterreich-Ungarn, besteht nicht mehr, Deutschland ist seiner Machtstellung entkleidet, an allen Grenzen beschnitten, seiner Kolonien beraubt, Rußland ist durch den Verlust sämtlicher Westprovinzen, besonders Polens, aus Europa stark zurückgeschoben; dagegen hat Italien seine Stellung verstärkt. Zweitens hat der Krieg deutlich gezeigt, daß die heutigen Großmächte nur im Zusammenhang und mit Inbegriff ihrer kolonialen Nahrungsmittel-, Rohstoff-, Kraft- und Menschenquellen die erforderliche Autarkie besitzen, um ihre politische Unabhängigkeit (soweit sie wirtschaftlich fundiert ist) zu wahren. Da das innerhalb

der europäischen Grenzen nicht möglich ist, so ist schon deswegen das europäische System gesprengt, es beruht jedenfalls nicht mehr auf einem Gleichgewicht rein oder vorwiegend europäischer Mächte.

Die neuen Oststaaten, die in der „Zone größter Völkermischung" zwischen Deutschland und Rußland entstanden sind, haben zwar alle den Ehrgeiz, Großmächte im Stile des 19. Jahrhunderts zu werden und suchen deshalb fieberhaft ihre Autarkie durch mehr oder minder künstliche Gründung von Industrien (Neuauflagen des Systems Witte im alten Rußland) zu verbessern. Sie mögen auch mit ihren gegenseitigen Eifersüchteleien und Grenzstreitigkeiten und mit Einschluß der beiden verstümmelten Mächte Ungarn und Deutschland eine Art von engerem System bilden. Aber es sind und bleiben Mächte minderen Ranges; um mit den wirklichen Großmächten wetteifern zu können, dazu sind sie hundert Jahre zu spät geboren.

Dagegen ist seit dem Krieg und durch ihn ein wirkliches Weltgleichgewichtsystem in Erscheinung getreten (Abb. 12). Deutschland gehört ihm nicht an. Seine revolutionäre Rolle hat sich in der vierjährigen Selbstbehauptung gegen zehnfache Uebermacht ausgewirkt, aber sie ist auch — auf absehbare Zeit wenigstens — ausgespielt. Wie ein Arnold von Winkelried hat es durch seine heroische Anstrengung eine Bresche in das Seeherrschaftsmonopol des Britischen Reiches geschlagen, hat es die weltpolitische Wage ins Gleichgewicht gebracht — aber andere genießen die Früchte seiner Anstrengung. Entscheidend für die Wandlung war der Umstand, daß die Mächte der Entente, selbst im Bunde mit Rußland und mit einer großen Schar von Trabanten nicht imstande waren, Deutschland zu bezwingen, daß es dazu der Hilfe der Vereinigten Staaten von Amerika bedurfte, und daß die britische Seemacht, wenn auch nicht besiegt, doch mit erheblicher Einbuße an Stärke und Ansehen aus dem Ringen hervorgegangen ist.

Am Ende des Krieges war die Sachlage bereits die, daß die amerikanische Seemacht (wenigstens zahlenmäßig) der britischen über den Kopf zu wachsen drohte, und es war eine Tat weiser Selbstbeschränkung, daß die Vereinigten



Abb. 11. Das europäische Gleichgewichtssytem um 1880

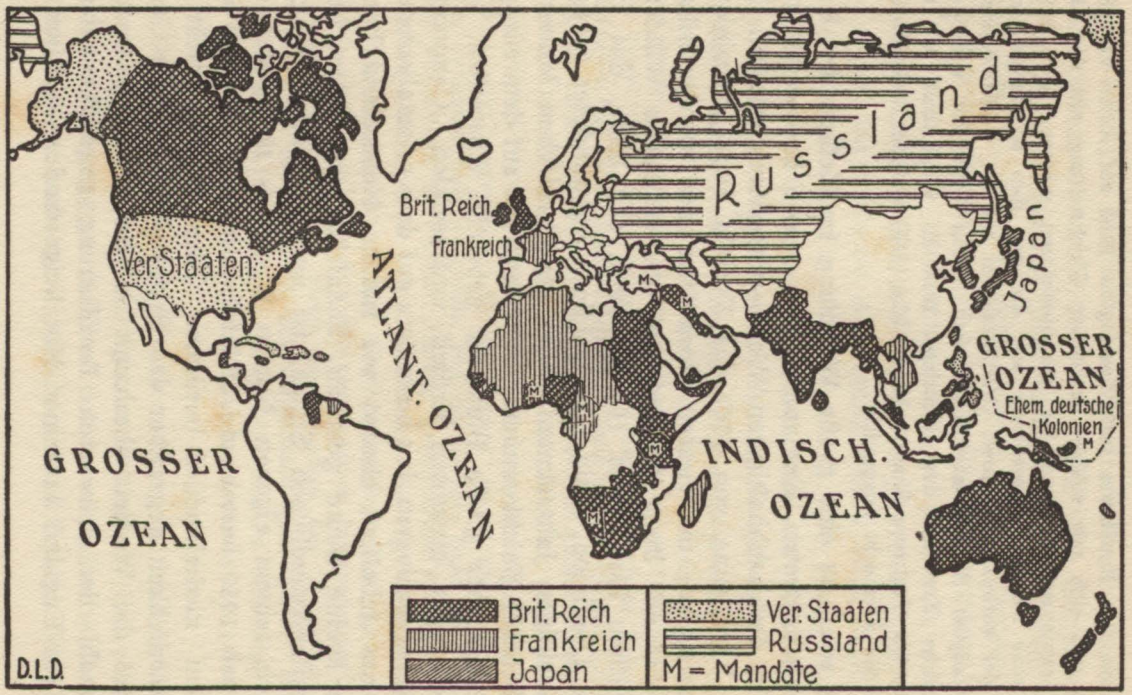


Abb. 12. Das heutige Weltstaatensystem

Staaten auf der Konferenz von Washington 1922 auf ihren Vorsprung verzichteten und sich mit völliger maritimer Gleichstellung mit dem Britischen Reiche begnügten. England hat das hinnehmen müssen. Das besagt, daß der britische Reichszusammenhang und die von ihm abhängige Großmachtstellung der europäischen Insel Großbritannien auf die wohlwollende Haltung der Vereinigten Staaten angewiesen ist. Darin liegt das wichtigste weltgeschichtliche Ergebnis des Seekriegs 1914—18 vor, darin hat sich insbesondere der Tag vom Skagerrak (31. Mai 1916) und der U-Bootkrieg gegen die britische Seemacht ausgewirkt.

Auch sonst ist eine große Wandlung im Gefüge des Britischen Reiches eingetreten. England ist von seinen überseeischen Dominions in der nachhaltigsten Weise unterstützt worden. Kanada, dessen Verfassung von 1867 das Vorbild zum „Dominionstatus" abgegeben hat, die riesige Nordhälfte des nordamerikanischen Kontinents mit ihren Prärien und unermeßlichen Wäldern, eine der größten Korn- und Holzkammern der Erde, das zukunftsreichste Dominion, fähig noch zahllose Auswanderer aufzunehmen und in einigen Jahrzehnten sicher dem britischen Mutterland an Menschenzahl gleichkommend — Kanada hat auf dem europäischen Kriegsschauplatz große Blutopfer gebracht. Australien, seit 1900 zu einem den gesamten Erdteil umfassenden „Commonwealth" zusammengeschlossen, hat besonders auf dem orientalischen Kriegsschauplatz geholfen, ebenso wie Indien. Neuseeland hat in der Südsee leichte Beute gemacht. Südafrika, unter dem burischen, aber britenfreundlichen Smuts, ist unter britischer Flagge vornehmlich seinem eigenen Nutzen in Afrika nachgegangen. Die schon seit 1910 bestehende Südafrikanische Union wird de facto von dem niederländisch-burischen Element beherrscht, dessen Selbstherrlichkeit gegenüber den Briten nur darin ihre Grenze findet, daß die Weißen überhaupt in Südafrika in bedrohlicher Minderzahl der schwarzen Bevölkerung gegenüberstehen. Alle haben sie England in seiner Not beigestanden — aber bei den

Friedensverhandlungen in Versailles (die freilich nur zwischen den Feinden Deutschlands stattfanden) haben sie ihre Gegenrechnung vorgewiesen. Als selbständige Mächte und Staaten haben sie das Friedensinstrument unterzeichnet, neben Großbritannien. Eine Reihe von Reichskonferenzen in London hat sich seitdem bemüht, dieser Wandlung auch verfassungsmäßigen Ausdruck zu geben, und diese Bemühungen sind 1926 zu einem gewissen Abschluß gekommen, wobei die britische Abneigung gegen allzu klare, regelmäßige Konstruktionen, die Vorliebe dafür, die Dinge mit einer gewissen Unbestimmtheit so zu lassen, wie sie von selbst gewachsen sind, ihren bezeichnenden Ausdruck gefunden hat.

Die Dominions stehen jetzt vollkommen gleichberechtigt neben dem Mutterlande, das britische Parlament, der britische Premier- und der Kolonialminister haben ihnen direkt nichts mehr vorzuschreiben. Sie haben (wie schon früher) ihr eigenes Heer-, Zoll- und Finanzwesen, in der auswärtigen Politik sollen alle Reichsfragen nur im Einvernehmen mit ihnen gelöst werden. Allein der König, als gemeinsames Staatsoberhaupt, verbindet auch formell diesen Staatenbund zu einem Ganzen. Doch darf man dieses „Britische Gemeinwesen von Nationen" (British Commonwealth of Nations), wie der offizielle Titel jetzt statt des nicht mehr zeitgemäßen „British Empire" lautet, nicht nur nach dem formal losen Zusammenhang beurteilen. Ein viel festeres Band als Verfassungsparagraphen bilden das in weitem Umfang gemeinsame Volkstum, die gemeinsame geistige Kultur und Lebensanschauung, die eng verflochtenen wirtschaftlichen Beziehungen, namentlich die Abhängigkeit der Ueberseestaaten vom Londoner Kapitalmarkt, endlich die gemeinsamen Interessen nach Außen. Noch immer trägt die britische Flotte die Hauptlast der Reichsverteidigung, das weiß man z. B. in Australien und Neuseeland ganz genau. Ein Staat wie die Südafrikanische Union würde isoliert eine ziemlich schwierige Stellung haben, als Mitglied des britischen Reichs-Konzerns wirft er ein ganz anderes Gewicht in die Waagschale.

Freilich wird die Haltung der Dominions in außenpolitischen Fragen von der jeweiligen Konstellation abhängen. Sie verstärken die britische Abneigung, sich allzu tief in europäische Verwickelungen einzulassen, und den kritischen Punkt ihrer Reichstreue

bildet das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Amerika. In diesen sehen sie ihr eigentliches Vorbild, und der südafrikanische Minister Smuts hat es einmal geradezu ausgesprochen, daß sie den Augenblick begrüßen würden, wo der vor anderthalb Jahrhunderten begangene Irrtum wieder gutgemacht und die Vereinigten Staaten wieder in den Verband der angelsächsischen Staaten eintreten würden. Das ist natürlich unmöglich, es würde die Abdankung Englands von seiner Machtstellung bedeuten.

Ferner findet sich in der Reihe der Dominions eine, die innerlich eine besondere Stellung zu England einnimmt. Das jahrhundertelang geknechtete Irland hat nach Kämpfen, deren Bitterkeit und Schärfe nach dem Weltkrieg ihren Höhepunkt erreichte, von England Dominion-Status zugestanden erhalten. Ungelöst aber und kaum lösbar schleppt sich die Frage des Verhältnisses zum protestantischen Nordosten der Insel (Ulster) fort. Auf jeden Fall ist das dem britischen Volkstum innerlich fremde Irland, mit seiner Lage dicht neben dem Zentrum britischer Reichsmacht, ein Punkt der Schwäche für diese.

Recht eigentlich den Mittelpunkt des Weltstaatensystems der Gegenwart bilden die Vereinigten Staaten von Amerika. In ihrer Großräumigkeit, die gewissermaßen Mutterland und Kolonialländer, Sitze des Verbrauchs und der industriellen Verarbeitung mit Flächen der Rohstofferzeugung innerhalb einer Grenze zusammenschließt, sind sie das Vorbild der modernen autarken Großmacht.

Selbstverständlich bedürfen auch sie gewisser Ergänzungen und Zufuhren, aber praktisch kommen sie dem Ideal einer Großmacht, die imstande wäre, auch einen langen Krieg aus eigenen Hilfsmitteln zu führen am nächsten, ganz abgesehen davon, daß es sich als eine Unmöglichkeit erweisen dürfte, ihren ungeheuren, zwischen Atlantischem und Stillem Ozean gelagerten Staatsraum zu blockieren. Durch den 1914 eröffneten Panamakanal haben sie ihre Ost- und Westseite auch schiffahrtstechnisch in nähere Verbindung gebracht; die politische Vorherrschaft im mittelamerikanischen Bereiche ist die natürliche Folge davon.

Als führende Kapitalmacht und Gläubigernation üben sie einen maßgebenden Einfluß auf das Wirtschaftsleben weiter Teile der Erde aus, wenn auch ihre wirtschaftliche Kraft im Verhältnis zu Europa wohl gelegentlich überschätzt wird.

An geographischer Geschlossenheit eher dem amerikanischen als dem britischen Muster nahestehend, bleibt das Französische Reich an wirtschaftlichem Vermögen weit hinter beiden zurück. Immerhin nimmt es mit seinen 100 Millionen Einwohnern und als stärkste Land-Militärmacht der Welt zweifellos den dritten Platz im Weltstaatensystem ein.

Strategisch und verkehrstechnisch weist dieser große, von einem starken Staatswillen und leidenschaftlichen Nationalgefühl geleitete Reichsraum vom Oberrhein bis zum Kongo zwei Schwächen auf: zwischen das europäische Hauptland und die Atlasländer schiebt sich als verkehrshemmende Zone das westliche Mittelmeer, und zwischen die Atlasländer und den Sudan die 2000 km breite wasserlose Sahara. Die Verbindung mit diesen Reichsteilen ist dem menschenschwachen europäischen Hauptlande aber wegen der Rekrutierung der farbigen Armee militärisch und in zunehmendem Maße auch wirtschaftlich unentbehrlich.

Ein gefährlicher Gegner ist Frankreich in seiner östlichen Mittelmeerflanke besonders in dem aufstrebenden Italien erwachsen. Italien, an Menschenzahl und erst recht an Menschenwachstum das europäische Frankreich übertreffend, dabei auf viel engeren Raum beschränkt, bei der Verteilung der Kriegsbeute seinen schwachen Leistungen entsprechend benachteiligt, strebt unter faschistischer Leitung mit aller Kraft danach, vom Range einer bloß europäischen Großmacht — und das heißt jetzt einer Macht 2. Ranges — zu dem einer Großmacht im Weltstaatensystem aufzusteigen.

Sein natürliches Ausdehnungsgebiet ist einerseits die Balkanhalbinsel und der vordere Orient, wo es aber nur wirtschaftlich und politisch Einfluß üben kann, andererseits Nordafrika, das auch als Auswanderungsgebiet in Frage kommt, namentlich Tunis, das ihm 1881 unmittelbar vor den Augen weg-

genommen wurde. Der französisch-italienische Gegensatz befindet sich wohl noch in den vorbereitenden Kampfphasen; er ist aber, das sei nachdrücklich betont, keine Frage des europäischen Gleichgewichts (obwohl die Rivalität sich auch in Südosteuropa geltend macht), sondern es ist ein Ringen im Weltstaatensystem, da sein Kampfpreis hauptsächlich in Nordafrika liegt.

Richten wir unseren Blick weiter nach Osten, so wird erst die ganze Wandlung offenbar, die der Krieg herbeigeführt hat. In der gesamten Masse der orientalischen und asiatischen Völker, die seit über hundert Jahren mit einer gewissen hilflosen Passivität dem auf überlegene Technik und Militärmacht gegründeten Eroberungs- und Ausbeutungsdrang der Europäer unterlagen, gegen die sie sich höchstens hinter einer hochmütigen, aber ohnmächtigen Verachtung verschanzten, ist ein neues Selbstbewußtsein erwacht. Sie haben zum kleinen Teil gegen die alliierten Feinde Deutschlands gekämpft, zum größeren Teil ihnen Kriegsdienste leisten müssen, und sind in beiden Fällen mit den modernen technischen Hilfsmitteln und mit dem Wesen europäischer Kriegführung besser vertraut geworden. Die schwere Bedrängnis ihrer europäischen Herren ist ihnen nicht entgangen. Die alte politische Lässigkeit, aufgewogen durch innerliche Ablehnung europäischen Denkens, hat sich in ihr Gegenteil verkehrt. Man will politisch unabhängig sein und ist dafür bereit, alte religiöse, kulturelle und soziale Vorurteile zu opfern. Das Vorbild dazu hat Japan gegeben, und wie einst dort, so äußert sich der Umschwung oft in etwas grotesken Aeußerlichkeiten und Ueberschwänglichkeiten, über denen man aber den Ernst dieser Bewegung nicht verkennen darf.

Das Osmanische Reich gehört der Vergangenheit an, aber die auf Anatolien, Armenien und Kurdistan beschränkte verjüngte Türkei hat mit unverkennbarem Erfolg den neuen Weg beschritten. Ihr folgen in ähnlicher Weise Persien und Afghanistan, die ersten beiden unter diktatorischer Leitung kraftvoller Emporkömmlinge. So bildet diese Reihe gewissermaßen eine Fortsetzung der ost- und südosteuropäischen Mächte mittleren Ranges.

Die neuen Staaten arabischer Bevölkerung unterstehen einstweilen noch zumeist starker europäischer Bevormundung (durch England und Frankreich), aber auch unter ihnen erregt das Wahabiten-Königtum Ibn Sauds von Nedschd und Hedschas bereits Aufmerksamkeit als ein nationales Zentrum von bemerkenswerter Unabhängigkeit. Und diese nationale Bewegung, die zum Teil auch religiöse Färbung trägt, wirft ihre Wellen durch ganz Nordafrika, wie die ständige Unruhe in Aegypten und die Aufstände der Rif-Kabylen beweisen. Freilich halten England, Frankreich und Italien diese Gebiete so fest in ihrer Hand, daß an eine politische Umwälzung auf absehbare Zeit hier nicht entfernt zu denken ist; namentlich England wird seine Stellung in Aegypten und im Sudan, die ihm sowohl geopolitisch (als Verkehrspaß nach Indien) wie wirtschaftlich (Baumwolle) unentbehrlich ist, bis zum äußersten verteidigen.

Anders als im vorderen Orient liegen die Verhältnisse in Indien. An sich erscheint es fast wie ein Wunder, daß dieses gewaltige Land, eigentlich ein Erdteil für sich, hinter den zentralasiatischen Hochgebirgen, mit seiner dichten Bevölkerung von über 300 Millionen, auch heute noch der britischen Herrschaft unterliegt. Aber diese Menschenmassen zerfallen in viele sprachlich geschiedene Völker, und, was noch schwerer wiegt, sie spalten sich in Anhänger des Islam (rund 70 Millionen) und Angehörige der Hindu-Konfessionen, die sich als anscheinend unversöhnliche Feinde gegenüberstehen. Gerade die dichte Anhäufung der auch sozial keineswegs homogenen Bevölkerung scheint eine nationale Erhebung eher zu erschweren. Freilich haben sich die britischen Machthaber durch die Verleihung einer Verfassung (1919) auf einen gefährlichen Weg begeben müssen, und die Sicherung der Herrschaft über Indien, das geopolitisch wie wirtschaftlich den Kern der um den Indischen Ozean gelagerten britischen Reichsgruppe bildet, ist eine Quelle ständiger Sorge.

Der sorgenvolle Blick richtet sich namentlich nach Nordwesten, nach Sowjet-Rußland. Der Zarenstaat ist im Weltkrieg zusammengebrochen, aber es war doch nur ein Zusammenbruch der funktionellen Staatsstruktur, wenn auch begleitet von schweren wirtschaftlichen und sozialen Katastrophen, kein Zusammenbruch des russischen Volkstums. Das beherrscht nach wie vor den weiten Raum der osteuropäisch-nordasiatischen Tiefebene vom Dnjepr bis zum Stillen Ozean. In seiner Raumgröße, seiner da-

durch bedingten Unangreifbarkeit, seiner vielfältigen Naturausstattung stellt es ein Gegenstück zu den Vereinigten Staaten von Amerika dar, wenn es sich mit diesem Reiche auch weder an natürlichem Reichtum noch an Willensenergie der Bewohner messen kann. Trotz seiner gegenwärtigen wirtschaftlich-technischen Schwäche ist es eine Weltmacht geblieben. Seine aktive Kraft äußert sich vor allem in seiner politischen Propaganda, die mit ihrem Aufruf zu sozialem Umsturz und Abwälzung der Fremdherrschaften bei den Völkern Asiens fast mehr Widerhall gefunden hat als in Europa. In dieser Führerrolle stehen die Russen, trotz ihrer europäischen Herkunft und ihrer immer noch sichtbaren engen geistigen Verwandtschaft mit dem europäischen Abendland, in einer Reihe mit den Asiaten, eine Einsicht, die sogar im russischen Emigrantentum Platz greift (Eurasische Bewegung). In der speziellen Auswirkung dieser aktiven politischen Werbung auf Indien, also gegen England, hat Sowjet-Rußland einfach die Erbschaft des Zarenstaates übernommen.

Am deutlichsten ist der Erfolg dieser Propaganda bisher freilich nicht im britischen Indien (eher noch im niederländischen) hervorgetreten, sondern in China. Auch dieses alte, gewaltige Kulturland erscheint vermöge seiner Raumgröße, seiner Menschenzahl, seiner wirtschaftlichen Autarkie als berechtigter Anwärter auf den Rang einer Weltmacht. Es hat allerdings nach dem Fall der Monarchie noch lange keine feste politische Gestalt gewinnen können. Vom ständigen Kampf der Parteien und Usurpatoren, namentlich selbstsüchtiger Heerführer mit ihren Söldnerarmeen, umgewühlt, hat es den europäischen Einfluß weniger aus eigener Kraft als infolge der sichtbaren Schwäche der europäischen Mächte zurückzudrängen vermocht. Neuerdings, nach der Niederlage des nord-

chinesischen Machthabers Chang Tsao-lin, scheint es auf dem Wege zur inneren staatlichen Befestigung rascher voranzuschreiten.

Japan selbst endlich, das, wie ich schon sagte, das Vorbild aller dieser, Europa mit den eigenen Waffen schlagenden, Befreiungs- und Verselbständigungsbestrebungen geliefert hat, war seinerseits bedacht, die Konjunktur des Weltkrieges zu einer weitgehenden wirtschaftlich-politischen Expansion nach China hinein zu benutzen. Wenn ihm das im wesentlichen mißlungen ist und es den Rückzug aus schon gewonnenen Stellungen hat antreten müssen, so ist das in der Hauptsache auf die Gegnerschaft der Vereinigten Staaten von Amerika zurückzuführen, die nicht gesonnen waren, den großen chinesischen Markt den Japanern preiszugeben, und auch deswegen der Ausdehnung japanischer Macht entgegenwirkten, weil sie zeitweise im Gefolge japanischer Auswanderungsbestrebungen Invasionsgelüste des Inselreichs auf amerikanischem Boden fürchteten. Auch Erdbeben und innere politisch-soziale Wandlungen haben in den letzten Jahren lähmend auf Japan eingewirkt. So hat auch hier die Konferenz von Washington 1922 einen vorläufigen Beharrungszustand geschaffen.

Wir sehen also heute ein über die ganze Erde verteiltes Gleichgewichtsystem vollendet, das hauptsächlich die Vereinigten Staaten von Amerika, das Britische Commonwealth, Frankreich, Japan und Rußland als Großmächte ersten Ranges umfaßt, während einige weitere Staaten, wie Italien und vielleicht einmal China, bestimmt erscheinen, in diese Reihe mit einzutreten, andere sich mit einer führenden Rolle in lokalen Systemen zweiten Grades begnügen. Es versteht sich von selbst, daß das jetzige Bild des Weltgleichgewichtsystems kein endgültiges ist. Verschiebungen können und werden aus den verschiedenartigsten Ursachen eintreten. Es genüge, an die Petroleumfrage zu erinnern, oder die sicher noch

weit wichtigere Bevölkerungsfrage. Die Zu- und Abnahme der Bevölkerung muß die Machtstellung der Staaten beeinflussen. Ganzen Gebieten von Erdteilsgröße, wie Südamerika und Kanada, wird ohne Zweifel mit der wachsenden Bevölkerung ein verstärktes Machtgewicht zufallen.

Das deutsche Volk wird nur dann die Machtstellung einnehmen können, auf die es kraft seiner Zahl, seiner geographischen Lage, seiner Energie und seiner technisch-geistigen Bildung Anspruch hat, wenn es sich im Willen zur nationalen Selbstbehauptung und Unabhängigkeit einigt — einem Willen von der Stärke und Leidenschaft, wie sie nur der Glaube verleiht, eine Sendung der Gottheit zu erfüllen.

Literatur

zur weiteren Einführung in die behandelten Fragen

Kapitel I und Allgemeines:

Schäfer, Dietrich: Weltgeschichte der Neuzeit. 2 Bände. Berlin 1907 ff.

Windelband, Wolfgang: Die auswärtige Politik der Großmächte in der Neuzeit (1494—1919). 2. A. Stuttgart u. Berlin 1925.

Roloff, G.: Geschichte der europäischen Kolonisation seit der Entdeckung Amerikas. Heilbronn 1913.

Für die grundsätzliche Betrachtung des älteren europäischen Systems:

Ranke, L. v.: Die großen Mächte (sämtliche Werke 24).

Lenz, Max: Die großen Mächte. Ein Rückblick auf unser Jahrhundert. Berlin 1900.

Kapitel II.

Rein, Adolf: Der Kampf Westeuropas um Nordamerika im 15. und 16. Jahrhundert. Stuttgart und Gotha 1925.

Friederici, Georg: Der Charakter der Entdeckung und Eroberung Amerikas durch die Europäer. Bd. 1, Stuttgart und Gotha 1925.

Günther, S.: Das Zeitalter der Entdeckungen (A. Natur und Geisteswelt 26). Leipzig 1920.

Vogel, W.: Hugo Grotius und der Ursprung des Schlagwortes von der Freiheit der Meere (Meereskunde). Berlin 1917.

Kapitel III.

Für das Azteken- und Inkareich vgl. Konrad Häbler, Amerika, bes. Kap. 2—5, 8—9 in Helmolts Weltgeschichte, Bd. I Abschn. V. 2. A. Leipzig 1912.

Ranke, L. v.: Die Osmanen und die Spanische Monarchie im 16. und 17. Jahrhundert (Sämtliche Werke 35, 36).

Ritter v. Sax, L.: Geschichte des Machtverfalls der Türkei bis Ende des 19. Jahrhunderts. Wien 1908.

Sten Konow: Indien unter der englischen Herrschaft. Tübingen 1915.

Roberts, P. E.: India (Historical geography of the British dominions (früher Colonies, Dependencies). Bd. VII. Part 1 und 2 Oxford 1916—23.

Krause, F. E. A.: Geschichte Ostasiens. 2 Bände. Göttingen 1925.
Platonow, S. F.: Geschichte Rußlands vom Beginn bis zur Jetztzeit. Leipzig 1927.

Kapitel IV.

Außer Roloff (s. o. z. Kap. I.), Rein, Friederici (zu Kap. II.), Häbler (Kap. III) vergl.:
Wätjen, H.: Das holländische Kolonialreich in Brasilien. Gotha 1921.
Historical Geography of the British Dominions, Bd. V. Canada, Part 1 von P. L. Lucas (1916), Part 2 von H. E. Egerton (1923), Part 3 von Rogers (1911).
Luckwaldt, W.: Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika. 2 Bände. Berlin und Leipzig 1920.

Kapitel V.

Ueber Indien s. Konow und Roberts (oben zu Kap. III), über Australien:
Rogers: Australasia (Historical Geography of the British Dominions, Bd. VI. 2. A. hrsg. von Kershaw, Oxford 1915).
Ueber das Kapland:
Geyer, A. L.: Das wirtschaftliche System der Niederländisch-Ostindischen Kompanie am Kap der guten Hoffnung 1785—1795. München und Berlin 1923, und Lucas, South Africa (Hist. Geography usw. Bd. IV., P. 1 und 2).
Dilke, Charles: Greater Britain, 2 Bände, London 1868 und öfter.
Seeley, Robert: The Expansion of England. Leipzig (Tauchnitz) 1884.
Froude, J. A.: Oceana or England and her colonies, London 1886.
Egerton, H. E.: The Origin and Growth of Greater Britain. An Introduction to Sir. C. P. Lucas' Historical Geography. Oxford 1924.
Kuske: Die Bedeutung Europas für die Entwicklung der Weltwirtschaft. Köln 1924.

Kapitel VI.

Darmstädter, P.: Geschichte der Aufteilung und Kolonisation Afrikas seit dem Zeitalter der Entdeckungen. 2 Bände, Berlin und Leipzig 1913—20.
Ueber Rußland s. Platonow (oben z. Kap. III) und Hoetzsch, Rußland. Eine Einführung auf Grund seiner Geschichte. 2. A. Berlin 1917.
Ueber die Ver. Staaten s. Luckwaldt (oben zu Kap. IV).

Kapitel VII.

Schäfer, D.: Das Zeitalter der Entdeckungen und die Hanse (Hansische Geschichtsblätter 1897).

Hagen, M .v.: Bismarcks Kolonialpolitik. Stuttgart und Berlin 1923.
Ueber Südafrika s. Lucas (oben zu Kap. V).
Ueber die Flottenpolitik vgl. bes. v. Tirpitz, Erinnerungen, Leipzig 1919, und H. Herzfeld, Der deutsche Flottenbau und die englische Politik (Archiv für Politik und Geschichte 1926).

Kapitel VIII u. IX.

Friedjung: Das Zeitalter des Imperialismus 1884—1914. 3 Bände. Berlin 1919—22.
Hashagen, J.: Umrisse der Weltpolitik 1871—1914 (A. Natur und Geisteswelt 553, 554). Leipzig 1918.
Kjellén, R.: Die Großmächte und die Weltkrise. Leipzig 1921.
Hartung, F.: Deutsche Geschichte von 1870—1914. Bonn und Leipzig 1920.
Becker, O.: Bismarck und die Einkreisung Deutschlands (bisher erschienen Bd 1 u. 2, Berlin 1923—25; ein 3. Bd. ist noch zu erwarten). Vgl. auch O. Beckers Aufsatz: Bismarck und die Aufgaben deutscher Weltpolitik (in der Delbrück-Festschrift 1928: Am Webstuhl der Zeit, S. 103—122).
Franke, O.: Die Großmächte in Ostasien von 1894—1914, Braunschweig und Hamburg 1923.
Meinecke, F.: Geschichte des deutsch-englischen Bündnisproblems 1890—1901. München 1927.

Weitere Literaturangaben über die Kriegs- und Vorkriegszeit findet man u. a. in Herre-Jagow, Handwörterbuch der Politik, 2 Bände, Leipzig. 1923.

Statistische Zahlen im Gothaischen Jahrbuch für Diplomatie, Verwaltung und Wirtschaft (Gotha, J. Perthes, jährlich), in Hübners Statistischen Tabellen, in Statesman's Yearbook usw.

Die großen Aktenpublikationen der am Kriege beteiligten Mächte sind bisher nur für Einzeluntersuchungen verwertet worden. Eine Gesamtdarstellung des heutigen Weltstaatensystems etwa im Stile von R. Kjelléns „Großmächten" (s. o.) fehlt bisher, ist auch bei den seit dem Kriege sehr labilen Verhältnissen schwer zu geben. Einzelne Hinweise u. a. bei A. Grabowsky, Deutschland und das Weltbild der Gegenwart, Berlin 1928. W. Vogel, Das neue Europa und seine historisch-geographischen Grundlagen (3. A. Berlin 1925) und bei M. Langhans, Die Verfassungen des Erdballs, Gotha 1927, sowie in zahlreichen Aufsätzen bes. folgender Zeitschriften: Zeitschrift für Politik, Zeitschrift für Geopolitik, Archiv für Politik und Geschichte.

Dr. Wilhelm Ziegler

Einführung in die Politik

2. Aufl. 6—8. Tausend 1929

„ein modernes Buch, empfangen von Deutschlands Not und geboren aus der Sorge um Deutschlands Zukunft. Wer Anregung sucht, findet sie darin in Hülle und Fülle, und ein aus guten Quellen geschöpftes statistisches Material wird durch Zeichnungen und Karten wirksam veranschaulicht.
Kölnische Zeitung.

„... ist wie kein anderes geeignet, dem Ziel der Interessierung des gesamten Volkes an der Politik näherzuführen." Leipziger Volkszeitung.

„Der Preis des Buches ist angesichts der ausgezeichneten Ausstattung, die ihm der Verlag hat zuteil werden lassen, mäßig und wird der Wirkung in die Breite und Tiefe unseres Volkes zugute kommen."
Münchner Zeitung.

„Das Buch trägt seinen Titel mit Recht. **Nicht nur der politisch interessierte Laie,** sondern **auch der berufsmäßige Politiker** wird aus diesem Buche **eine Fülle** von Belehrungen und Anregungen **schöpfen."**
Hamburger Fremdenblatt.

„Sie haben damit ein ausgezeichnetes Werk geschaffen, das zur Verbreitung politischer Bildung im deutschen Volke wesentlich mit beitragen wird." Gouverneur z. D. Dr. Schnee, M. d. R.

„Ich habe schon bei der allerersten flüchtigen Durchsicht gesehen, daß es hochinteressant sein müsse, und habe mich sofort darangemacht, es zu lesen. Ich weiß nicht, ob ich Ihnen etwas Angenehmes sage, wenn ich behaupte, daß es sich wie ein Roman lese — in dem Sinne wenigstens, daß man es nicht mehr aus der Hand legt, wenn man es einmal angefangen hat. Und ich gehe noch weiter und behaupte, daß es noch in einem anderen Punkt diesen Vergleich herausfordert — aber nur mit den allerbesten Romanen — man kann es **nicht schnell** lesen, weil es in jedem Satz zum Nachdenken herausfordert." Staatssekretär a. D. Enderes, Wien.

„Das neue Werk Zieglers muß als eine außergewöhnliche Leistung auf dem Gebiet der politischen Literatur betrachtet werden, in der man bisher vergeblich nach einem umfassenden, auch dem Nichtvorgebildeten faßlichen Ueberblick über das ungeheure Gebiet der Weltpolitik suchte."
M. Th. Strewe im „Deutschen Spiegel".

320 Seiten mit
46 Kartenbeigaben
broschiert 8.— RM.
Halbleinen 10.— RM.

Durch jede Buchhandlung zu beziehen

Zentralverlag G. m. b. H., Berlin W 35, Potsdamer Str. 41

WELTPOLITISCHE BÜCHEREI

Herausgegeben von Dr. Adolf Grabowsky

Das „Berliner Tageblatt" schreibt:

„Eine neue Wissenschaft ist im Entstehen, welche Länderkunde und Völkerkunde, Geographie und Geschichte miteinander verknüpft und die politische Gestaltung der Welt aus der Vision ihrer räumlichen Anordnung her betrachtet. Diese räumliche Erfassung politischer Perspektiven nennt Grabowsky, der Verfasser und Mitbegründer der vorliegenden Bände der neuen „Wissenschaft Geopolitik", von der das Schicksal der Völker letzten Endes abhängig ist. Der Verbreitung dieser neuen Lehre soll die auf vorläufig 10 Bände berechnete „Weltpolitische Bücherei" dienen, in der Fachvertreter in leicht faßlicher, knapper Form die wichtigsten weltpolitischen Probleme der Gegenwart auf geopolitischer Grundlage erörtern werden.

Die ersten 10 Bände finden in der Tagespresse ausgezeichnete Beurteilung:

Band 1: Adolf Grabowsky, „Staat und Raum" 112 Seiten mit 2 Tabellen 3.— M.

Unter dem Titel „Staat und Raum" beschert uns der verdiente Vorkämpfer der geopolitischen Richtung in Deutschland Dr. A. Grabowsky in gedrängter Fassung ein zugleich farbenfroher und übersichtlicher Kanon dieses Forschungsgebietes. „Pester Lloyd"

Band 2 Erwin Scheu, Deutschlands Wirtschaftsprovinzen und Wirtschaftsbezirke, 80 Seiten mit 20 Karten 2.40 M.

Ein hochaktuelles Thema und ein ebenso aktuelles Buch. Scheu zeigt einen Weg, der für die Reichsreform beachtliche Fingerzeige enthält. Hier haben wir die praktische Anwendung der geopolitischen Theorie. „Ostsee-Zeitung"

Band 3: Otto Maull, „Politische Grenzen" 104 Seiten mit 12 Karten. Preis 3.— M.

Ein sehr wertvolles Gegenstück zu dem Werk Haushofers.

„Hamburger Lehrerzeitung"

Band 4: Randolf Rungaldier, „Oesterreich", 52 Seiten mit 9 Karten. Preis 1.80 M.

Eine knappe, aber gut fundierte Darstellung des Problems Oesterreich mit seinen verschiedenen historischen, wirtschaftlichen, sozialen und völkischen Fragen.

„Deutsche Einheit"

Band 5: Albrecht Burchard, „Staat und Klima", 80 Seiten mit 10 Karten. Preis 2.40 M.

Der erste Versuch, die Beziehungen zwischen den politisch-geographischen Räumen, den Staaten auf der einen Seite und den klimatischen Verhältnissen auf der anderen Seite darzustellen. „Karlsruher Zeitung"

Band 6: ***Franz Thorbecke, „Das tropische Afrika“,*** 80 Seiten mit 5 Zeichnungen Preis 2.40 M.
Eine knappe, straffe Zusammenfassung der Erfahrungen, die der Verfasser in mehrjährigem Aufenthalt im tropischen Afrika sammelte. Darüber hinaus bedeutet dieses Buch aber noch mehr: es ist eine zusammenfassende, klare Darstellung der Einfügung des größten zusammenhängenden Landesraums der Tropen in den weltpolitisch bedeutenden Erdraum der Vor- und Nachkriegszeit. „Kölnische Volkszeitung“

Band 7: ***Walther Pahl, „Der Kampf um die Rohstoffe“,*** mit 80 Seiten mit 16 Zeichnungen 2.40 M.
. . . . eine ganz ausgezeichnete Arbeit. Im ganzen ist es erstaunlich, wie der Verfasser es verstanden hat, auf 73 Seiten den Kampf um die Rohstoffe in seinem Wesen und damit die Grundlinien der Weltpolitik verständlich zu machen.
„Die Deutsche Woche“

Band 8: ***Fritz Machatscheck„ „Die Tschechoslowakei“*** 80 Seiten mit 5 Karten, 2.40.
Ein guter Kenner der Verhältnisse. Die komplizierten Fragen dieses ganzen Staates in gedrängter Form, durchaus objektiv und streng sachlich dargestellt.
„Neue Leipziger Zeitung“

Band 9: ***Max Eckert, „Meer und Weltwirtschaft“,*** 80 Seiten mit 19 Karten. 2.40 M.
Aus der sehr gründlichen Untersuchung erkennen wir, welch großen erzieherischen Einfluß das Meer auf die Völker hat, wie das Meer nicht bloß eine Quelle des Reichtums, sondern auch eine Quelle der Kraftäußerung der Völker ist. „Grenzbote“

Band 10: ***Josef März, „Landmächte und Seemächte“.*** 64 Seiten mit 10 Zeichnungen, 2.40 M.
Das vorliegende Buch, das mit den Phöniziern beginnt und mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika endet, und den Einfluß der geographischen und seelischen Komponenten auf die Entwicklung der einzelnen Mächte in Vergangenheit und Gegenwart darlegt, ist unentbehrlich für jeden, der als Publizist oder Politiker an die Öffentlichkeit tritt.
Reichspost“

Neue Bände der zweiten Serie:

Band 11: ***Paul Herre, „Spanien und Portugal“*** 88 Seiten 2.40 M.

Band 12: ***Vogel, „Die Entstehung des modernen Weltstaatensystems.*** 3.— M.

Band 13: ***W. Uhden, „Völkerpforten“*** erscheint im Juni 1929. Umfang 70 Seiten. 2.40 M.

Band 14: ***v. Glasenapp, „Indien“*** erscheint im Juni 1929. Umfang ca 90 Seiten. 3.— M.

Prospekte kostenlos

Zentral-Verlag G. m. b. H. Berlin W 35

WPS–1.399

Die Entstehung des modernen Weltstaatensystems

147

Bd. II